

Eine gewisse „Torheit“ für die Welt, ein Paradox muß unser Kennzeichen sein! Wenn wir das aufgeben, wenn wir das einebnen, wenn wir kein „Eigenes“ haben in unserer Verkündigung, dann sind wir uninteressant für die Welt . . .

Mario von Galli

Der 82. Deutsche Katholikentag in Essen

Dem 82. Deutschen Katholikentag, der vom 4. bis zum 8. September 1968 in Essen veranstaltet wurde, fehlte es nicht an aufregenden Attributen. Ein wenig hatte die Werbung dafür gesorgt. Man wollte bewußt einen „anderen“, wenn möglich interessanteren und attraktiveren Katholikentag. Ein wenig verhalf auch das Thema „Mitte in dieser Welt“ dazu, das endlich die konkreten Probleme des zweiten Teils der Pastoralkonstitution vor einem möglichst breiten und mehrschichtigen Forum zur Diskussion stellen wollte. Katholikentag der selbstkritischen Besinnung, der Umkehr, des Aufbruchs, der Unsicherheit hieß er, schon bevor er begann. Und solche Schlagworte blieben auch während seines Verlaufs in der Luft. Originelles besagten sie nicht. Schon in Stuttgart 1964 war von Umkehr und Aufbruch die Rede. Wie konnte es auf einem Katholikentag im Kielwasser des Konzils auch anders sein. Und in Bamberg 1966 hörte man dieselben Stichworte: Aufbruch, Umbau, Erneuerung . . . und auch damals schon: Verwirrung. Man hörte es auch in Essen wieder bis zum Überdruß. Man konnte diese Überproduktion an Klischees aus dem Eifer oder der Notwendigkeit erklären, sich über ein noch im Gang befindliches Ereignis zu äußern. Dieses erwies sich ja als so vielgesichtig, daß es Veranstaltern, Teilnehmern und Berichterstattern kaum Zeit und Distanz zu überlegter Beurteilung gewährte. Und selbst den Fernseher zu Hause, dem man zwar einprägsame Details, aber nicht den Überblick übers Ganze servierte, brachte es reichlich aus dem Konzept. Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, A. Beckel, meinte: „Bamberg . . . war der Versuch der ständig Mitwirkenden, die Meinungspluralität im Katholizismus zu sehen und herzustellen. Essen war der Versuch, dies auf die Menge der Katholiken zu übertragen“ („Westdeutsche Allgemeine Zeitung“, 8. 9. 68). Man könnte wohl auch anders formulieren: Der Unterschied zu Bamberg dürfte insbesondere darin gelegen haben, daß die damals bereits latent vorhandenen, aber in den „Arbeitsversammlungen“ nur bedingt diskutierten Fragen in Essen offen durchbrachen (vgl. Herder-Korrespondenz 20. Jhg., S. 356 ff.). Das geschah offensichtlich, weil die innerkirchlichen Druckverhältnisse einen Zustand erreicht hatten, daß es nur eines Auslösers bedurfte, um einer sehr traditionsträchtigen Veranstaltung, der man schon keine echte Regenerations-

fähigkeit mehr zutraute, ein erstaunlich neuartiges und aufregendes Gesicht zu geben.

Die ersten Reaktionen

Hört man aber auf die ersten Reaktionen, die dem Ereignis folgten, gewinnt man einen durchaus widersprüchlichen Eindruck. Unterscheiden sich schon die Stimmen der amtlich Beteiligten um mehr als um Nuancen, so ist das nach Interesse, Schwerpunkten, Qualität und Niveau unterschiedliche publizistische Echo nicht weniger gegensätzlich. Das wird nicht weiter verwundern. Es ist nur natürlich, daß solch umfangliche Diskussion mit so breiter Meinungsfächerung, ohne bewußt erzielten gemeinsamen Nenner in den Details, auch in ihrem publizistischen Echo nur jeweils wenige der vielen möglichen Reaktionen widerspiegelt. Festgehalten zu werden verdient es dennoch, weil trotz der Standortklischees sich darin bereits eine gewisse Differenzierung abzeichnet, die das tatsächliche Meinungsbild deutlicher widerspiegeln dürfte, als eine vehement ausgebrochene Diskussions-euphorie glauben machte.

Das Schlußwort des Katholikentagspräsidenten, Kultusminister B. Vogel, gipfelte noch in der zukunftsweisenden Feststellung: „Die deutschen Katholiken haben in Essen in Offenheit und Härte, aber fair miteinander diskutiert. Die Laien haben sich deutlich zu Wort gemeldet. Nun gilt es den selbstgestellten Anspruch in Pfarreien, Diözesen und Verbänden, unter Priestern und Laien, zu verwirklichen. Nicht nur die Teilnehmer von Essen, sondern alle deutschen Katholiken sind zum verstärkten Engagement aufgerufen.“ Aber schon aus dem Munde des gastgebenden Bischofs waren andere Töne zu vernehmen. Er meldete in einem Gespräch mit der „Neuen Ruhr-Zeitung“ (8. 9. 68) „große Reserve“ gegenüber manchen Stimmen an, die auf dem Katholikentag zu Wort gekommen seien. Manches sei „in der Form verletzend und unbrüderlich“ gewesen. In seinem Grußwort auf der Abschlußkundgebung, sagte er es noch deutlicher: „Es war gewiß nicht alles gleich gut und nicht alles gut, einiges gar schmerzlich und schmerzhaft unkirchlich.“ In einem in der „offiziellen Berichtszeitung“ veröffentlichten Leitartikel bedauerte der Chefredakteur der KNA, K. Krämer: Es sei nicht ein Ziel gesteckt und ein Weg gewiesen worden:

„Tausend Wege und kein Ziel, Unruhe ohne Richtung — das wäre ein treffenderes Bild.“ Sachgerechtigkeit habe man gefordert und mannigfach bewiesen, aber, obwohl unabdingbar als methodisches Prinzip, könne sie nicht Kern christlicher Existenz sein. Daraus ergibt sich für Krämer, die „schwerwiegende“, wenn auch nicht „mit einem eindeutigen Ja beantwortbare Frage“, ob das Volk Gottes, mitten in diese Welt gestellt, seine Mitte verloren habe. Andere weniger kirchenoffizielle Kommentare mochten nicht so weit gehen. Aber es fehlte auch da nicht an skeptischen Rückfragen. Während die CDU-nahen „Ruhr-Nachrichten“ (7. 9. 68) die deutschen Katholiken bereits „auf holländischen Wegen“ vermuteten und als wichtigstes Ergebnis der Essener Tage den „nicht mehr umkehrbare(n) Durchbruch des Gewissens in der katholischen Kirche“ registrierten, meinte die „Süddeutsche Zeitung“ (9. 9. 68), die meisten der in Essen gestellten Forderungen seien „absolut realistisch, ihre Verwirklichung sei höchstens zu verzögern, jedoch nicht mehr aufzuhalten“. Dagegen bestritt die „Frankfurter Neue Presse“ (7. 9. 68) wieder einmal die — nicht beanspruchte — Repräsentativität des Katholikentags. Abgesehen von Teilnehmern der Podiumsgespräche und „einigen Funktionären unterschiedlicher Couleur“ sei er „eine Angelegenheit des Industriereviere an Rhein und Ruhr“ gewesen. Man solle diesen Menschen nicht eine Repräsentationsaufgabe andichten, „die sie weder wahrnehmen können noch dürfen“. A. Kremp taxierte in der „Rheinischen Post“ (7. 9. 68), die wie die „Welt“ ein Schisma drohen sieht, das Essener Ereignis gar als ersten „protestantischen Katholikentag“, sieht „Zeichen einer zutiefst verwirrten Kirche“, beklagt „das allgemein zu beobachtende Nachlassen der Glaubenskraft und den Verfall des Sündenbewußtseins“, fühlt, wie es nun auch in der katholischen Kirche „kälter“ werde, meint, „während die gebildeten Patres und Professoren in einsamer Höhe die Amtskirche auseinandernehmen“, sinke „der immer noch bedeutende Teil des Kirchenvolkes, der weder rebellieren noch argumentieren kann, in tiefe Ratlosigkeit“, und schließt halb drohend, halb mahnd: „Der Mensch lebt nicht vom Intellekt allein; er braucht genauso Glaubensgewißheit und Wärme.“ Daran habe es in Essen gefehlt. Die katholische Kirche in Deutschland werde die Folgen zu spüren bekommen. Etwas gelassener reagierte B. Nellessen in der „Welt“ (9. 9. 68): Gemessen „am massiven Druck einer Jahrhunderte hindurch auf blanken Gehorsam pochenden kirchlichen Autorität“ hätten die „katholischen Protestanten“ nun gewiß ein paar Punkte gut, sich irren oder zuviel fordern zu dürfen. Aber er befürchtet das „Absplittern kleiner, politisch fixierter Gruppen und Gemeinden, die mit einer revolutionären Theologie der alten Kirche die Fähigkeit glaubwürdiger Aktionen bestreiten“. Bei allem lobenswerten Engagement der Laien habe der Katholikentag „viel oberflächliche Theologie“ erkennen lassen. Die Diskussion verlor sich oft „im Nebel zwar gutgemeinter, aber theologisch nicht fundierter Reflexion“. Man solle deshalb endlich aufhören, Diskussionen über alles und jedes anzubieten, „da es doch einfach nicht mehr stimmt, daß es auf alles und jedes katholische Antworten gibt...“ Hingegen sah ein Essener Domkapitular den „großen Gewinn“ des Katholikentages darin, daß „diejenigen, die bislang schon kritisch waren und sich von der Kirche zu entfernen drohten, merkten, daß sie zur Kirche gehören, und daß Kritik ein hohes Maß an Verantwortung bedingt“ („Ruhr-Nachrichten“, 11. 9. 68). Und das „Ruhr-Wort“ (die Kirchen-

zeitung des Bistums Essen) konstatierte ausgleichend, selbst unter mancher schockierender Formulierung sei „noch ein im Ziel schon ziemlich klarer Aufbruch zu neuen Ufern“ vollzogen worden.

Symptom eines Umbruchs

Was aber ist in Essen wirklich geschehen? Was war an ihm Tagesgeschehen? billiger Effekt? emotionale Kritik? Was kann an ihm von Dauer sein? Um ihm gerecht zu werden, bedarf es nicht nur der Vergegenwärtigung der wichtigsten Diskussionsinhalte, sondern auch der besonderen Voraussetzungen, unter denen dieser Katholikentag stand. Nur so läßt er sich ohne gewaltsame Harmonisierung, aber auch ohne Verzerrung seines sachlichen Ergebnisses in die gegenwärtige Vielfalt katholischer Entwicklung einordnen.

Welches waren diese besonderen Voraussetzungen? Zunächst der fortschreitende, aber keineswegs ungestörte und konfliktlose Aneignungsprozeß des Konzils. Er scheint mit dem Katholikentag in Essen in eine neue Phase getreten zu sein. Die treibenden Kräfte lagen ihm aber voraus. Dieser Aneignungsprozeß hat in der Breite der Thematik wie des Engagements verspätet eingesetzt. Lange Zeit schien der deutsche Katholizismus der Nachkonzilszeit auf gewisse institutionelle Veränderungen und auf die Weiterführung der Liturgiereform beschränkt. Man schien auf jeden Fall sehr mit sich selbst beschäftigt oder mit innerdeutschen Problemen, etwa mit der Schulfrage, ausgelastet. Es war bisher keine Zeit der großen Initiativen. Wohl spitzte sich die theologische Entwicklung noch während und nach dem Konzil zu. Aber eine eigentliche Begegnung zwischen den theologischen Strömungen und dem Drang nach praktischen Reformen fand nicht statt. Theologische Entwicklung und nachkonziliare Erneuerung schienen nebeneinander herzulaufen, fast in getrennten Prozessen. Der Bamberger Katholikentag — auch damals stand schon die Thematik der Pastoral-konstitution auf dem Programm — schien ein erster Versuch der vielzitierten und belächelten „Eindeutschung“ des Konzils. In Essen fiel dieses Wort nur einmal, in den Eröffnungsworten des Katholikentagspräsidenten. Aber es schien jetzt besser zu passen. Erst hier hatte man sich zu breiter Diskussion freigeschwommen. Erst jetzt versuchte man innerkatholische Pluralität konkret zu praktizieren. Erst in Essen ist das Thema Autorität, theoretisch bereits vorher stereotyp traktiert, praktisch angesprochen und vorexerziert worden. Aus theoretischen Überlegungen wurde nun akute Praxis.

Dazu führten nicht nur innerkirchliche Vorgänge. Es fehlte nicht an Einflüssen von außen. Im letzten Jahr griff die Unruhe, eine betont politisierende Unruhe, unter der Jugend über die studentische Bewegung auf den kirchlichen Bereich über. Studentengemeinden wurden bald zu ihren Trägern. Sie vermengten Kirchliches und Politisches, sie drängten aber mehr als jede andere Gruppe auf fundamentale Veränderungen, auch in der Kirche. Diese Forderungen kamen und kommen vornehmlich im Gewande utopischer und zudem kirchenfremder Demokratisierungsmodelle. Sie forderten aber doch recht konkret zur Frage heraus, was kirchliche Autorität nun eigentlich sei, wie sie in einer unter egalitärem Anspruch stehenden Gesamtgesellschaft ausgeübt werden und wie sie ihre Funktionen erfüllen kann. Sollte diese Bewegung aufgefangen und fruchtbringend umgesetzt werden, mußte ihr der Katholikentag Rechnung tragen.

Unter der Decke hatten sich zudem innerkirchliche Gegensätze verschärft: zwischen den Gläubigen durch eine Polarisierung kirchlicher Positionen durch einzelne im Gewicht sehr unterschiedliche Gruppen im Kampf zwischen Getto und Aufbruch — oder auch nur zwischen der Flucht in die Tradition und dem Trend zu einer wenig reflektierten Anpassung. Lokale Konfliktsituationen zwischen Hierarchie und Gläubigen, etwa in der Frage der kirchlichen Zensur, brachen zunehmend offen durch, führten zu verbreiteter Mißstimmung. Diese mußte und hat sich auf dem Katholikentag zu einem guten Teil entladen, nicht nur beim sog. „Kritischen Katholizismus“ lautstarker Jugendlicher, sondern in viel breiteren Schichten. Beim Klerus kamen dann noch andere Probleme dazu: die Zölibatsfrage, verschärft durch eine tiefer wirkende Krise geistlicher Existenz; die Frage innerhierarchischer Kollegialität. Von Rom her schienen sich deutlicher restriktive Tendenzen abzuzeichnen: in einer mehr formalen Bremsung als materialen Führung der Lehrentwicklung, oder — konkreter — in der Zölibatsfrage, in der Mischehenfrage. Schließlich kam das entscheidende Ereignis: die Veröffentlichung der Enzyklika *Humanae vitae*. Sie gab Sprengstoff, viel mehr als die zahlenmäßig kleinen, wenn auch auf Diskussion und Agitation entschlossen vorbereiteten Gruppen um den „Kritischen Katholizismus“ liefern konnten. Die Enzyklika wirkte auf breiterer Basis. Sie reizte gerade die kirchlich Engagierten. Und nicht zu vergessen: Wenn in einer in letzter Zeit kontroversen Frage in Deutschland unter den Theologen weitgehende Einmütigkeit herrschte, war es diese. Hier wie in keiner anderen Frage trafen sich, wenn man so will, theologischer Fortschritt und waches öffentliches Interesse. Mag man auch der Meinung sein, der Katholikentag hätte zentralere Themen verdient, so lieferte diese doch — verspätet — die Initialzündung oder verschärfte die Diskussion über den unmittelbaren Gegenstand hinaus. Kein Gremium im deutschen Katholizismus hätte dies zu verhindern vermocht. Die Bischofskonferenz hatte wenige Tage vorher in Königstein ein kluges und zukunftsweisendes Wort gesprochen. Aber selbst dieses war zunächst fast untergegangen. Zu sehr schien man mit der Autoritätskritik beschäftigt, zu der die Enzyklika auch den Besonnenen keineswegs der einzige, wohl aber der akuteste Anlaß war. Nicht zuletzt dieser klimatische Druck bewirkte, daß die Podien in der Diskussion nicht mehr oder weniger unter sich blieben, sondern durchwegs den Forderungen des Publikums nachgaben und sie der gesamten Teilnehmerschaft in den Foren öffneten. Aber noch andere Vorgänge sind der Diskussion förderlich gewesen. Die Wachablösung im Zentralkomitee, die breiteren Kontakte, die sich im Zuge seiner Reform und der Errichtung der diözesanen Laiengremien boten, das auffallend junge Präsidium, das sich unbeschwerter auf das Klima der Auseinandersetzung einspielte und die diskussionswürdigen Anliegen der jungen Generation aufzufangen verstand, prägten die Atmosphäre mit. Schließlich lag es am Thema: Ein sehr allgemeines, wenn auch auf Erneuerung zielendes Thema mit einer Unzahl konkreter Fragen konnte nur in breitester Diskussion entfaltet werden. Zählbare Ergebnisse waren weder intendiert noch erwartet. Und daß es bei den meisten Fragen bei einer Vielzahl von Wegen blieb, war eher selbstverständlich als überraschend. Man wollte ja gerade sichtbar machen, was an Fragestoff latent vorhanden war, wollte in aller Breite die Materialien sichten, aber keinen Fertigbau aufführen.

Die Delegiertenversammlung

Dem Katholikentag voraus ging die Delegiertenversammlung der katholischen Verbände Deutschlands. Sie wurde am 3. September nachmittags vom Präsidenten des Zentralkomitees der Katholiken *A. Beckel* eröffnet und endete am 4. September nachmittags kurz vor der offiziellen Eröffnung des Katholikentags mit der bereits anlässlich des Katholikentags in Bamberg geplanten Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Verbände“. Im Unterschied zu früheren Delegiertenversammlungen verzichtete man diesmal auf Resolutionen zum innerkirchlichen Leben und zu gesellschaftspolitischen Fragen und hatte sich von vornherein auf zwei Themenstellungen beschränkt: Auf die „Bedeutung der außerparlamentarischen Opposition für das gesellschaftliche Wirken der katholischen Verbände“ und auf die Diskussion und die Verabschiedung des Statuts der neuen Arbeitsgemeinschaft. Mit dem Thema „Außerparlamentarische Opposition“ wollte man offenbar bewußt dem Vorwurf katholischer Introvertiertheit entgegenwirken und sich den Fragen aussetzen, die durch den gesellschaftlichen Wandel von außen auf sie zukommen. Es hatte dazu wohl kaum noch der Ermunterung des Predigers beim Delegiertengottesdienst, des Nationalkaplans der CAJ, *R. Mayer*, bedurft, der, die Perikope von der Tempelreinigung auslegend, den Delegierten ins Gewissen redete, sie möchten „hinter den Mauern aufgestellte Wände“ abbauen und nicht meinen, „hinter diesen Mauern spiele sich alles ab, was Kirche ist“.

Zum ersten Tagungspunkt, der Bedeutung der außerparlamentarischen Opposition, referierte der Vorsitzende der KDSE, Rechtsanwalt *W. G. Beitz* (Bonn). Beitz kritisierte, daß heute wichtige politische Entscheidungen in Gremien gefällt werden, deren Willensbildungsprozeß durch keine Norm offengelegt werden müsse, und bemängelte das „unkontrollierte“ Wirken der Verbände. Diese hätten heute Kirche, Staat und Gesellschaft gegenüber eine kritische und sich selbst gegenüber eine selbstkritische Haltung einzunehmen, sich für die Wahrheit entgegen allen Manipulierungsversuchen einzusetzen, sich um alternative politische Ordnungskonzepte zu bemühen sowie die Demokratisierung von unten zu fordern. Die Diskussion erkannte im Grunde diese von Beitz geforderte kritische und selbstkritische Funktion der Verbände nach innen und außen an — vornehmlich in den Diskussionsbeiträgen der jüngeren Teilnehmer. Dagegen traten einige ältere Delegierte für eine Stützung der hierarchischen Autorität durch die Verbände, jedoch gegen eine Politisierung der Gesamtgesellschaft und die „Konstruierung“ von Konflikten ein.

Ein vom BDKJ vorgelegter Resolutionsentwurf über gesellschaftliche und politische Neustrukturierungen forderte die katholischen Verbände auf, sich nicht an „herrschende Machtverhältnisse zu binden“, sondern ihre eigenen „politischen und sozialen Ordnungsvorstellungen“ zu entwickeln, gegenüber „allen Autoritäten in Staat und Kirche“ ein „kritisches Bewußtsein“, „selbstverantwortete gesellschaftspolitische Betätigung“ zu fördern und „ideologische und institutionelle Erstarrungen“ zu überwinden. Dieser Entwurf wurde jedoch von der Mehrheit der Delegiertenversammlung abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde der Vorschlag einiger Delegierter, über das Friedensproblem zu diskutieren, mit der Begründung, man sei mit dieser Thematik überfordert und nur ungenügend darauf vorbereitet. Dagegen wurde der Antrag der Kol-

pingfamilie, ein allen Verbänden zugängliches katholisches Dokumentations- und Informationszentrum einzurichten, das schnell, zuverlässig und gründlich informiere, zur weiteren Prüfung an den Ältestenrat überwiesen.

Am folgenden Tag wurde das Statut der neugegründeten „Arbeitsgemeinschaft der katholischen Verbände Deutschlands“ von der Delegiertenversammlung diskutiert und nach mehreren Änderungen verabschiedet. Zum Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft wurde Rechtsanwalt *B. Servatius* (Hamburg), der auch die Delegiertenversammlung geleitet hatte, gewählt, zu seinen Stellvertretern Frau *M. Prümm*, Vorsitzende des Deutschen Frauenbundes, und *G. Ritzerfeld*, Generalsekretär des Deutschen Kolpingswerkes. Ferner wurde der Ältestenrat, bestehend aus 25 Mitgliedern, gewählt. Die Delegiertenversammlung tritt als oberstes Organ der Arbeitsgemeinschaft alle zwei Jahre zusammen, wenn auch nicht mehr notwendigerweise wie bisher in zeitlichem Zusammenhang mit dem Katholikentag. Die Geschäftsführung liegt beim Generalsekretariat des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken. Die Statuten sehen als Aufgaben der Arbeitsgemeinschaft vor: gemeinsame „Aufgaben der katholischen Verbände in Kirche, Staat und Gesellschaft“ zu beraten, „gegebenenfalls gemeinsame Aktionen zur Erfüllung dieser Aufgaben zu beschließen“, die vorgesehenen 60 leitenden Persönlichkeiten aus den Mitgliedsverbänden in das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken zu entsenden und den Gedanken- und Informationsaustausch zwischen dem Zentralkomitee und den Verbänden zu pflegen. Die Delegiertenversammlung beauftragte den Ältestenrat, Vorschläge zu einem verstärkten deutschen Beitrag zur Entwicklungshilfe auszuarbeiten und sie den zuständigen staatlichen und kirchlichen Stellen zuzuleiten (1–2% der Kirchensteuereinnahmen, 1% des Bruttosozialproduktes).

Das Abschlußkommuniqué betont als Ergebnis der Diskussion die selbstkritische Haltung der Delegierten gegenüber Strukturen, Methoden und Selbstverständnis der Verbände und deren Bereitschaft, „zur Weiterentwicklung unserer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung Alternativen zu erarbeiten und notwendige Reformen voranzutreiben“. Hier dürfte sich der Resolutionsentwurf des BDkJ konkret niedergeschlagen haben. Durch die Gründung der neuen Arbeitsgemeinschaft ist zwar eine Basis der Zusammenarbeit geschaffen, doch dürfte diese ihre Grenze sowohl in den verschiedenartigen Zielsetzungen wie in der unterschiedlichen fachlichen Kompetenz der einzelnen Verbände haben.

Pastoraler Priestertag

Traditionsgemäß wurde auch diesem Katholikentag ein „Pastoraler Priestertag“ vorausgeschickt, der am 4. September von der Konferenz der deutschsprachigen Pastoraltheologen veranstaltet wurde. „Das Moderne Priesterbild“ war Thema der von etwa 1000 Priestern aller Altersstufen besuchten Tagung.

Die Tagung wurde durch eine Konzelebration des Bischofs von Essen, *F. Hengsbach*, mit sechs Geistlichen eröffnet. In der Homilie erläuterte der gastgebende Bischof die Fragestellung: Beim heutigen Ringen um ein neues Verständnis des geistlichen Berufes stünden nicht bloß exegetische und dogmatische Doktrinen zur Diskussion. „Es geht vor allem um die Entfaltung jener Flamme der Geistesgabe, von der St. Paulus an Timotheus schreibt, und die uns durch die Handauflegung zuteil wurde. ‚Gott

hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit‘ (2 Tim. 1, 6 und 7).“

Am Vormittag referierte Prof. *K. Rahner* (Münster) über „Das moderne Priesterbild, dogmatische Grundlagen des priesterlichen Selbstbewußtseins“. Es ging ihm um die unmittelbare Frage nach der Mitte priesterlicher Existenz, die nicht durch peripherere Fragen verstellt werden darf, z. B. durch die Problematik des Zölibats oder durch die einseitige Betonung der sozial-caritativen Aufgaben des Priesters. Der Priester dürfe nicht als ein sakral drapierter Sozialarbeiter mißverstanden werden. Auch die Frage nach der sozialen Existenz und Zukunft des bürgerlichen Berufes „Priester“ sei sekundär gegenüber der Frage nach der „Mitte priesterlicher Existenz“.

Was ist ein Priester?

Die Antwort auf diese Frage habe vielmehr auszugehen von dem Satz: „Der Priester ist Verkündiger des Wortes Gottes, welches in Christus an uns erging.“ In dieser Verkündigung muß der Priester bezeugen, daß schlechthin alle Wirklichkeit durch Gottes Gnade radikalisiert ist, denn das Sakrale stellt nicht etwas Eigenes neben der profanen Welt dar, sondern ist deren Tiefe. Dieses Wort Gottes, welches durch die Tat des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe zu verkünden ist, ist ein „effizientes, exhibitives Wort“, was in der Eucharistie am deutlichsten wird. Inhalt dieses Wortes ist das absolute Geheimnis Gottes selbst, in das hinein der Mensch sich schweigend verliert. Aufgabe des Priesters ist es demgemäß, die Unaussprechlichkeit Gottes, die am ehesten im Mitvollzug des Kreuzestodes erfahrbar und erfassbar wird, auszusprechen. Dies kann der Priester nicht mit innerer Distanz, nur dozierend, nur dienstlich, sondern einzig aus der Mitte und Tiefe seiner eigenen Person tun.

Ist dazu aber ein eigener Stand erforderlich? Diese von Rahner gestellte Frage fand keine überzeugende positive Antwort. Sie wurde daher in der Diskussion sofort wieder aufgegriffen — zumal der Referent selbst angedeutet hatte, daß die Frage nach dem Priestertum letztlich mit der nach dem Christsein überhaupt identisch sei —, und zwar von einem Aspekt her, den Rahner bewußt ausgeklammert hatte: dem gemeinsamen Priestertum aller Christen. Dieses sei ja vom Konzil besonders hervorgehoben worden, während die Lehre vom Amtspriestertum nur tradiert worden sei. Wie verhält sich beides zueinander? Was fügt das Amtspriestertum dem allgemeinen Priestertum hinzu? Nichts. Denn Amts- und allgemeines Priestertum seien nicht zwei unterschiedliche Intensitätsgrade desselben, sondern liegen auf verschiedenen Ebenen. Aber wodurch unterscheiden sich diese Ebenen? Sie unterscheiden sich nicht durch eine unterschiedliche Nähe zu Gott, sondern durch etwas, was früher ontologisch ausgedrückt wurde, heute aber besser funktional verstanden werden kann. Dem Amtspriestertum komme nämlich eine eigene sakrale Funktion innerhalb der Gesellschaft der Kirche zu. Diese Funktion kennzeichnet den Amtspriester, ohne ihn zu einem bloßen Religionsfunktionär zu machen, denn von ihrem Inhalt her erhebe diese Funktion einen existentiellen Glaubensanspruch. Was aber ist präzis diejenige der vielen sakralen Funktionen innerhalb der Gesellschaft „Kirche“, die das Amtspriestertum ausschließlich kennzeichnet? Die letztlich allein dem Amtspriester vorbehaltene Funktion sei die, der Eucharistiefeier vorzustehen.

Im letzten Drittel seines Vortrags wandte sich Rahner drei konkret-praktischen Einzelfragen zu, mit denen er offensichtlich lebhaft empfundene Nöte der priesterlichen Zuhörer ansprach, die bis dahin mehr andächtig als verstehend gelauscht hatten.

1. **Priester und Theologie.** Der Priester kann das „Wort“ nur verkündigen, wenn er darüber reflektiert, d. h., wenn er Theologe ist. Das Bemühen um die Theologie, die wesentlich nicht durch Psychologie, Soziologie oder dergleichen ersetzt werden kann, darf nicht auf die Zeit vor der Priesterweihe beschränkt sein, sondern bleibt eine permanente Aufgabe. Die in dieser theologischen Reflexion fundierte Verkündigung darf weder eine bloße Übersetzung des Denzinger noch billige Effekthascherei betreiben, ebensowenig darf sie eigenes, subjektives Interesse zur höchsten Norm dessen machen, was in der Kirche verkündet werden soll. Die Theologie der „Schulmeister“ hat es, aufs ganze gesehen, bisher nicht verstanden, den Priesteramtskandidaten auf diese Aufgaben vorzubereiten.

2. **Priester und kirchliche Behörde.** Obgleich nicht bestritten werden kann, daß sich in der kirchlichen Behörde feudal-autoritative Züge gehalten haben, handelt es sich bei diesem Verhältnis um eine theologische Frage. Auf beiden Seiten müßte man einsehen, daß allzuviel sündige Enge und Überempfindlichkeit vorliegen. Das Verhältnis sollte „entmystifiziert“ und mehr als teamartige Partnerschaft verstanden werden, die zu einem guten, modernen „Betriebsklima“ beitragen könnte.

Dieser Aspekt wurde in der Diskussion noch einmal aufgegriffen, indem ein (älterer) Teilnehmer, unter lebhaftem Beifall vieler anderer, bittere Klage führte über den hierarchischen Machtgebrauch, insbesondere über die Bücherzensur, die oft die Verkündigung bester Charismatiker zunichte mache. Rahners Zwischenbemerkung: Wenn man es in dieser Sache mit Rom zu tun habe, solle man nur nicht sagen: „Das sind ja alles Italiener“, denn wenn man dort einem Deutschen in die Hände falle, sei es oft noch viel schlimmer. — Im ganzen solle man aber nicht vergessen, daß es sich hier um „Einzelfälle“ handelt, auch wenn sie sehr zahlreich sind. Unsinn, Bürokratie und Lieblosigkeit werde es in der Kirche „oben und unten“ immer geben. Es sei unvermeidbar, daß es einen gewissen Spielraum gebe, in welchem das kluge oder unkluge Ermessen des einzelnen zu entscheiden habe, denn das konkrete Leben einer Gesellschaft sei nie eine lückenlose Realisierung abstrakter Prinzipien, die eine ideale Wirklichkeit garantieren. Deshalb solle man „den Unsinn eindämmen, dosieren“ in dem nüchternen Bewußtsein, daß man ihn nie ganz werde beseitigen können. Hier könne eine Solidarisierung der Priester gegenüber der Behörde von Nutzen sein. Man solle sie fördern, nicht so sehr durch Gründung einer „Priestergewerkschaft“, sondern mehr dadurch, daß der eine für den anderen eintritt und, wenn Unrecht geschehen ist, bei seinem Bischof für seinen Mitbruder vorstellig wird. Eine ausdrückliche Forderung nach Abschaffung der Bücherzensur wurde hier noch nicht erhoben.

3. **Der Priester und seine religiöse Erfahrung und Entwicklung** (so statt des mißverständlich gewordenen Wortes „Spiritualität“). Der Priester, Verkündiger des Wortes Gottes, muß seine Botschaft nicht nur mit Worten aussagen, sondern auch durch sein Leben glaubhaft machen. Deshalb muß er ein betender Mensch sein. Eine gewisse Planung und Institutionalisierung des Gebetslebens sei dabei für den einzelnen Priester eine hilfreiche Stütze.

Am Nachmittag sprach Prof. A. Müller, Freiburg/Schweiz, über „Das moderne Priesterbild, pastorale Einordnung des priesterlichen Dienstes“. Er ging aus von der Feststellung, daß die Kirche heute in einer Epoche der Bewegung lebt, deren Höhepunkt noch längst nicht erreicht ist. Das Bild des Priesters ist in diese Bewegung hineingenommen, einschließlich aller damit zusammenhängenden Fragen der Dogmatik, der Exegese, der Spiritualität und der Praxis. Daß dabei manches Feste ins Wanken gerät, ist nicht so sehr eine Gefahr für die Kirche, sondern eher ein Segen und ein Gnadenangebot. Sich nur auf das Feste unserer eigenen Gewohnheiten und nicht auf die einzige Feste, die Christus ist, zu stützen, ist im Grunde Unglaube. Wir wollen daher „dankbar sein, daß Gott uns eine Bewegung im Priesterbild zugemutet hat“, denn so unterliegen wir weniger „der Gefahr der Verabsolutierung menschlicher Strukturen“.

„Funktionen im Leib Christi“

Mit dem Konzil müssen wir „unser Amt von der Kirche her denken, nicht umgekehrt die Kirche von unserem Amt her. Unsere Spiritualität muß . . . ansetzen . . . beim Geheimnis des Volkes Gottes . . . Es muß unser ganzes Daseinsgefühl bestimmen, daß wir in erster Linie und bleibend Hörer des Wortes, Empfänger der Sakramente, Glieder des Volkes Gottes sind und erst in zweiter Linie darin ein Amt innehaben.“ Es treffe nicht zu, daß dem Priester durch die Handauflegung des Bischofs das Charisma des Laienstandes entzogen wurde. Das Gemeinbewußtsein der Kirche und ihrer Sendung müsse dem priesterlichen Sonderbewußtsein vorangehen. Das werde zu einer richtigeren Beurteilung und Behandlung der christlichen Gemeinde und zu einer bescheideneren Selbsteinschätzung des Priesters führen und das Gefühl des Überfordertseins beim Priester verringern können.

„Erfüllt von der richtigen Erkenntnis des Wesens der Gesamtkirche sind wir uns dann bewußt, daß wir in diesem Organismus bestimmte Funktionen zu erfüllen haben, welche wir sinnvollerweise die presbyteralen nennen.“ Im NT und im Frühchristentum wurde das Presbyterat als leitende Gemeindefunktion verstanden, d. h. Leitung in der Wortverkündigung, Liturgie, Liebesgemeinschaft und im Zeugnis. Vor dem Hintergrund des Petrusamtes hat die spätere Kirche hieraus eine Amterhierarchie geschaffen. „Wir müssen aber mit dem Ursprung in Verbindung bleiben und gerade dadurch die Kraft zu neuer Entwicklung erhalten.“ Es ist weniger wichtig zu wissen, was ein Priester abstrakt-ontologisch ist, sondern wichtiger zu wissen, was die Kirche ist und daß der Priester in ihr engagiert und mit echten, zeitgerechten Leitungsfunktionen betraut ist. Freilich darf dieses Sprechen von Funktionen nicht in einen soziologischen Funktionalismus abgleiten; man muß sich bewußt bleiben, daß es sich um „Funktionen im Leibe Christi“ handelt.

Als letztes Element einer Wandlung des Priesterbildes behandelte Müller, ausgehend von Abschnitt 28 der Kirchenkonstitution, das Verhältnis Priester—Bischof. Ohne die Unterordnung des Priesters unter den Bischof aufzuheben, betone dieser Text besonders „die Assoziation, die Gesellung zum Bischof, damit Bischof und Presbyterium an der gleichen Aufgabe gleichsinnig wirken können“. Dieses neue Arbeitsverhältnis müsse von beiden Seiten erst noch gelernt werden. Für den Bischof besagt das, daß er die

Priester weniger als Organe zur Ausführung fertiger Befehle anspricht, sondern seine Erkenntnisse und Anordnungen im Dialog mit ihnen erarbeitet. „Sehr schmerzliche Erfahrungen mit isolierten Erkenntnis- und Entscheidungsvorgängen müßten uns alle von der Richtigkeit dieser Idee überzeugen.“ Der Priester hingegen müsse lernen, weder ohne eigene Verantwortung nur Befehle zu empfangen noch „als ruppiger Einzelgänger nach eigenem Gutdünken zu handeln“ (was beides nur „eine Beleidigung der ganzen Kirche“ wäre), sondern in Loyalität mit dem Gesamtpresbyterium, dem Bischof und der ganzen Kirche seine Verantwortung ins Spiel zu bringen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Bischof, in dessen Amt „das Institutionelle der Kirche in seine volle Dichte eintritt“, in seinen Entscheidungen und Erkenntnissen viel stärker gebunden ist als der Priester, sei er Exeget, Dogmatiker, Pastoraltheologe oder Pfarrer. Wenn daher Reformen anstehen, sind „die Hemmungen bei einem Bischof stärker . . . als bei anderen Gliedern der Kirche. Das Presbyterkollegium muß . . . durch eine ebenso offene, feste wie loyale Haltung es dem Bischof . . . ermöglichen, die Schritte nach vorwärts zu tun, ohne daß er sich isoliert und in der Verantwortung allein gelassen fühlt“.

Keine „heilige Herrschaft“

Nach diesem beifällig aufgenommenen Vortrag entspannt sich eine rege Diskussion, deren Hauptgedanken noch kurz wiedergegeben werden sollen. Wir seien viel zu selbstverständlich in einem Zweiklassendenken, Klerus — Laien, befangen, für das NT keine Grundlage biete. Der Begriff „Laien“ solle daher „abgeschafft werden“, zumindest müsse er auf alle Getauften ausgedehnt werden, denn jeder Christ habe Funktionen in der Kirche. Dies könne z. B. dazu führen, daß der Pfarrgemeinderat nicht ein untergeordnetes Gegenüber, sondern einen echten Dialogpartner des Pfarrers darstelle oder daß es auf Diözesanebene nur ein einziges Gremium für alle Stände gebe, welches im Dialog mit dem Bischof stehe. Eine „Priester“-tagung werde damit ebenfalls überflüssig. Die Vielheit der Funktionen in der Kirche werde in Zukunft sowieso den Unterschied zwischen Klerus und Laien nivellieren. Die entscheidende Frage werde nicht die sein, ob jemand Priester ist, sondern die, ob er überhaupt in der Kirche engagiert ist und innerkirchliche Funktionen erfüllt. — Aber was bedeutet dann die priesterliche Funktion der Leitung in der Kirche? Die Leitung verstehe das NT nicht als Herrschaft, sondern als Diakonie, was damals vorzüglich den Sklavendienst bezeichnete. Deshalb sei auch der Begriff „Hierarchie“ „abzuschaffen“, eine „heilige Herrschaft“ gebe es im NT nicht. Auch der Begriff „ordo“ entstamme nicht dem NT, sondern der Sprache der römischen Politik.

Gibt es eine Rangordnung der verschiedenen Aufgaben des Priesters? Ein Schwerpunkt priesterlicher Aufgaben sei die Verkündigung des Wortes an die Erwachsenen, die bei uns viel zu sehr durch die Kinder- und Jugendseelsorge verdrängt worden sei. Sicherlich sei auch die Spendung der Sakramente sehr wichtig, aber diese reiche trotz opus operatum allein nicht aus, wenn kein Glaube beim Empfänger des Sakramentes vorhanden sei. Auch die theologische Weiterbildung gehöre zu den Hauptaufgaben des Priesters. Ebenfalls müsse jeder Priester Zeit haben für individuelle Seelsorge und Lebenshilfe, er müsse bereit und fähig zum Einzelgespräch sein. Hierbei dürfe man jedoch nicht übersehen, daß die Gesamtheit der Funktio-

nen nicht allein dem Priester zukommt (sonst würde dieser ja allein die ganze Kirche darstellen), sondern sich auf das gesamte Volk Gottes verteile. Die Wiedereinführung des Diakonats sei in diesem Zusammenhang durchaus problematisch; das Diakonot könne nämlich auf falsche Weise wiedereingeführt werden, so daß es eine Re-Klerikalisierung einiger Laien zur Folge hätte und die wahre Pluralität innerkirchlicher Funktionen eher verdecke als sichtbar mache. Außerdem könne ja der Laie sowieso schon alles das tun, wozu man den Diakon evtl. weihen würde.

Ein Besucher erklärte, wenn die Verkündigung des Glaubens an die Erwachsenen so wichtig sei, dann sei es aber absolut unverständlich, daß Priestern der durchaus orthodoxe, „eigens für Erwachsene geschriebene und großartig gelungene Holländische Katechismus“ vorenthalten wird. Enormer Beifall bekräftigte dieses Votum. Ein anderer Besucher meinte daraufhin, man solle aber nicht nur auf die Bischöfe schimpfen, wenn sie etwas falsch gemacht haben, sondern sie auch loben, wenn sie etwas richtig gemacht haben: die Königsteiner Erklärung der Bischöfe zur Enzyklika *Humanae vitae* verdiene Anerkennung und Dank seitens der Priester. Auch dieses Votum erhielt starken Beifall.

Der feierliche Auftakt

Der „offizielle“ Katholikentag begann mit der Eröffnungsfeier am Mittwoch Abend in der Haupthalle der Gruga, auf deren Gelände auch die meisten Kundgebungen und zahlreiche Forumsgespräche stattfanden. Der Präsident des Lokalkomitees, Polizeipräsident *H. Kirchhoff* (Essen), begrüßte die Gäste, an der Spitze Bundespräsident *Lübke* und Ministerpräsident *Heinz Kühn*, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal *Döpfner*, und aus Rom Kurienkardinal *Testa* sowie den Apostolischen Nuntius und die Vertreter der evangelischen Kirche und der jüdischen Religionsgemeinschaft. Bundeskanzler Kiesinger hatte seine Teilnahme wegen einer verlängerten Kabinettsitzung im letzten Augenblick abgesagt.

Worte zur Eröffnung sprachen der Präsident des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken, Oberbürgermeister *A. Beckel* (Münster), und Katholikentagspräsident Kultusminister *B. Vogel* (Mainz). Präsident *Beckel* dankte den deutschen Bischöfen für die Königsteiner Erklärung zur jüngsten Enzyklika. „Die Katholikentage in Deutschland haben die Verbundenheit der katholischen Laien mit ihren Bischöfen je nach der Stunde in verschiedener Weise immer wieder zum Ausdruck gebracht. Heute besteht unsere Verbundenheit im Dank für ein wichtiges und unerläßliches Wort.“ Er gab das Stichwort, das den Essener Katholikentag charakterisierte: Diskussion. Diese sei nicht nur Zeichen von Lebendigkeit, wenn sie Übereinstimmung ausdrücke, sie sei um so notwendiger, „wenn die Meinungen hart aufeinanderstoßen und die Wahrheit nicht für jeden sichtbar vor uns steht“. Kultusminister *Vogel* versicherte, dieser Katholikentag wolle keine Demonstration sein, er wolle auch nicht „die Meinungen und Absichten der vielen in wenige Sätze einer Resolution zwängen“. Man wolle ehrlich sein und offen und fair miteinander umgehen.

Grußworte sprachen für die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen Ministerpräsident *Heinz Kühn*, und für die Stadt Essen Oberbürgermeister *W. Nieswandt*. Auch da blieb es nicht bei höflicher Reverenz, sondern es wurden

Standpunkte auf die kommenden Beratungen hin konkretisiert. Ministerpräsident *Kühn* nannte die Tatsache, daß die Katholiken ihre Kirche den Problemen der Zeit gegenüber nicht als Fluchtburg verstanden wissen wollen, sei eine große Hoffnung für alle. Eine Kirche, die sich in jeder Bedrängnis und in jeder Sorge aller Mitmenschen engagiere, wolle nicht herrschen, sondern dienen. Hierin begegneten sich Kirche und Staat. Solange Staatsregierungen herrschen wollten und die Kirche auch, hätten sie sich abwechselnd gegenseitig mißbraucht. Seien aber „beide aufrichtig in dem Wissen, die Mündigkeit der Bürger zu respektieren und der ganzen Gesellschaft zu dienen“, so sei das, „was uns unterscheidet, Verfassung und Evangelium, demokratische Solidarität und Gemeinschaft des Glaubens, nicht mehr, was sie gegenseitig mißtrauisch machen müßte“. Er warnte vor dem Feinde, den Kirche und Demokratie gemeinsam hätten, denen, die nur ihre Schäfchen ins Trockne bringen möchten, „die sich durch Not und Unrecht in der Welt nicht herausgefordert fühlen“.

Nach der Festansprache von *K. Hemmerle*, die wie schon die Ansprachen von Oberbürgermeister Beckel und Minister Vogel durch gelegentliche Mißfallensbekundungen der KAPO unterbrochen wurde, sprach als letzter der Bischof der gastgebenden Diözese. Bischof *Hengsbach* proklamierte das Essener Ereignis als einen „Katholikentag der Freiheit und Brüderlichkeit“ und gab den Teilnehmern die Mahnung mit auf den Weg, es komme „bei den Gesprächen der kommenden Tage nicht so sehr darauf an, nur den innerkirchlichen Pluralismus zu demonstrieren und es dabei bewenden zu lassen, sondern in diesem Pluralismus die Einheit zu sehen und zu suchen“.

Die Entfaltung des Themas

Zielten aber schon die Eröffnungsansprachen der Veranstalter auf offene Diskussion, auf die Praktizierung eines neuen kirchlichen Bewußtseins, in dem nicht das Amt das allein beherrschende Moment der Einheit ist, so galt dies für die großen Reden, die die Diskussion der folgenden Tage thematisch ergänzten, noch mehr. Dabei wurde wenig doziert. Es waren durchwegs engagierte Reden mit zeugnishaftem Charakter, auch wenn sie, sieht man vom Eröffnungsreferat ab, von Rednern vorgetragen wurden, die bereits zur Tradition kirchlicher Großveranstaltungen gehören: Klaus v. Bismarck, Mario v. Galli, August Vanistendael. Aber auch diese betont subjektiven Reden, die mit dem Referat von Prof. Engelmeier in der Schlußkundgebung ihren Höhepunkt erreichten, waren ein im Katholiken ungewohnt neues Moment.

Die Kirche muß sich verschweigen

Solche Rede war bereits in der Einführungsmeditation beim Eröffnungsakt des neuen Geistlichen Direktors des Zentralkomitees, des Freiburger Universitätsdozenten *Klaus Hemmerle*, zu vernehmen.

Die Perspektiven, in denen hier Kirche auf Welt hin gesehen wurde, zerstörten wenigstens für einen Augenblick die später wieder üppig wuchernden Klischees. Es gäbe da keine Anbiederung. Die Kirche könne sich an die Welt nicht heranmachen in dem Stil: „Komm, liebe Welt, und sag mir, ob ich auch bei dir sein darf, und wo du auch für mich noch Platz hast, damit ich dir ja nicht weh tue und doch ganz schön modern bin.“ Die Kirche könne nicht zur Litfaßsäule degradiert werden, „zur neutralen Mitte

der Plakate...“, die man grell und beziehungslos rund um sie klebt“. Aber weder Anbiederung noch krankhafte Selbstbespiegelung. Das Grundthema abwandelnd, präzierte Hemmerle: „Die Kirche ist nicht die Mitte. Niemand von uns ist in der Mitte, weder der Papst, noch der Präsident der USA, noch Mao, noch Marcuse. Wo wirklich die Kraftlinien der Bewegungen in der Welt ihr geheimes Zentrum haben, wo wirklich die Ereignisse, Ideen und Entwicklungen sich verdichten in eine Achse, die dann alles in die große und entscheidende Schwingung der weltgeschichtlichen Stunde bringt, wer kann das sagen? Ein selbstsicherer Rückzug auf ein aus dogmatischen Gründen abgeleitetes Recht, die entscheidende Gewalt zu sein, welche die Welt bewegt, wie verhängnisvoll wäre das! Wir alle und zumal wir als Kirche, wir sind nicht in der Mitte der Welt, wir sind irgendwo in ihr.“ Aber es wäre ebenso verhängnisvoll, wenn wir uns um des Namens Christi und um der Wahrheit um Christi willen schon dessen sicher wären, daß auch wir in Bethlehem oder auf Golgatha unseren Stamplatz hätten. „Die Kirche muß immer wieder neu und immer wieder schmerzlich und immer wieder unabsehbar sich auf den Weg machen, um dort zu sein, wo Er ist, und Er ist überall und nur und immer: unterwegs in dieser Welt. Mitten in dieser Welt, das darf nichts anderes heißen als eben dies: unterwegs in dieser Welt.“ In diesem Unterwegs soll die Kirche sich verschweigen, „verschweigen in den Dienst, verschweigen ins Dasein, verschweigen ins Mitsein, verschweigen ins Unterwegssein“. Sie brauche auf ihrem Weg heute „mit dieser Welt nicht auffälliger zu sein als weiland der Herr auf dem Weg der Emmausjünger. Wenn die Kirche die Menschen nicht frage nach dem, was sie im Herzen an Not und Trauer tragen, könne bei ihrem Wort das Herz der Menschen nicht brennen.

Was aber ist das unterscheidend Christliche in dem Unterwegs, im Mitsein mit menschlichem Geschick? Dieser Frage galt das Referat von *Mario v. Galli* (Zürich) in der ersten Großkundgebung auf dem Burgplatz am Donnerstagabend mit dem Thema „Unruhe in der Kirche — Gefahr oder Hoffnung“. *v. Galli*, der, das Thema einleitend feststellte, alle „Fledermäuse“ in der Kirche seien nun aufgeschreckt worden, auch diejenigen, die die Kirche als Steigbügel für ihre persönliche Karriere benützt hätten, meinte, man verstehe sich allerdings besser auf Arrangieren als darauf, sich zu unterscheiden. Man habe es mit der weltlichen Macht versucht. Heute sei zwar die Verbindung Thron und Altar beendet, doch gäbe es noch viele „Throne“. Und er gab den (fast nicht mehr notwendigen) Rat, an den man an den folgenden Tagen noch gelegentlich denken mußte, sie, die Throne, zwar nicht gewaltsam abzuschaffen, aber sie zu beschimpfen. Aber das maliziöse Wort galt nicht irgendwem, sondern allen. Er meinte die radikale Nachfolge im Zeugnis der Kirche. Wenn die Christen dem nicht nachkämen, „wird der Herr uns die weltlichen Dinge eines nach dem anderen aus der Hand nehmen und uns gewissermaßen nackt ausziehen“. Seit vielen Jahren sei ein Prozeß im Gange, den Besitzstand der Kirche zu schmälern, der von zahlreichen Christen beklagt werde. Es sei aber notwendig, sich diese Dinge wegnehmen zu lassen. Denn erst dann würden die Christen zum Zeugnis für die anderen, zu Schafen unter Wölfen, denn beweisen lasse sich der Glaube an Christus nicht

Wie aber sieht die Welt aus, in der die Kirche sich verschweigend, des irdischen Besitzstandes ledig, im Zeugnis der Nachfolge sich bewähren soll. *Klaus v. Bismarck*

(Intendant des WDR, Köln) entwarf als evangelischer Sprecher auf der großen Abendveranstaltung des Donnerstags auf dem gleichen Platz eine bedrückende Skizze ihrer Realität. v. Bismarck beschwor am eindringlichsten die politische Katastrophe in der Tschechoslowakei. Er hätte vor 14 Tagen noch anders sprechen wollen, als er heute nach den Ereignissen in Prag könne. 1968 würde ein schweres Jahr für die Menschheit sein, das wisse man nun. Er zitierte aus einem der Sektionsberichte in Uppsala: „Im Jahr der großen Morde — der Massenkämpfe, — der Studentenunruhen — der ausweglos erscheinenden Kriege — ...“ Nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei müsse man hinzufügen: Ein Jahr der brutalen Gewaltanwendung, ein Jahr der Angst: „Wie sollen Menschen ihr Schicksal in Disziplin und Besonnenheit ertragen?“ Ein Jahr der Furcht: „Vor dem Rückfall in den Stalinismus im Osten und in die Blockvorstellungen der fünfziger Jahre im Westen“. Er beschwor den Frieden: nur eine annähernd befriedete Welt könne die großen Menschheitsfragen lösen, aber wir wüßten seit den letzten Tagen noch klarer, daß der Weltfriede nicht nur in Vietnam bedroht ist. Er beschwor den Hunger: die Notwendigkeit der Solidarität zwischen den hungernden und den satten Völkern werde viel zu langsam eingesehen. Er sprach von den Bildungsaufgaben. Da nützten keine Methoden von gestern. Man müsse andere Wege gehen. Die großen politischen Probleme ließen sich nur lösen, „wenn die Bildungsanstrengungen entscheidend verstärkt und ihre Zielsetzung viel mehr auf humane Aufgaben ausgerichtet werden“. Er sprach von den Rassenunruhen, von der Unsicherheit im Beruf, von der Unsicherheit des Weltbildes, von der Unruhe der Jugend, die nicht mit dem üblichen Generationskonflikt ausreichend zu erklären sei. Es stehe fest, daß sie viel unmittelbarer und heftiger Kritik an den bestehenden Zuständen übt ... und daß sie viel entschiedener auf Abhilfe drängt. Er warnte vor dem „Heimweh nach dem Vorgestern“, einer „typisch bürgerlich-christliche(n) Versuchung“. Viele hätten das Gefühl, es dringe nicht nur Zugluft durch alle Ritzen, für sie schwanke schon der Boden unter den Füßen. „Da tut es auch vielen Christen wohl, den Blick zurück ins Gestern und Vorgestern schweifen zu lassen, als das Vaterwort noch galt, die Traditionen hochgehalten wurden, wo Kirche und Staat noch den Weg wiesen, wie man als Christ und Bürger seine Pflicht erfüllt, wo man noch wußte, wo oben und unten war, und außer ein paar Verrückten niemand war, der das ernsthaft in Zweifel zog. Es war und ist also in den christlichen Kirchen möglich, in einem ängstlich abgeschlossenen Garten vermeintlich ein frommer Mensch, und so gesinnt auch Kirchenführer, zu sein.“

„Sind wir bereit ...“

Ob das Heimweh nach einem solchen Vorgestern auch in Essen noch unter uns umgehe? Angesichts der Turbulenz des Gesprächs mochte man nicht auf den Gedanken kommen. Hatte aber die Frage nicht doch einen ganz präzisen, möglicherweise fatalen Sinn? Wie aber soll der Christ aus seiner Vorgestrigkeit erwachen, wie soll er angesichts der Unruhe in der Welt seine Verantwortung wahrnehmen. A. Vanistendael (Löwen) nannte als zweiter Redner des Abends einige Zielpunkte. Er sprach von der Verschärfung der Konflikte durch die Einswerdung der Welt: „Denn Bekannte die einander nicht begegnen, haben kaum die Möglichkeit, sich zu streiten.“ Drei Grundrechte

stellten sich da als besondere Aufgabe: das Recht auf Leben, auf Freiheit, auf Menschenwürde. Noch nie sei sich die Menschheit dieser drei Grundrechte so bewußt geworden wie heute. Noch nie sei ihre Verletzung durch einzelne, durch Gruppen, durch Institutionen so bitter empfunden worden wie heute. Man kenne aber zugleich nur allzu gut die Grenzen ihrer Sicherung. Wir wissen, daß Menschen hungern, sich nicht menschenwürdig kleiden können, über keine Wohnung verfügen, die sie von den Tieren unterscheidet. Wir kennen die koloniale Vergangenheit der Entwicklungsländer und die Unsicherheiten und Gewaltausbrüche, die ihre neu erworbene Unabhängigkeit begleiten. Wir wissen um veraltete Strukturen, die die Würde des einzelnen gefährden, um Diktatur und Terror, um Analphabetentum, Unwissenheit und Aberglauben. Die Probleme sind bekannt. Aber, so fragte Vanistendael, regen uns diese Tatsachen auch zu verstärkter Solidarität an? „Sind wir bereit, die in unserer Lebensart verwurzelten Ursachen des Elendes der Mehrheit unserer Mitmenschen anzuerkennen und zu beseitigen?“ Hilfe allein führe da nicht weiter. Es bedürfe der Korrektur der internationalen Herrschaftsstrukturen. „Solange die jetzige Struktur des internationalen Handels, der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugung, des Rohstoffmarktes bleibt, wie sie ist, wird es unmöglich sein, das Problem der Gerechtigkeit zwischen den Nationen einer ... Lösung zuzuführen.“ Wie soll das geschehen? Rezepte gebe es nicht. Im Gegenteil. Die zwei besonders beeindruckenden Aspekte des Problems seien: die Ratlosigkeit der Verantwortlichen der Entwicklungsländer auf der einen und die Bitterkeit der Völker auf der anderen Seite. Dennoch, die Mittel seien da. „Es fehlt uns jedoch die wirkliche Überzeugung zum Handeln, der politische Wille zum Tun.“ Fehlt es aber nur an diesem Willen oder an der Fähigkeit, ihn zu aktivieren? Ist es nur ein moralisches oder nicht vielmehr ein Sachproblem, bei dem Verantwortungsbewußtsein zwar zum Engagement treibt, dessen „Moralisierung“ aber auch die sachlichen Details verdecken oder verbrämen kann. Auch im Forumsgespräch „Entwicklung — ein neuer Name für den Frieden“ wurde dies nicht deutlich genug. Man wollte und konnte wohl auch nicht. Immerhin wurde das Problem als Moment unserer persönlichen und kollektiven Existenz, als ein wesentlicher, unser Schicksal entscheidender Aspekt christlicher Weltverantwortung wie kaum einmal auf einer katholischen Massenveranstaltung in Deutschland vor Augen geführt: durch Referate und Diskussionen, durch Predigten, durch Ausstellungen von Misereor und Adveniat.

Die Forumsgespräche

Konnten die Referate in den Großveranstaltungen und parallel, aber mit anderen Zielsetzungen und anderen Mitteln, die Predigten nur Anstöße zum besseren Verständnis des Generalthemas geben — nach Art der „Einpeitscher“, wie man sie noch von der Vollversammlung des Weltkirchenrates in Uppsala in Erinnerung hat —, in die Mitte der 1770 vorbereiteten, in einer Broschüre zum Verkauf angebotenen Fragen stieß man erst in den Forumsgesprächen, auch wenn sich viele als unbrauchbar oder überflüssig erwiesen, manche umgestoßen und neu formuliert wurden. In den Reden blieb die Welt groß und eindrucksvoll, aber abstrakt und konventionell. Manches längst Gesagte wurde — auch in den Einleitungsreferaten zu den Foren — als neuester Pfiff verkauft, wieder ge-

sagt, vorgekaut, wiedergekaut — und war dann doch nicht verdaulich. Erst in den Forumsgesprächen selbst kam der Mikrokosmos zum Zug, die kleine, konkrete und eckige Welt der vielen Fragen, Proteste, Postulate, auch der Kummernis und Ratlosigkeit. Ob sich die Veranstalter ein Bild machen konnten, was sie mit den 27 Forumsgesprächen angestellt hatten, die die Podiumsteilnehmer ebenso grausam überforderten wie das fragende oder schweigende Publikum, bei denen thematisch nicht allzuviel herauskam, bei denen oft mehr das Wie als das Was der Rede interessierten, durch die sie aber dennoch eine Meinungsschau produzierten, wie sie im deutschen Katholizismus bisher nicht gefunden wurde. Es war kein ansehnliches Arrangement, auch veranstalterisch nicht, trotz ausgeklügelter Organisation. Die Themen waren etwas unordentlich aneinandergereiht. Das Thema Mission suchte man unter Theologie, fand es aber im Forum VI als Schlußlicht hinter der Entwicklungshilfe. Man hatte nicht nur seine Not mit Themen, sondern auch mit Referenten und Podiumsteilnehmern. Nicht von ungefähr fiel in der Schlußbilanz der Satz: die Stimmen, die man auf der Galerie vermutete, hätten sich von den Podien her zu Wort gemeldet. Es gab Verlegenheiten und Ärgernisse und ziemlich viel Intoleranz. Es gab viele Details, aber wenig Überblick. Aber der Freiheit der Rede waren keine Grenzen gesetzt. Der intellektuelle Zuschnitt variierte und sank wie die Teilnehmerzahl von 4000 im Forum „Ehe = 2x1 — sonst nichts?“ und „Ratlose Eltern — rebellische Jugend“ auf 38 im Forum „Familienpolitik“ — ein Stiefkind in der Tat. Es hätte nicht mehr der als Wahlrede deklarierten heftigen Intervention des ehemaligen Familienministers Wüermeling im Großforum bedurft, um es zu beweisen. Nur schienen da beide Elternteile nicht ganz in Ordnung. Expertenhaft sah sich das Ganze nicht an, auch auf manchen Podien nicht. Die von A. Kremp in der „Rheinischen Post“ vermißte „katholische Wärme“ war durchaus da. Überintellektuell, protestantisch kalt, das waren diese Gespräche nicht. Ein bißchen verwirrt schon, aber vor allem lebhaft. Das Präsidium war wohl beraten, dem Gespräch keine prinzipiellen Grenzen zu setzen, und die Leiter der Podien verstanden es durchwegs, das Publikum, das nach vorne drängte, mit einzubeziehen. Dem sachlichen Fortschritt der Debatte war damit nicht gedient, man erfuhr aber besser, was und wie gedacht, geglaubt, geurteilt wird. Die sechs Foren wurden am Vormittag des Donnerstag jeweils durch zwei Grundsatzreferate eingeleitet, dann gingen die Teilnehmer in die verschiedenen Gesprächsforen auseinander. Die Referenten konnten also nur von Fall zu Fall an den Diskussionen teilnehmen, die durch einen kurzen Themenaufriß nochmal eigens eingeleitet wurden.

Forum I: Diese Welt und Gottes Wort

„Diese Welt und Gottes Wort“, so lautete das Thema des ersten Forums, das die biblischen Grundlagen zum modernen Weltverständnis legen sollte und von den Veranstaltern gleichsam als „Eingangshalle“ zur Gesamthematik bezeichnet wurde. Daß man von dieser Eingangshalle aus dann in manchen Gesprächsforen immer wieder in Nebenzimmer auswich, lag zum Teil an der qualitativ recht unterschiedlichen Zusammensetzung des Podiums, zum andern wohl auch an der bewußten Einbeziehung des zahlreichen und diskussionsfreudigen Publikums ins gemeinsame Gespräch. So kam es zu einer Fülle mehr oder weniger punktuell gestellter und auch so

beantworteter Fragen, in denen kein roter Faden durchgezogen werden konnte. Inwieweit hier ein organisatorisches Versagen oder eine einkalkulierte oder gar gewünschte Offenheit des Fragens und Suchens zum Ausdruck kam, der es in erster Linie gar nicht um eine in der kurzen Zeit ohnehin unmögliche Klärung der Sachfragen ging, mag dahingestellt bleiben. Sicher hing aber die Unzufriedenheit vieler mit den Forumsgesprächen auch damit zusammen.

Diese selbst wurden am Vormittag von zwei grundlegenden Referaten eingeleitet. O. Knoch, Direktor des Katholischen Bibelwerkes (Stuttgart), sprach zum Thema „Die Welt im Wort der Bibel“ und N. Greinacher (München) formulierte vor 3500 Zuhörern sein „Ja zur weltlichen Welt“. Knoch, der in seinen Aussagen etwas vage blieb, stellte fest, daß das Gesamtzeugnis der Bibel „keine einseitige Weltabwertung vertritt“. Das grundsätzliche Ja Gottes zur Welt und zum Menschen sei auch durch die Sünde nicht widerrufen worden. Dies werde in der „Einfleischung“ des Schöpfungswortes Gottes, in der Tatoffenbarung in Christus, die zugleich Heilsoffenbarung sei, deutlich. Rettung und Vollendung des Schöpfungswerkes, nicht dessen Zerstörung bleibe das Ziel der Geschichte. Nach der Gesamtaussage der Schrift führe der Weg zu Gott über den Dienst an der Welt und den Menschen, nicht jedoch an ihnen vorbei. Dieser gesellschaftliche Aspekt sei jedoch — als das unterscheidend Christliche — von Christus her religiös motiviert. Dabei bleiben aber die Gefahren der Selbstvergötzung des Menschen und der Vergöttlichung der Welt bestehen. Nur auf diese gottverschlossene, selbstgenügsame, machtversessene Welt bezögen sich die weltkritischen Aussagen der Bibel. Die „positive“ Weltsicht der Bibel sei jedoch schon im AT und NT durch Neuplatonismus und Manichäismus gefährdet und im Laufe der Geschichte nicht immer festgehalten worden. Welt, Leib, Geschlecht, Ehe, Kultur usw. seien so auch in der Kirche abgewertet, wenn nicht verketzert worden.

Suchte Knoch wenigstens in allgemeinen Formulierungen das Wort der Bibel zur Welt aufzuschließen, so ging es Greinacher darum, nach einem geschichtlichen Rückblick das heutige Verständnis einer hominisierten Welt aufzuzeigen. Der moderne Säkularisierungsprozeß bedeute die Entwicklung von Wissenschaft, Kultur, Technik, Wirtschaft zu autonomen eigengesetzlichen Sachbereichen hin und damit eine weitgehende „Entkirchlichung“ dieser Bereiche. Diese sei durchaus schriftgemäß. Aber erst in den letzten Jahren fänden sich in der katholischen Theologie Ansätze, diesen Säkularisierungsprozeß als heilsame Krisis des Glaubensbewußtseins zu deuten. In dieser Sicht sei der Mensch die „anthropozentrische Spitze“ der Welt, die grundsätzlich für ihn als Material seiner „geschichtlichen Menschwerdung“ da sei. Inkarnation sei dann zu verstehen als die endgültige Annahme und Hineinnahme der Welt als der *andersartigen* in die Welt Gottes.

Aufgrund dieser Prämissen forderte Greinacher eine grundsätzliche Entsakralisierung im kirchlichen Bereich, so z. B. in der Liturgie und Verkündigung mit ihrer „isolierten Sprach- und Denkwelt“; die Beseitigung kirchlicher Sonderbezirke, angefangen vom „katholischen Sportverein bis zum katholischen Briefmarkenclub“; die Vertretung der Interessen der Menschheit und nicht die der Kirche; eine gesellschaftskritische Funktion der Kirche, so z. B. in einer „konkreten Sozialkritik“, die auch die öffentliche Kritik an der politischen Macht nicht scheuen dürfe; das aktive Handeln für Friede, Versöh-

nung und Gerechtigkeit sowie die praktische Zusammenarbeit mit Nichtkatholiken und Nichtchrist (z. B. Humanisten, Marxisten).

In fünf Podiumsgesprächen sollte am Nachmittag das Thema des ersten Arbeitskreises „Diese Welt und Gottes Wort“ entfaltet werden. Bereits die unerwartet hohe Teilnehmerzahl deutete auf das große Interesse an den biblischen Grundlagen dieser Frage hin. Zum ersten Podiumsgespräch mit dem Thema „Ist das Neue Testament weltfeindlich?“ fanden sich — nach den vom Pressezentrum herausgegebenen Angaben — rund 600 Zuhörer ein. Offensichtlich wurde aber die Frage in dieser Formulierung als bereits im Referat von O. Knoch — und zwar mit negativ — beantwortet angesehen, so daß man gleich zu Beginn zu der Frage übergang, weshalb man erst jetzt wieder erkannt habe, daß sich die Weltfeindlichkeit in der Kirche nicht auf das Neue Testament berufen könne. Das recht unergiebig Hin und Her der Diskussion führte schließlich zu der allgemeinen Feststellung, daß es kein geschichtsenthobenes Verständnis der Schrift geben könne und die jeweiligen personalen und kulturgeschichtlichen Voraussetzungen der Schriftinterpretation zu berücksichtigen seien. Dies suchte man anhand einiger Beispiele zu verdeutlichen, so der Wüstenväter, „an deren Verdrängungen wir heute noch leiden“ (M. Plate, Freiburg) und deren weltabgewandtes Leben man als den damaligen Zeiten entsprechenden gesellschaftlichen Protest gegen die Vergötzung des Wohlstandes deutete, weiter am Beispiel der Stellung Pauli zur Frau in der Liturgie oder auch am Gebot der Nächstenliebe, die heute weltweit und gesellschaftsumformend zu verstehen sei. Die Diskussion dieses nur im Gesprächsleiter (R. Baumann, Stuttgart) fachexegetisch ausgewiesenen Podiums über ein allgemein formuliertes Thema führte dann bald zu der eingeschränkten Frage nach den weltfeindlichen Tendenzen in der Kirche. Als solche wurden genannt die Angst vor dem Fortschritt und die Manipulation der Wahrheit. In der gemeinsamen Schlußresolution wurde eine freie und öffentliche Diskussion in Kirchenpresse und Gemeinden (mit Aufhebung des Imprimatur) gefordert, die Weiterbildung der Priester in den modernen Bibelwissenschaften und eine zeitgerechte Verkündigung und Auslegung der gottesdienstlichen Lesungen. Weiter solle der zeitlose Inhalt der evangelischen Texte von einem kompetenten Gremium in die Sprache unserer Zeit umgesetzt und die Verkündiger in geeigneter Weise auf diese Interpretation der Schrifttexte verpflichtet werden, ein gewiß gutgemeinter, aber in der Tat laienhafter Vorschlag.

Mit dem Thema des zweiten Diskussionskreises „Kommt das Reich Gottes durch Evolution?“ (rund 700 Teilnehmer) suchte man Schrift und evolutive Welt in Beziehung zu setzen. Evolution wurde als Mitwirkung des Menschen an der Vollendung der Welt gemäß dem Schöpfungsauftrag verstanden. Die mit der Möglichkeit der Manipulation der Evolution gegebene Verantwortung dürfe nicht den Naturwissenschaftlern allein „überlassen“ werden. Nicht ausbleiben konnte hier natürlich die Frage, wie weit das Recht zum Experiment am Menschen reiche. Die Frage, ob der Mensch auch die Erbanlagen verändern dürfe, wurde vom Podium mit einem uneingeschränkten Ja beantwortet. Der Mensch habe geradezu die Pflicht, den dadurch erreichbaren Fortschritt zu fördern. Wenn man auch mit dieser Antwort ein sehr allgemeines Kriterium in der Hand hatte, so besagt dieses beispielsweise noch gar nichts über die konkrete Frage, ob ich in diesem

Fall den Menschen so ohne weiteres der unmittelbaren Gefahr einer nicht mehr rückgängig zu machenden möglichen Schädigung seiner Erbsubstanz aussetzen darf. Mit diesem Problem sahen sich aber die Gesprächsteilnehmer offensichtlich überfordert. Es blieb bei allgemeinen Aussagen über Wesen und Finalität der Evolution sowie über den Zusammenhang von Evolution und Reichgotteserwartung.

Mit dem Thema „Biblische Modelle des Weltverhaltens“ suchte das — mit 150 Hörern sehr schwach besuchte — dritte Podium (Leitung J. Meisenzahl, Würzburg) einen konkreten Beitrag zum Gesamthema zu leisten. Auch hier wurden mehr Fragen ausgesprochen als erläutert. Es gebe zwar, so wurde festgestellt, in der Schrift Verhaltensweisen Christi (z. B. sein Ährenrupfen am Sabbat, die Tempelaustreibung u. a.), die man zu einem Imperativ formulieren könne (z. B. „Der Sabbat ist um der Menschen willen da . . .“). Doch können diese Imperative als Modelle übernommen werden? Wie lasse sich das Zeitbedingte vom Allgemeinen der biblischen Aussagen unterscheiden? Wie weit reiche deren Gültigkeit? Wie lassen sie sich ohne das Rüstzeug der Bibelwissenschaft verständlich machen? Sind die Verhaltensweisen Christi dem irdischen Jesus oder dem erhöhten Herrn zuzuschreiben? Auch die historisch-kritische Methode — formulierte R. Pesch (Freiburg) — sei für die Wahrheitsfindung biblischer Aussagen nur von relativem Wert. Eine „existentielle“ Lösung der Frage wurde von einem evangelischen Gesprächsteilnehmer vorgeschlagen. Die Frage nach dem richtigen Weltverhalten sei im Grunde eine Frage nach der Erkenntnis des Willens Gottes. Diese Erkenntnis werde jedoch dann dem einzelnen im richtigen Augenblick eingegeben, wenn dieser existentiell in Christus eingewurzelt sei. Deshalb gehe es vorgängig zur Frage nach den biblischen Verhaltensmodellen um die Frage der personalen Begegnung mit Christus.

Das stark besuchte Podiumsgespräch (700) über „Naturwissenschaft und Glaube“ unter der Leitung von Prof. F. P. Möhres (Tübingen) wurde schon bald von den Fragestellungen der anwesenden Naturwissenschaftler (theoretischer Physiker, Physiologe und Biologe) bestimmt. Diese differenzierten die Fragestellung sofort, indem sie zwischen dem konkreten Glaubensvollzug gemäß der Schrift und der geschichtlich bedingten Glaubensinterpretation in bestimmten theologischen Denksystemen unterschieden. Während es zwischen diesem Glaubensvollzug im Sinne der biblischen Botschaft und der naturwissenschaftlichen Forschung keinen Gegensatz gebe, sei dieser im zweiten Fall sehr wohl noch vorhanden, da in gewissen kirchlichen Kreisen noch ein überholtes Weltbild sowie überholte Fragestellungen der griechischen Philosophie nachwirkten (z. B. in der Auffassung des Naturrechts). In einem Gespräch zwischen Naturwissenschaftlern und Theologen sei sehr zu beachten, daß es kein geschlossenes naturwissenschaftliches Weltbild gibt, da die naturwissenschaftlichen Erkenntnisse prinzipiell vorläufig sind. Bedauert wurde in der Diskussion das Fehlen einer Theologie der Schöpfung, welche die Plattform zu einem sachgerechten Gespräch bieten könnte. Das Prinzip der ethischen Relevanz der naturwissenschaftlichen Forschung wurde anerkannt, wenn man auch den Forschungsdrang des Menschen nicht durch ethische Prinzipien begrenzt sehen wollte. Eine eindeutige ethische Grenze wurde jedoch dort gezogen, wo es z. B. der Humangenetik gelänge, den Menschen zum Sklaven und

willenlosen Werkzeug oder zum Verbrecher zu degenerieren. Die innere Begrenzung der Naturwissenschaft wurde darin gesehen, daß sie auf die Sinnfrage des Menschen sowie auf die Fragen nach Leid, Krankheit und Tod keine Antwort geben könne.

Mit rund 1200 Teilnehmern (vorwiegend Ordensfrauen und Ordensgeistlichen) fand das Forumsgespräch „Die evangelischen Räte — Provokation der Welt?“ (Leitung F. zu Löwenstein SJ) das weitaus größte Interesse innerhalb der ersten Forums. Man bemühte sich um eine Sinn-erhellung der evangelischen Räte als eine heute nicht mehr selbstverständliche christliche Lebensweise. Dabei standen Armut und Gehorsam im Mittelpunkt der Diskussion. Bohrende Fragen wurden zum Thema Armut gestellt, z. B., wie kann der einzelne arm sein, wenn die Institution reich ist? In einer wirtschaftlich gesicherten Gemeinschaft falle das Risiko der Existenzunsicherheit fort. Heute komme es aber vor allem auf das sichtbare Zeugnis der Gruppe an. Als Maß habe die von den Armen in der Welt gelebte Armut zu gelten. Um einer größeren Armut der Ordensleute willen wurde von einer Ordensfrau vorgeschlagen: Abgabe der Ordenshäuser und anderer Institute an andere Unterhaltsträger, Einsatz von Ordensfrauen in den Schulen von Elendsvierteln, Abschaffung der „Klassen“ in den Krankenhäusern.

Zum Thema Gehorsam wurde zunächst festgestellt: Gehorsam ohne Einsicht in seine Notwendigkeit gebe es in allen Bereichen der Gesellschaft, nicht nur in den Orden, wenn auch die Motivierungen verschieden sind. Der religiöse Gehorsam werde Gott versprochen: Der Wille Gottes hat aber etwas mit Sachzwang zu tun: Also darf auch die Gehorsamsfrage im Orden nicht von der Sachfrage gelöst werden. Dies aber bedeute — und hier war vor allem von den Ordensfrauen die Rede — öffentliche Diskussion der Sachfragen, umfassende Sachinformation und gemeinsame Suche nach einer sachgerechten Lösung. Dies schließe nicht aus, daß bei strittigen Fragen von einer einzigen Person oder einem Gremium entschieden werden müsse. Das Unterordnungsverhältnis könne nicht völlig demokratisiert werden.

Scharf kritisiert wurden „unter dem Deckmantel des Gehorsams“ ausgeübte klösterliche Herrschaftsformen. Der Maternalismus in den weiblichen Ordenshäusern, der Infantilismus erzeuge, müsse in ein Verhältnis der Mitschwesterenschaft umgewandelt werden. Gefordert wurden weiter Freiheit der Rede in den Ordensgemeinschaften, Mut zum Experiment, Aufgabe großer Ordenshäuser und Errichtung kleinerer Kommunitäten, sachgerechte Aufgabenverteilung, Abschaffung der „300 verschiedenen absonderlichen Ordenstrachten“, Teilnahme an gesellschaftlichen Kontakten und Kommunikationsmöglichkeiten. Die Überinstitutionalisierung der Orden wurde als Haupthindernis für eine echte Verwirklichung der evangelischen Räte angesehen. Es gelte, neue Arten von Gemeinschaften zu finden.

Forum II: Ehe und Familie

Mehr noch als auf das Forum I konzentrierte sich das Interesse der Teilnehmer und Beobachter auf das Forum II: Ehe und Familie, mit den Forumsgesprächen: „Ehe = 2 x 1 — sonst nichts?“, „Herausforderung Mischehe“, „Familie zwischen Beruf und Freizeit“, „Ratlose Eltern — rebellische Jugend“. Geburtenregelung, Mischengesetzgebung, Unruhe unter der Jugend, vor allem

der Schüler- und Studentenschaft und ihre Ursprünge in der Familie, das waren die großen Themen. Die Enzyklika trieb offenbar viele dahin und nach Ende des Themas — vorzeitig — wieder weg. Aber die Themen wären auch ohne *Humanae vitae* brisant genug gewesen, um den Katholikentag zu beherrschen. Als Referenten hatte man nicht Theologen engagiert, sondern einen in der wissenschaftlichen Ehediskussion ausgewiesenen Anthropologen und eine Praktikerin der Erziehungsberatung. Prof. G. Scherer (Essen) sprach über „Ehe auf dem Prüfstand“, Frau G. Gebhardt (Frankfurt/Main) über „Familie in der Zerreißprobe“.

Prof. Scherer hatte — zum Thema der Enzyklika — mit 5000, unter ihnen ein Großteil Jugendlicher — die zahlreichste Zuhörerschaft. Er gab zunächst einen gedrängten Grundriß zum Verständnis von Liebe, Ehe und Sexualität und resümierte dann im Schlußteil die durch die päpstliche Enzyklika aufgeworfenen Diskussionspunkte. Wegen der Länge des Referats kann hier auf den begründenden ersten Teil nicht eingegangen werden. Nur ein Punkt, der unmittelbar auf die Problematik der Enzyklika verweist, sei festgehalten. Scherer wandte sich gegen das bei „Christen, wohl aller Konfessionen“ noch nachwirkende leibfeindliche Vorurteil: „die Humanisierung der sexuellen Kräfte des Menschen geschehe vor allem durch Triebbeherrschung“. Wohl müßten von den Ehepartnern im Sexualbereich Triebverzicht geleistet werden, um die sexuelle Begegnung nicht ins Banale abgleiten zu lassen, aber die „grundlegende Aufgabe“ sei nicht Triebbeherrschung, sondern die Integration der sexuellen Kräfte in das Ganze des menschlichen Seins. Der Mensch müsse sich im sexuellen Geschehen so wiederfinden können, „daß (es) nicht mehr als fremder, peinlicher, im Grunde unmenschlicher Block in sein Leben hineinragt“. Diese Integration geschehe gerade dann, „wenn sich die Liebe in der Sexualität aussagt und die sexuellen Kräfte des Menschen mehr und mehr zu Liebespotenzen werden . . . Dann gewinnt das Geistigste, was es gibt, die Liebe, jenseits aller Abstraktheit die konkrete Nähe leibhaftiger Erfahrung.“ Sein „Votum“ zur Enzyklika faßte Scherer in fünf Punkte: 1. Es ist Anliegen der Enzyklika, alle manipulierenden Eingriffe in die biologische Struktur der geschlechtlichen Vereinigung auszuschließen. Aber manipulative Eingriffe sind nicht schlechthin verwerflich, wenn sie dem Wohl der Person dienen. Auf jeden Fall stehe das Wohl des Menschen in seiner leib-geistigen Ganzheit seins- und wertmäßig über der Unversehrtheit biologischer Strukturen. 2. Die Enzyklika sei inkonsequent, wenn sie behauptet, wer in die Gesetze des Zeugungsablaufes eingreift, mache sich zum Herrn über den Ursprung des Lebens. Er wirke dabei nur im Schöpfungsgeschehen mit, und das gelte auch für den, der die unfruchtbaren Perioden benutzt. 3. Nach heutiger biologischer Erkenntnis wissen wir, daß in der geschlechtlichen Begegnung Liebe und Fruchtbarkeit keineswegs miteinander verbunden sein müssen. 4. Der vom Papst gefürchtete Mißbrauch empfängnisregelnder Mittel hebt die Möglichkeit des rechten Gebrauchs nicht auf. 5. „Wer sich diese und andere mögliche Einwände gegen den Standpunkt der Enzyklika vergegenwärtigt, kann wohl nicht umhin, aufs neue zu fordern, die Entscheidung, welche Methode der Empfängnisregelung zu wählen sei, müsse dem einzelnen Ehepaar überlassen werden.“ Dieses Fazit könne jedoch nicht als „Lehre der Kirche“ ausgegeben werden. Diese sei durch *Humanae vitae* erneut in andere Richtung fixiert.

Frau Gebhardt behandelte den zweiten Schwerpunkt des

Gesprächs dieses Forums, die konkreten Belastungen, denen die Familie heute ausgesetzt ist. Sie resümierte zunächst die die Familie bestimmenden Vital- und Gemeinschaftsaspekte. Familie als Lebens-, Wirtschafts- und Interessen-, als Haus-, Erziehungs- und Heilsgemeinschaft. Beim Aufweis der konkreten Spannungsherde, „Zerreißen“, beschränkte sich die Referentin auf die Innenbeziehungen der Haus- und Lebensgemeinschaft zwischen den Ehepartnern und zwischen Eltern und Kindern. Die gesellschaftlichen Belastungen der Familie, ihre Gruppenbezüge, ihr Verhältnis zu Kirche, Gesellschaft und Staat wurden nur sehr am Rande berührt.

Auch Frau Gebhardt streifte das Thema Geburtenregelung. „Seit mehr als einem Jahrzehnt haben sich die katholischen Ehepaare gewöhnt, die menschliche Geschlechtlichkeit nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Arterhaltungsfunktion zu sehen. Sie sind vielmehr dahin gekommen, das Moment der Fruchtbarkeit, das mit der Geschlechtlichkeit gekoppelt ist, viel weiter zu fassen: Fruchtbarkeit auch im Geistigen, die als äußere Gebärde aber durchaus die körperliche Vereinigung wählen kann, wobei versucht wird, die Zeugung neuen Lebens, aus Verantwortung diesem Leben gegenüber, zu verhindern... Was nun, wenn einer der Gatten diesen Standpunkt nicht mehr einnehmen kann? Was nun, wenn der andere Partner seine neugewonnene und inzwischen praktizierte Auffassung von der menschlichen Natur, von der Natur der Ehe und der Rolle der Geschlechtlichkeit in der Ehe nicht ändern kann oder will? Was nun, wenn gerade an diesem Punkt die Autoritätsfrage von Jugendlichen mit neuer Intensität gestellt wird? Werden die Eltern mit ihren eigenen, ehelichen Problemen, mit den erzieherischen Problemen zurechtkommen?“ Wie die Frage der Geburtenregelung die Familie auch als Wirtschaftsgemeinschaft in die Zerreißenprobe treiben kann, illustrierte Frau Gebhardt an weiteren Fragen: „Für wieviele Kinder können die Eltern die Verantwortung übernehmen? Haben die Kinder selber, hat die Gesellschaft nicht ein Recht, von den Eltern Rechenschaft darüber zu fordern, ob dem verursachten Leben auch menschliche Entwicklungschancen geboten werden? Wie lassen sich Schwangerschaft und Kinderpflege mit der Berufstätigkeit der Frau, die des Existenzaufbaues wegen vielfach notwendig ist, verbinden?“ Alles in allem gewiß sehr legitime, manchmal gebieterische, gelegentlich auch pharisäische Fragen. Zur Verschärfung des Generationengegensatzes bemerkte die Referentin: „Wo die gemachten Erfahrungen einer älteren Generation nicht mehr viel nützen können, verliert auch die Rolle im gesellschaftlichen Leben an Bedeutung. Die Rolle der jüngeren Generation hingegen wird, zumindest in deren eigenen Augen und nicht ohne Selbstüberschätzung erheblich aufgewertet.“ Schließlich neigten auch jene Personen und Personenkreise, die die Jugend für eigene Interessen einspannen möchten, dazu, „die Bedeutung der sozialen Rolle der Jugendlichen zu überzeichnen“. Diese Aussagen konnten an Hand jüngster Ereignisse auch im späteren Gespräch durchaus erhärtet werden. Publizistisch wurden sie in Essen gelegentlich vordemonstriert.

Das Forumsgespräch „Ehe = 2 x 1 — sonst nichts?“ — es wurde wegen Überfüllung von der Halle 4 in die Halle 8 verlegt — entwickelte sich zu einer der fruchtbarsten Diskussionen des Katholikentages. Es wurde eingeleitet durch ein Kurzreferat von R. Rüberg (Köln), das sich nicht auf die engere Themenstellung der Enzyklika beschränkte,

sondern Fragen zur Gesamthematik von Ehe und Sexualität stellte. Auf diese Weise kam ein dichtes Bündel Fragen von der frühkindlichen Sexualität über die voreheliche geschlechtliche Einübung bis hin zum Wesen der Ehe und Ehescheidung zur Sprache. Kann oder muß ein junger Mensch Beziehungen zum anderen Geschlecht aufnehmen? Stören sie seinen Reifungsprozeß oder fördern sie ihn? „Kann ein junger Mensch schon so lieben, daß er die volle körperliche Begegnung verantworten kann?“ Müßte man nicht auch hier wie in anderen Lebensbereichen Möglichkeiten und Formen zur Einübung in die ganze Breite personal verantworteter geschlechtlicher Beziehungen offen lassen? Wann ist eine Ehe eigentlich „Ehe“? „Wenn Standesbeamter und Pfarrer zu dem Bündnis zweier Menschen ‚ja‘ gesagt und es gesegnet haben? Oder dann, wenn diese beiden Menschen sich einig sind und sich füreinander verantwortlich fühlen und zeigen?“ Sehr nachdrücklich wurde neben dem Institutionellen der personale Akt von Ehe und Sexualität und hier wieder besonders das Moment der personalen Reifung, seiner Grenzen und seines Versagens in den Vordergrund gestellt. Die Diskussion spitzte sich, durch etwas hausbackene Argumente aus dem Publikum urgiert („Ist nun der Gebrauch der Pille Sünde oder nicht?“), immer wieder auf die Problemstellung zu: das schroffe Gegenüber von Erlaubt und Verboten im Bereich des Sexuellen sei eigentlich keine christlich gestellte Frage. Vielmehr gelte es zu prüfen: „Habe ich mich um die rechte Liebe bemüht, um das, was dem anderen Partner in echter Weise gut tut?“ Dies nicht als Freibrief, sondern aus Verantwortung und Partnerschaft.

Am Abend des ersten Tages wurde die Publikumsdiskussion mit etwa 700 Teilnehmern in privater Form weitergeführt. Auch hier stießen hergebrachte Normethik und Einsicht in die Gesetze menschlicher Reifung und Integration hart aufeinander, ohne daß in wünschenswerter Klarheit bestimmte Handlungsweisen abgeleitet werden konnten, die innerhalb dieses Prozesses jeweils befürwortbar oder geboten scheinen. Ein Teil der Diskussionspartner tat sich schwer, die Folgen des Verlustes einer die Persönlichkeit menschlichen Handelns verkürzenden Normsicherheit zu ertragen und darin die Möglichkeit gesteigerter persönlicher Verantwortung zu sehen. Die Auseinandersetzung um die Enzyklika mündete immer wieder in der Frage nach dem Naturbegriff als Normfundament und nach den Grenzen lehramtlicher Autorität. Eine Ärztin auf dem Podium erläuterte die verschiedenen Methoden der Empfängnisregelung. Diese wurden von jeder Form von Abtreibung abgesetzt.

In einem von der Diskussionsleitung erarbeiteten Resümee des Gesprächs wurde betont: Die deutschen Katholiken seien dabei, „den Raum der Freiheit in einer Art zu betreten, die die Hürden einer wohlbehüteten Herde sprengt. Sie sind bereit, eher die Gefahren einer ungeschützten Freiheit auf sich zu nehmen als in die Unmündigkeit der kritiklos Gehorchenden zurückgestoßen zu werden.“ Daran schloß sich der Dank für die Verlautbarung der Bischöfe. In einem weiteren, von Prof. J. Gründel (München) als Podiumsteilnehmer formulierten Dokument wurden die pastoralen Gesichtspunkte der Diskussion zusammengefaßt. Zur Enzyklika hieß es dort: „Sie ist eine qualifizierte Stimme im Glaubensbewußtsein der Kirche, die der Christ nicht einfach übergehen kann; sie scheint aber nicht mehr so klar und eindeutig die Lehre und das Glaubensbewußtsein des ganzen Volkes Gottes wiederzugeben, was sich in der Diskussion auf dem Katholikentag gezeigt hat. Die Kritik an diesen Aussagen ist Zeichen

der Bewußtseinsbildung des Volkes Gottes und eine Herausforderung zur Weiterführung der Sachdiskussion.“ Doch all dies war der Mehrheit offenbar noch nicht deutlich genug. Auf Vorschlag aus dem Publikum und unter dessen aktiver Mitwirkung wurde bei ca. 3000 Teilnehmern mit 90 Gegenstimmen und 58 Enthaltungen schließlich eine Resolution über die deutschen Bischöfe an den Papst gerichtet, in der festgehalten wurde, daß die Gesprächsteilnehmer „der Forderung nach Gehorsam gegenüber der Entscheidung des Papstes in Fragen der Methoden der Empfängnisregelung nach Einsicht und Gewissen nicht folgen können“. Sie hielten eine Revision der päpstlichen Lehre in diesem Punkte für unbedingt erforderlich. Unmut und Enttäuschung waren nicht zurückzuhalten. Ein Zeichen praktizierter Freiheit oder doch noch der Befangenheit?

Neben dem Thema Ehe und Geburtenregelung, das in anderen Arbeitskreisen und Einzelveranstaltungen in den verschiedensten Variationen ständig wiederkehrte, fand auch das Forumsgespräch „*Herausforderung Mischehe*“ besonderen Zuspruch. 3000 beteiligten sich. Evangelische Gesprächspartner meldeten sich nicht nur aus dem Publikum zu Wort. Sie waren auch auf dem Podium vertreten. Drei Fragen bestimmten die Diskussion: Form der Eheschließung, religiöse Kindererziehung, Mischehenseelsorge. Zum ersten Punkt wurden eine Reihe von Detailfragen der jetzt geltenden Gesetzgebung erörtert, wurden die Bestimmungen über Dispensmöglichkeiten und deren restriktive Anwendung durch manche Ordinariate kritisiert und Härtefälle (auch im Verhältnis zu den Orthodoxen) erörtert.

Ziemlich einig war man sich über die Notwendigkeit einer Generalrevision der Mischehengesetzgebung: Eine Gesetzgebung, die so vieler Dispensen bedürfe, um praktikabel zu werden, müsse in sich reformbedürftig sein. Von der Kirche als schützende Funktion gedacht, habe sich inzwischen herausgestellt, daß sie zerstörend wirke. Der Vorsitzende des Forumsgesprächs, der Arzt *H. Urban* (Essen) meinte, in recht bezeichnender juristischer Verkürzung auf die Formulierung des Themas anspielend, sogar, eine Herausforderung sei die Mischehe „einzig und allein für die Amtskirche“, die sie in Hirtenschreiben noch vor wenigen Jahren als „Krebsübel“ bezeichnet habe. Die wesentlichen Ergebnisse der Diskussion wurden in Form einer Empfehlung der Bischofskonferenz zugeleitet. Darin wird gefordert: großzügiger Gebrauch der Dispensmöglichkeiten und bessere Information der bekenntnisverschiedenen Paare darüber, Gewissensentscheidung der Eltern in der religiösen Erziehung der Kinder, Schaffung „einer systematischen und integrierten Seelsorge auf allen Ebenen für bekenntnisverschiedene Braut- und Ehepaare“. Zum letzten Punkt erklärte Msgr. *P. Adenauer* (Bad Honnef) als Podiumsteilnehmer, schon jetzt sei eine gemeinsame Empfehlung für katholische und evangelische Seelsorger in Vorbereitung, die auf eine gemeinsame Mischehenseelsorge abzielt. Sie soll der Bischofskonferenz und dem Rat der EKD vorgelegt werden. Dem Forumsgespräch schloß sich ein von bekenntnisverschiedenen Ehepaaren gestalteter ökumenischer Wortgottesdienst an.

Geringer war die Beteiligung am Forumsgespräch „*Familie zwischen Beruf und Freizeit*“. Auch diese Diskussion war von der Bereitschaft gekennzeichnet, gewohnte, unreflektiert als christlich tradierte Ordnungs- und Normvorstellungen zu revidieren. Die Freizeit hatte dabei entschieden den Vorrang vor dem Beruf. Man erinnerte

darán, die Kirche habe jahrhundertlang die Arbeit einseitig als wichtigsten Weg zur menschlichen Bewährung und seelischen Vervollkommnung angesehen, während die Freizeit als Faulheit und überflüssiger Luxus verdächtigt wurde (womit wohl das Normbewußtsein, nicht unbedingt die „kirchliche“ Praxis selbst gemeint sein mußte). Heute müsse jedenfalls das Bemühen um den rechten Gebrauch der Freizeit in den Vordergrund gerückt werden. Besonders wichtig sei eine frühzeitige Erziehung der Kinder und Jugendlichen zu ihrem rechten Gebrauch. Kritisiert wurde, daß die Bemühungen um die Freizeiterziehung sich zu sehr an den einzelnen wenden und nicht genügend die Gemeinsamkeit der Familie sehen. Schon am ersten Tag wurde nachdrücklich die Frage gestellt, wie weit unsere beliebte Vorstellung von der Familie als „Keimzelle“ der Gesellschaft der gesellschaftlichen Realität entspreche oder nur tradiertes Wunschdenken sei. „Familienromantiker“ (Formulierung eines Diskussionsteilnehmers) und Verfechter einer dem Funktionswandel der Familie Rechnung tragenden soziologischen Sicht der Familie und ihrer gesamtgesellschaftlichen Abhängigkeit argumentierten gegeneinander. Die Familie sei keine Insel. Intakt sei sie nur dann, wenn sie mit den inneren und äußeren Spannungsverhältnissen fertig werde, trotz oder gerade wegen der ihr zugemuteten Konflikte zusammenhalte und auf die Gesellschaft hinorientiert bleibe. Die gesellschaftlichen Verflechtungen der Familie wurden dennoch nicht sehr scharf analysiert. Ein paar Stichworte wurden immerhin geliefert. Es dürfe keine „Familie von der Stange“, nach stets gleichen Maßstäben geben, jede Familie müsse in ihrem gesellschaftlichen Normverhalten ihre Individualität bewahren. Kräftig aufräumen wollte man mit kirchlich-kleinbürgerlich geförderten Erziehungsklischees. In breiten Schichten würden immer noch Ordnung, Pünktlichkeit und Sauberkeit als höchste Erziehungswerte gepriesen. Besonders am zweiten Tag wurden durch die zahlreichen weiblichen Gesprächsteilnehmer Probleme der Hausfrau in den Vordergrund gerückt. Man kämpfte gegen den hausfraulichen „Mythos der Arbeit“. Mütter hätten stets ein „latent vorhandenes schlechtes Gewissen“, wenn sie einmal die Hände in den Schoß legten. Schöpferisches Nichtstun, „bewußte Einübung“ auf Freizeit wurde empfohlen.

4000 — nur die Empfängnisregelungsdebatte konnte mit dieser Teilnehmerzahl konkurrieren — fanden sich zum Forumsgespräch „*Ratlose Eltern — rebellische Jugend*“ ein, zum Thema Nummer zwei, das den Katholikentag beherrschte und nicht nur in zahlreichen anderen Arbeitskreisen, sondern auch in den Großkundgebungen (nicht nur durch die KAPO) und in den Veranstaltungen der Verbände (BDKJ, Kolping, KAB, Delegiertenversammlung usw.) ständig präsent war. Das Gespräch in diesem Arbeitskreis schien nicht leicht, auch wenn beide im Titel angesprochenen Partner, von Ausnahmen abgesehen, um ein offenes Gespräch bemüht waren. Ein Happening der Vorurteile hatte man dieses Gesprächsforum genannt. Obwohl es schon vorher Streit zwischen den Veranstaltern und dem BDKJ wegen der Besetzung des Podiums gegeben hatte, verliefen die Gespräche störungsfrei. Am ersten Tag drängte mehr die Jugend nach vorne. Die ältere Generation übte sich im Hören und ließ höflich Vortritt. Am zweiten Tag meldeten sich jedoch die Älteren stärker zu Wort. Die Gesprächsleitung (Prof. F. Pöggeler, Aachen) bemühte sich mit einigem Erfolg um Sachlichkeit. Sehr bald stellte sich heraus, daß die Probleme nicht so

einfach waren, wie sie das Gesprächsthema suggerierte. Der Generationenkonflikt sei nur ein Moment der gegenwärtigen Unruhe bei der Jugend. Auch die Differenz von Moralität und gelebter Wirklichkeit erkläre den Konflikt nicht allein. Man dürfe den Verlust an Humanität in der Gesellschaft nicht übersehen. Gesellschaftskritischer Pessimismus sprach (vermutlich unbewußt) bei gegensätzlicher Akzentuierung aus manchen Stimmen quer durch die Generationen. Zu hören war auch die Ansicht, es seien im wesentlichen „staatliche“ Probleme, die den Protest veranlaßten. Ein harmonisches Familienleben könne ihn nicht aus der Welt schaffen. Versuche, den Schwarzen Peter von Institution zu Institution weiterzureichen, gab es zahlreiche. Auch die Kirche bekam dabei ihren Teil. Immer wieder heftete man sich am Thema Schule und Hochschule fest. Mehr Öffentlichkeit der Entscheidungen, mehr Mitbestimmung auch der Schüler, mehr Kontrolle wurde gefordert. Prof. Pöggeler sah einen wichtigen Erklärungsgrund für den sich zuspitzenden Konflikt im Unterschied von demokratischer Staatsform und demokratischem Verhalten und forderte zur Einübung der Praxis des demokratischen Verhaltens in der Erziehung auf. Die Auseinandersetzung verhedderte sich immer wieder in der Diskussion um den Freiheitsbegriff. Wie ist Freiheit möglich, wie kann ein (notwendiges) Mehr an Freiheit praktiziert werden? Was verhindert ihre Verwirklichung? Man war nüchtern genug, um auch einen häufig übersehenen Aspekt der Frage ins Licht zu heben: die mangelnde Möglichkeit zum Widerstand (weil das Gewünschte oft zu leicht erreicht werde) als Grund für ein zu schwach entwickeltes Freiheitsbewußtsein. Standen sich in diesem Forumsgespräch Mentalitäten der Jungen und Älteren oft unversöhnt gegenüber, so stimmte doch die Mehrheit einer von der Handschrift der Jugend gezeichneten Resolution zu, die das etwas aggressive Klima des Gesprächs, aber auch den Willen der Gesprächspartner zu sachlicher Begegnung spiegelt:

„Die heutige Gesellschaft ist steigenden inneren Auseinandersetzungen mit belastenden Traditionen und äußeren Ansprüchen ausgesetzt, die im Spannungsfeld zwischen moderner Industriekultur und überholtem patriarchalischem Ordnungsdenken gesehen werden muß. Die gesellschaftliche Ordnung ist weitgehend auf ein starres Autoritätsdenken gegründet. Viele Angehörige der älteren Generation leiten aus der Tatsache, in starren obrigkeitshörigen Erziehungssystemen zu absolutem Gehorsam und unbedingter Pflichterfüllung erzogen worden zu sein, eine Berechtigung ab, die junge Generation zu einem Denken zu verpflichten, das einer sich ständig wandelnden Gesellschaft nicht gerecht werden kann. Wenn die Kirche verlangt, mündig zu werden, dann sollte der Dialog zwischen den Generationen zuerst berücksichtigen, daß er ein Gespräch zwischen wandlungsfähigen Partnern sein sollte, das nicht in einen Monolog ausarten darf, der auf einem angestammten Autoritätsbewußtsein beruht.“

Forum III: Kultur

In den Einleitungsreferaten von Kultusminister *B. Vogel* und Frau *H.-R. Laurien* lagen die Schwerpunkte auf dem Engagement des einzelnen Katholiken im Bereich der Kulturpolitik, wobei es nicht auf eine als „katholisch“ fixierte Linie ankomme und auch nicht auf „Proporz und Prozente“, sondern auf Qualität. Der gesamte Fragenkomplex, besonders auf dem Gebiet des Schulwesens, müsse unbedingt entideologisiert werden. Während Minister

Vogel auf die weiterhin bei Katholiken bestehenden „beunruhigenden Vorbehalte gegenüber den modernen Wissenschaften und ihren technischen Anwendungen“ hinwies, fragte Frau *Laurien* nach dem „christentumgerechten Engagement“ und der „Richtung, nach den Brennpunkten, auf die es sich wenden sollte“. Als drei Zeichen aus dem Bildungs- und Erziehungsbereich nannte sie: „Das Eintreten für Recht und Anspruch des einzelnen, das Eintreten für gesellschaftsbezogene und nicht bloß personalistische Verhaltens- und Erziehungsweisen und die sich allmählich verbreitende Einsicht, sich nicht peripheren Konflikten und Fragen, sondern der Grundlagendiskussion zuzuwenden.“ Im einzelnen wünschte sie eine stärkere Berücksichtigung der „psychologischen wie sozialen Unterschiede“ und damit eine mehr „individuelle Förderung“ der jungen Menschen in unserem immer starrer werdenden Schulsystem. Diese Forderung beschränkte sie keineswegs auf die leider immer noch nicht richtig eingeschätzte Arbeit im Kindergarten oder auf die Grundschulen und Gymnasien, sondern sie fügte auch hinzu: „Auch der Hochbegabte braucht spezifische Ansprache, auch er hat sein Bildungsrecht. Wir vergessen: Eigentum, mithin auch Begabung, hat eine soziale Funktion.“ Ähnlich wie in anderen Referaten klang auch hier der Hinweis an, daß es notwendig sei, immer wieder zu prüfen, „ob der politische Bezug des Daseins in Entwurf und Tat unserer Erziehung, in der katholischen Presse einschließlich der Kirchenzeitungen, in unserem Selbstverständnis sichtbar wird“. Noch immer herrsche bei vielen Katholiken ein „privates“ Daseinsverständnis ebenso wie Mißtrauen gegen die Soziologie und die Soziologen vor. Die Pflicht zum politischen und sozialen Engagement müsse unbedingt stärker als bisher in den Vordergrund treten. Oft sei es in der Vergangenheit an der „falschen Front“ angesetzt worden, während jetzt zunächst eine „Hinwendung zu den Grundsatzfragen“ notwendig sei, hier speziell bezüglich der Bildungsinhalte.

Vogel nannte als wichtigstes Kriterium für die Arbeit der Katholiken die Sachgerechtigkeit. Leider fürchte der Katholik noch in starkem Maße, „sich vom Üblichen oder Hergebrachten abzusetzen“, was im Grunde „nicht einer besonderen Gläubigkeit, sondern im Gegenteil einer erheblichen Glaubenschwäche“ entspreche. Er wandte sich dann gegen den „aus dem 19. Jahrhundert stammenden Totalitätsanspruch“ des Staates im Schulbereich sowie gegen ein Zurückdrängen der Probleme des berufsbildenden Schulwesens hinter die Probleme der allgemeinbildenden Schulen und besonders der Hochschulen. Sowohl im allgemeinen Schulwesen als auch bei den Universitäten sollte das Prinzip des vielgestaltigen Angebotes das des staatlichen Monopols ablösen. In diesem Zusammenhang dürfte die Anregung von Stiftungsuniversitäten, z. B. der beiden Kirchen, der Industrie oder des DGB, auf besonderes Interesse gestoßen sein. Außerdem wünschte er eine neue Kombination von „fachlich qualifizierten“ und „erziehungswissenschaftlich ausgebildeten“ Lehrern sowie einen verstärkten Einsatz technischer Hilfsmittel, wie z. B. Fernsehen im Bereich des Schul- und Universitätswesens.

Die Fülle der Anregungen und Fragen sollte in den verschiedenen Arbeitskreisen besprochen werden. Doch war es unmöglich, alle diese Hinweise und Stichworte aufzugreifen, außerdem tauchten in den verschiedenen Foren zusätzliche Fragen auf, die den ursprünglichen Impetus zersplitterten. Kulturexperten und Presseleute mochten überrascht sein, das Thema „*Wer macht unsere Meinung?*“

an der Spitze der Forumsgespräche des Forums III: Kultur, zu finden. Meinungsmacher mochten sich dieser (unverdienten) Ehre gar nicht recht bewußt sein. Auf alle Fälle: man hielt offenbar viel von der kulturschöpferischen Kraft öffentlicher Meinung und derer, die sie machen, beherrschen oder manipulieren. Aber man hatte Pech. Ob mit dem Thema oder mit den Teilnehmern, war zunächst nicht recht zu erkennen. Obwohl man wußte, daß die KAPO sich diesen Arbeitskreis besonders ausgesucht hatte, sah es vorerst ganz nach Einmütigkeit aus: Allgemeine Skepsis gegenüber jeder Art von Veröffentlichung, darüber gab es nicht viel Zwist. Man suchte nach Mitteln einer „Kontrolle der Pressefreiheit von innen“. Man nannte die Königliche Pressekommission in Großbritannien als Modell, sah aber auch im deutschen Presserat Ansätze dafür. Daß die Kirchenpresse wiederholt angegriffen wurde, verstand sich. Kundige mochten stutzen, als festgestellt wurde, der unabdingbare Weg zur innerkirchlichen Demokratisierung führe über eine Interessenentflechtung in der Kirchenpresse. Man überschätzte da offenbar, wie so oft in diesen Tagen, aber die Unabhängigkeit der Kirchenpresse mochte durchaus etwas mit dem Maß innerkirchlicher Freiheit zu tun haben. Aber sehr bald sah man sich einem Resolutionsentwurf des „Kritischen Katholizismus“ gegenüber, der durch M. Stankowski auch im Podium vertreten war, dessen Forderungen über den Protest gegen Meinungsmanipulation weit hinausgingen. Man verlangte die Übertragung der verlegerischen Verantwortung der Kirchenpresse von den Bischöfen auf unabhängige Stiftungen; die Herausgeberschaft sollte durch kollegiale Gremien z. B. Diözesanräte übernommen werden. Die deutschen Bischöfe und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, dessen Absetzung man in den gleichen Kreisen eben noch gefordert hatte, sollten für diese Reformen sorgen. Aber man wollte noch Allgemeineres und Radikaleres: die Beseitigung „undemokratischer Strukturen“ auf allen Ebenen der Kirche, Öffentlichkeit aller Entscheidungen und ein deutsches Nationalkonzil. Der Forumsleiter, H. Boverter (Bensberg), hatte sich sowohl geweigert, die Diskussion allen Argumenten zu öffnen wie über den Entwurf abstimmen zu lassen. Etwa 100 von 250 Teilnehmern (des zweiten Tages) setzten die Diskussion nach dem vorzeitigen Abbruch der Veranstaltung dennoch fort, mit dem Ziel, die Frage im Großforum zur Sprache zu bringen. Dort verweigerte zwar der zuständige Referent, K. Brinkmann (Düsseldorf), die Verlesung. Nach einer ergebnislosen Abstimmung durch das Publikum, vom Diskussionsleiter H. Heigert (München) als plebiszitäre Zuflucht gewährt, wurde sie dann doch dem Publikum zur Kenntnis gebracht.

Nicht so stürmisch, aber lebhaft, vielfach zwischen Gegensätzen, aber bei klaren Mehrheiten, verliefen die anderen Diskussionen dieses Gesprächskreises, die sich häufig mit Foren des Gesprächskreises Politik, z. B. dem Thema „Ratlose Eltern — rebellische Jugend“, überschnitten. Im schulischen Sektor konnte man die jüngste Entwicklung noch sehr gut am Thema des zweiten Forums „*Schulfrage und kein Ende*“ (Leitung R. Frohn, Köln), bei dem auch Schüler ins Podium geholt wurden, ablesen. Das Thema Konfessionsschule, bis vor einem Jahr noch leidiges Streitgespräch Nummer eins, konnte die Gemüter hier nicht mehr erhitzen. Die Diskussion kreiste um drei Schwerpunkte: „Demokratisierung der Schule“, „Katholisches Bildungsideal — ja oder nein?“ sowie die Problematik des Religionsunterrichtes. Über eine notwendige „Demokratisie-

rung“ der Schule waren sich die meisten Teilnehmer einig, über das Wie und den Umfang gab es jedoch erhebliche Meinungsverschiedenheiten. Größeres Mitsprache- bzw. Mitbestimmungsrecht der Eltern sowie Beteiligung der Schüler (sogar an der Notengebung) scheiterten noch allgemein an den gegebenen Strukturen der Schule. Vertreter des „Kritischen Katholizismus“ forderten eine Definition des „katholischen Bildungsideals“. Da sie mit dem Satz, „Erziehung müsse auf ein Bild hin erfolgen“, ohne damit eine „Insel der Seligen“ zu bilden, nicht zufrieden waren und ein solches Bildungsideal einfach verneinten, lehnten einige auch das Prinzip freier Schulen als Angebotsschulen ab. Für den Religionsunterricht forderte man bessere methodische und didaktische Ausbildung der Religionslehrer sowie eine angemessenere Sprache der Gebets- und Glaubenstexte. Kostproben aus Religionsbüchern gaben die jungen Kritiker in ihrem eigenen Forum (vgl. ds. Heft, S. 471). Den größten Beifall — auch im Großforum — gab es beim Stichwort „Holländischer Katechismus“.

Gemessen an der Bedeutung des Themas war das Forum „*Aufstieg durch Bildung*“ (Leitung H. Buss, Frankfurt a. M.) schlecht besucht. Nur ca. 150 Interessierte nahmen daran teil. Das jüngere Publikum herrschte vor. Die Diskussion begann mit einer (nicht ganz ernst gemeinten) Bestandsaufnahme über den Nachholbedarf an Bildung. Nach innerdeutschen Statistiken sei dieser am größten bei den Mädchen, bei der Arbeiterschaft, bei der Landbevölkerung und bei den Katholiken. Folgerichtig sei er dann beim katholischen Landarbeitermädchen am größten. Ob dort auch die Bildungsreserven am größten seien, blieb ungeklärt. I. Bender (Freiburg), der durch die Aktion „Student aufs Land“ seinerzeit über Freiburg hinaus bekannt geworden war, rückte dann den Realitäten schon etwas näher an den Leib: In der Bundesrepublik beenden 80% der Kinder mit 15 Jahren ihre Schulbildung (in den USA derselbe Prozentsatz bis zu 18 Jahren). Von den Studierenden an den deutschen Hochschulen stammen nur fünf Prozent aus Arbeiter- und nur zwei Prozent aus Bauernfamilien. Daß besonders auf dem Lande der Bildungswille durch gezielte aufklärende Maßnahmen wesentlich gesteigert werden kann, versuchte Bender an Hand von Erfolgsdaten seiner Aktion nachzuweisen. Man unterstrich sehr nachdrücklich den Zusammenhang von Bildungswillen, Fortbildung und beruflicher Sicherheit. Man attestierte der jungen Generation besonders gute Disposition zur Weiterbildung und zur Förderung der Allgemeinbildung. Man wolle nicht nur beruflich, sondern auch „menschlich-innerlich“ weiterkommen. Im Verlauf der Diskussion konzentrierte sich das Gespräch auf die Fragepunkte: vorschulische Erziehung, schulische Erziehung, Berufs- und Erwachsenenfortbildung. Vom Staat wurde gefordert, es müßten Mittel und Wege gefunden werden, die statistisch geschätzten acht bis zehn Prozent in ihrem Bildungsaufstieg „behinderter“ Kinder frühzeitig zu erfassen. Gerade für die in Industrie und Gewerbe beschäftigten Jugendlichen müßten Begabungsforschung und eine individuelle Berufsberatung rechtzeitig einsetzen. Das gewerbliche und handwerkliche Ausbildungssystem, in dem die Lehrlinge noch die Hälfte der Zeit „lehrfremde“ Tätigkeiten verrichteten, müsse korrigiert werden. Wie in anderen Forumsgesprächen wurde auch hier die Intensivierung beruflicher Erwachsenenfortbildung zur leichteren Anpassung an technologisch-strukturelle Veränderung gefordert. Hierin müsse sich auch die katholische Erwachsenenbildung mehr enga-

gieren. Ein Resümee der praktischen Forderungen des Forumsgesprächs sollte den kirchlichen und staatlichen Stellen zugeleitet werden.

Ähnliche Perspektiven wie beim katholischen Bildungsideal tauchten auch im Forum „*Kann Glaube sich heute künstlerisch ausdrücken?*“ (Leitung W. Ross, München) auf. Diskussionen entzündeten sich z. B. an der Aussage, es gäbe keine christliche Dichtung mehr. Gegen die Thesen vom Podium, man könne auch ohne spezifisch christliche Themen „christliche Dichtung“ betreiben, wandten sich teilweise sehr heftig verschiedene Diskussionsteilnehmer aus dem Plenum, die u. a. vortrugen: Es fehle der Mut, das Charismatische mit dem Modernen zu verbinden, man ziehe schlechtes Profanes mittelmäßigem Sakralen vor. Heute sei anscheinend auch in christlichen Kreisen nur noch „links, obszön und understatement“ gefragt. Heute gefalle man sich mit der Bemerkung: „Ach, wie progressiv sind wir doch!“ Doch wo finde sich wieder ein christliches Pendant zum „Prinzip Hoffnung“? Heute fühle sich die intellektuelle Masse der Katholiken häuslich im Unbehausten, es werde immer nur Abbau getrieben. Viel Schuld daran trage sicherlich die moderne Theologie, woraus typisch gefolgert wurde: „Vielleicht müssen Dichter das unternehmen, was die Theologen nicht mehr können!“ Auch in diesem Forum wurde besonders der Bezug zur Gesellschaft herausgestellt („Es gibt keine Kunst, auch keine religiöse, außerhalb der Gesellschaft“). Uneinigkeit herrschte bei dem sehr weit gespannten Fragenkreis (von der Zweckmäßigkeit von Kirchtürmen, Orgeln und Glocken über religiöse Literatur bis zu den Kirchenliedern) über das Zentralthema. Während der Schriftsteller J. Reding die Meinung vertrat, ein Autor solle keine Therapie, sondern eine einigermaßen richtige Diagnose bieten, und Sartre habe durch seine Angriffe mehr getan für christliches Bewußtsein als gutmeinende Verfasser erbaulicher Literatur, forderte das Publikum teilweise unbedingt ein Bekenntnis des christlichen Dichters. Aber verheddern wollte man sich in dieser Frage nicht. Man schwenkte schließlich auf ein nicht weniger verhängliches, aber bescheideneres Thema ein: die künstlerische Misere im Liturgischen, speziell im Kirchenlied. Das Ergebnis: Für den nächsten Katholikentag sollte ein Kirchenlied geschaffen werden, das man als Modell zur Diskussion stellen wolle. Eine häufige Parallele: Man setzte sehr breit im Gesamtgesellschaftlichen an und zog sich dann Schritt für Schritt in die kirchliche Innenarchitektur zurück. Auch ein, vermutlich etwas übersehener, Aspekt dieses Katholikentages.

Forum IV: Wirtschaft und Gesellschaft

Soziale und wirtschaftliche Probleme gehörten in Essen kaum zu den besonders gefragten Themen. Darüber mochte man sich wundern: angesichts des Generalthemas und angesichts des Ortes. Bot doch der industrielle Ballungsraum des Ruhrgebietes mit seinen 3,5 Millionen Einwohnern und der nur leidlich zurückgedrängten Kohlenkrise den denkbar besten Anschauungsunterricht für die unmittelbaren und langfristigen Probleme einer hochmobilen und doch wirtschaftlich anfälligen, den einzelnen nur bedingt sichernden Industriegesellschaft. Aber gerade in diesem Themenkreis hatten sich in den letzten Jahren die ideologischen Fronten am meisten gelockert, hatten sich die Probleme verschoben.

Die Forumsgespräche wurden eingeleitet durch die Referate von Prof. J. Schasching (Rom) über „Arbeit gestaltet

die Welt“ und Prof. W. Schreiber (Köln) über „Fortschritt durch Sozialisation?“ Prof. Schasching skizzierte sein Thema unter drei Gesichtspunkten: historisch, soziologisch, theologisch. Historisch: Gegenüber der relativ passiven und gesellschaftlich untergeordneten Rolle der Arbeit in der vorindustriellen Gesellschaft wurde ihre Stellung zum Beginn der Industrialisierung neu entdeckt. Diese Entdeckung geschah aber nicht im Zeichen der unveräußerlichen Würde der menschlichen Person, sondern zunächst unter dem Vorrang der zentralstaatlichen Politik, sodann unter dem Gesichtspunkt der Maximalisierung der Produktion. Erst Marx habe die eigenständige Organisation der Arbeit als Produktionsfaktor deutlich gemacht und ihr zugleich in der Opposition zum Kapital ihren Standort zugewiesen. „Wir wissen, wie viele wirtschaftliche und soziale Rechte der Arbeit auf Grund dieser Standortbestimmung erkämpft worden sind. Wir wissen aber auch, wie leidvoll diese Klassenkampfsituation für die Gesamtgesellschaft war. Und wir wissen auch, wie viele Versuche unternommen wurden, diesen Standort der Arbeit neu zu bestimmen, und wie gerade in dieser Zeit neuerdings danach gefragt und gesucht wird.“ In soziologischer Hinsicht analysierte Schasching drei Faktoren: 1. Die technische Entwicklung tendiert dahin, die menschliche Arbeitsleistung im eigentlichen Produktionsprozeß entbehrlich zu machen. Dies führe auch zu einer stufenweise neuen sozialen Schichtung in der Welt der Arbeit. 2. Die soziale Entwicklung darf nicht nur die betriebliche Gestaltung und die Ordnung der nationalen Wirtschaft im Auge haben. „Die Frage nach dem sozialen Standort der Arbeit ist heute weltweit geworden . . .“ 3. Innerhalb der Rollenpluralität, in die der Mensch heute hineingestellt ist und die sein Bewußtsein prägt, zeigt die Arbeitsrolle eine absinkende Tendenz. „Gerade weil die menschliche Arbeit in ihrem technisch-industriewirtschaftlichen Vollzug so erfolgreich war, hat sie in ganz neuer Weise dazu beigetragen, die in der menschlichen Natur paraproduktiven und transproduktiven Bedürfnisse freizulegen und zu betreuen. Die theologischen Schlußfolgerungen des Referates gipfelten in der Feststellung: Die moderne Arbeit (im weitesten Sinne), so wie wir sie erleben oder für morgen erahnen, enthalte zum erstenmal in der Geschichte der Menschheit die Möglichkeit, eine wirklich humane Welt zu erstellen. Der Traum, daß die ganze Menschheit auch bei wachsender Bevölkerung ohne Hunger und Not leben kann, werde realisierbar. Das bedeutet für die Kirche: „daß sie es heute — und noch mehr morgen — nicht mehr mit einem Gros von Menschen zu tun hat, die schon auf Grund innerweltlicher Erfolglosigkeit für die jenseitige Heilsbotschaft prädisponiert sind, sondern daß sie Menschen vor sich hat, die mit einem neuen Selbstbewußtsein der Erde verbunden sind“. Dieser neue Humanismus könne zur Ideologie werden und in einer raffinierten Weise das geistig-religiöse Potential der Menschen okkupieren, er könne aber auch ganz berechnete neue Fragen an die Kirche stellen und diese veranlassen, „daß sie deshalb das Reden über Gott neu überdenken muß“.

Das Referat von Prof. Schreiber trieb bei vielfacher materialer Überschneidung einer etwas anderen Sinnspitze zu. Er hielt sich sehr lange bei der Analyse des Fortschritts auf, die schließlich in einem kämpferischen Plädoyer für die neoliberale freiheitliche Marktwirtschaft mündete. „Wir retten damit soviel wie möglich vom Freiheitsraum der Person, der ja in einer entwickelten Gesellschaft unter dem Zwang der sich ständig verdich-

tenden zwischenmenschlichen Beziehungen ohnehin und unvermeidlicherweise eingeengt ist. Wenn wir nicht dem Markt seine begrenzte Wertrichter-Rolle beließen, wer sollte sie übernehmen?“ Aber er räumte ein: im Fortschreiten gesellschaftlicher Verflechtung würden neben den Märkten auch zwei andere Steuerungs-Instrumente, die Wahlen und die Gruppenverhandlungen, an Bedeutung gewinnen. Zum Thema Sozialisation rückte Schreiber erst sehr spät vor. Die Frage, die sein Thema war, ob und in welcher Weise Sozialisation Fortschritt bedeute, beantwortete er aus ökonomisch-ethischer, kaum aus soziologischer Perspektive. Wenn in der Frage wirtschaftlicher Fortschritt gemeint sei, könne man sie nicht positiv beantworten. Verbesserte Gesellungsfähigkeit allein (so definierte er etwas eigenwillig Sozialisation) rufe noch keinen Fortschritt hervor, wohl aber bilde sie eine wichtige Voraussetzung seines Vollzugs. Soweit man aber allgemein unter Sozialisation „die Selbsterziehung der Person, der Gruppen, der Völker zum solidarischen Handeln, zum Bewußtsein des Angewiesenseins aller auf alle“ verstünde, könne man das Fragezeichen im Thema ruhig weglassen; dann sei von Sozialisation Fortschritt zu erhoffen — und nicht nur wirtschaftlicher Fortschritt.

Im zentralen Teil des Referats ritt Schreiber einige kräftige Attacken gegen die „lautstarken Gesellschaftskritiker, Reformer und Revolutionäre“. Ihre als zukunftsweisend vorgestellten Ideen der Gesellschaftsgestaltung stammten „aus Urgroßväterzeiten, aus den Museumsbeständen der Sozialwissenschaft“. Mit Marxismus alter Observanz, mit dem französischen Syndikalismus, mit dem theoretischen Anarchismus des 19. Jahrhunderts lasse sich heute kein Staat mehr machen. Das alles sei „so penetrant gestrig, daß einem das Gähnen kommt, wenn man daran denkt“. Ihnen allen, „Herrn Dutschke, Herrn Teufel, aber auch dem Kollegen Marcuse und ihrem ganzen Anhang“, wünschte er drei Semester Grundbegriffe über Volkswirtschaftslehre und ein Semester Lektüre des statistischen Jahrbuches. Aber die Schläge fruchteten nicht. Der „Anhang“ war nicht da. Er hatte sich andere Aktionsfelder ausgesucht, wohl auch aus Abneigung gegen Volkswirtschaftslehre und Statistik. Aber der Referent schien von ihren Anliegen ebenso weit entfernt wie der „Anhang“ von der Volkswirtschaftslehre. Eine Begegnung hätte nur Klamauk gegeben. Dafür meldete er sich am gleichen Tag in seinem eigenen Organ „Kritischer Katholizismus“ schriftlich zu Wort, warnte, der Professor führe die Arbeitnehmer an der Nase herum und empfahl die Veranstaltung höflich — dem Bund Katholischer Unternehmer.

Das erste Forumgespräch des sozial-ökonomischen Fragenkreises, „*Der Mensch im Betrieb — Mitverantwortung — Mitbestimmung*“, war, wie zu erwarten, von der Mitbestimmungsfrage beherrscht. Eine erste Vorklärung des Themas wurde durch den Gesprächsleiter (Prof. E. Gaugler, Regensburg) erreicht. Man einigte sich darauf, daß in den päpstlichen Rundschreiben keine „spezifisch katholische Begründung der Mitbestimmungsforderung“ enthalten sei. Sie enthielten nur Orientierungsnormen, deren Anwendung dem Sachverstand der Betroffenen überlassen sei. Die Diskussion wurde dann in einen breiteren Rahmen gestellt und im Zusammenhang mit der Eigentumsfrage, der Unternehmensverfassung und des Betriebsverfassungsgesetzes erörtert. W. Vogt (KAB) stellte (wohl im Blick auf das Referat von Prof. Schaching) fest, das Wort von der Humanisierung der Arbeitswelt wäre Heuchelei, würden die Unternehmen tat-

sächlich nur nach dem privaten Gewinnprinzip arbeiten. Während von Unternehmern auf die Gefährdung der Privateigentumsordnung und auf deren tragende Rolle bei den wirtschaftlichen Wachstumserfolgen hingewiesen wurde, bestritt der stellvertretende DGB-Vorsitzende B. Tacke nachdrücklich eine solche Gefahr. Auch nach der Einführung des Mitbestimmungsrechts schütze das bestehende Gesellschaftsrecht das Anteils-Eigentum vor „Enteignung“. Von anderen Diskussionsteilnehmern wurde geltend gemacht, daß das Arbeitsrecht ohnehin das Privateigentumsrecht beschränkt. W. Vogt lieferte zur Mitbestimmung das schlagende, wenn auch sehr allgemeine Paritätsargument: So wie heute die Rechtsstellung der Frau verbessert werde, müsse man auch das Rechtsverhältnis des Arbeitnehmers der gesellschaftlichen Entwicklung anpassen. Auch am zweiten Tag wurde das Hin und Her über das Für und Wider der „qualifizierten“ Mitbestimmung fortgesetzt. Von Unternehmerseite wurde an Hand von Repräsentativerhebungen der Nachweis versucht, daß der Arbeitnehmer im Gegensatz zum Kapitalseigner nicht an langfristiger Unternehmenspolitik, sondern in erster Linie am Lohn und an den Arbeitsbedingungen, „in kurzfristiger Sicht“ also, interessiert sei. Von Arbeitnehmerseite wurde gerade dem Anteilseigner „kurzfristiges Gewinninteresse“ nachgesagt, die Arbeitnehmer seien schon wegen der Erhaltung des Arbeitsplatzes am Unternehmen „langfristig“ interessiert. Auch die Frage, ob die Montan-Mitbestimmung sich bei der Kohlenkrise bewährt habe oder nicht, blieb offen. Die hessische Unternehmerin M.-L. Schwarz-Schilling warf ein, wer qualifiziert mitbestimme, müsse auch die Qualifikation zum langfristigen Denken haben. Die Positionen blieben also, wie sie waren. Der Forderung, man möge im katholischen Bereich sich zu einer gemeinsamen Haltung in der Mitbestimmungsfrage entschließen, wenn auch nur von seiten der „freiheitlich gesonnenen und zukunftsorientierten Katholiken“, wurde vom Podium aus mit dem Hinweis begegnet, man sei hier zur Abgabe einer solchen Erklärung nicht befugt und die Kirche sei keine Partei.

Sehr weit gestreut war die Thematik des Forumgesprächs „*Existenzgefährdung durch Strukturwandel*“ (Leitung: J. Stingl, Nürnberg). Die besprochenen Fragen reichten von der beruflichen und geographischen Mobilität über Probleme der Industrieansiedlung, Umschulungsprobleme, Raumplanung bis zur Revision des Bodenrechts. Auch in diesem Arbeitskreis wurde die Meinung geäußert, daß die Montan-Mitbestimmung die Bewältigung der Kohlenkrise nicht erleichtert habe. Einig war man sich darüber, daß die Möglichkeit und Reichweite von Strukturkrisen durch das Wirtschaftswunder zunächst verkannt und unterschätzt wurden. Viel Raum nahm in der Diskussion die Frage der Notwendigkeit flexiblerer beruflicher Anpassung angesichts der raschen technologischen und strukturellen Veränderungen ein. Diese machten das Berufsbild unsicherer; man müsse mit häufigerem, auch mehrmaligem Berufswechsel rechnen, langfristige Vorausberechnungen über die Entwicklung von Berufschancen ließen sich nur sehr begrenzt machen. Die Wissenschaft sei damit auf ihre Weise gleich überfordert wie die Arbeitsämter. Von den kirchlichen Amtsträgern, vor allem von den Pfarrern auf dem Lande wurde gefordert, sie möchten sich bei der beruflichen Beratung Jugendlicher nicht von einseitig agrarischen Leitbildern führen lassen, den Strukturveränderungen und der erhöhten Mobilität Rechnung tragen

und in engerer Tuchfühlung mit den Arbeitsämtern bleiben.

Am zweiten Tag, es waren zahlreiche von der Kohlenkrise betroffene Ruhrkumpels anwesend, wurden vor allem Probleme der beruflichen Umschulung diskutiert. Eine besondere Rolle spielte dabei die Situation der älteren Arbeitnehmer, die bei Verlust des Arbeitsplatzes für eine Umschulung zu alt, aber für eine vorzeitige Pensionierung noch zu jung sind. Wie im ersten Forumsgespräch wurden auch hier erhöhte Anstrengungen in der Fortbildung der Arbeitnehmer gefordert und entsprechende Vorschläge für das künftige Arbeitsförderungsgesetz gemacht. Wie ein roter Faden zog sich die Frage durch die Diskussion: Muß man die Arbeitsplätze zu den Menschen bringen oder umgekehrt. Auch hier wurde vor gut gemeinten, aber unrealistischen Vorstellungen gewarnt. R. Göb (Bonn) beschrieb den „Teufelskreis“: Zur Heranziehung von Industrie benötige man eine gute Infrastruktur. Ohne diese erhielten Kreise und Gemeinden nicht die nötigen Mittel aus der Erwerbssteuer. Fehlten die Mittel, könnte die Infrastruktur nicht verbessert werden. Eine entsprechende Gemeindefinanzreform und eine funktionsgerechte Abstimmung zwischen Gemeinden, Ländern und Bund im Zusammenhang mit der Raumplanung könnten zu einem Teil Abhilfe schaffen. Einig war man sich darüber, daß räumliche Mobilität über lange Strecken Ausnahme bleiben müsse. Die Mobilität über kürzere Entfernungen könne durch allseitigen Ausbau der Verkehrsverhältnisse erträglich gemacht werden.

Das Forumsgespräch „Katholiken in der Gewerkschaft“ hatte (mit 50), nach dem Gesprächskreis für Familienpolitik, die geringste Teilnehmerzahl. Die Entideologisierung dieser Frage schien weit fortgeschritten, ihr Aktualitätsbedarf nicht sehr groß zu sein. In einer Vorschau auf die Forumsgespräche (APD/KT, Nr. 2) hatte P. Becher, der Sozialreferent beim Zentralkomitee, geschrieben, in diesem Forum solle nicht „nachgekartet“, sondern die Verantwortung des Katholiken in einer so wichtigen gesellschaftspolitischen Organisation wie die der Gewerkschaften herausgestellt werden. Ein bißchen nachgekartet wurde denn doch. Eine Antigewerkschaftsstimmung wurde hier nicht mehr festgestellt, wohl aber wurden latente kirchliche Haltungen kritisiert, die der Stellung der Gewerkschaften nicht gerecht würden. Festgestellt wurde, die Amtskirche habe zur Gewerkschaftsform nichts zu sagen, hier zu entscheiden sei Aufgabe der Arbeitnehmer. Klärende Worte der Bischöfe hätten in der Vergangenheit hierin oft mehr Verwirrung gestiftet, als sie genutzt hätten. Bedauert wurde die qualitativ unzureichende Präsenz der Katholiken in den Gewerkschaften. Viele „fromme Flaschen“ und wenig „Kerle“, so formuliert es B. Streithofen (Walberberg), der auch die Frage der Gründung von Priestergewerkschaften (die auch noch im Großforum zur Sprache kam) in die Debatte warf, sich dann aber auf den Vorschlag zurückzog, die Priester sollten, soweit möglich, in den vorhandenen Gewerkschaften mitarbeiten. Zur Existenz christlicher Gewerkschaften wurde bemerkt, politische und weltanschauliche Motive hätten seinerzeit zu ihrer Gründung geführt, für ihre Beibehaltung heute würden aber in erster Linie organisatorische und persönliche Gründe angeführt. Der holländische Jesuit H. Hoefnagels (Nijmegen) bejahte gewerkschaftliche Splittergruppen nur als Stachel für die innergewerkschaftliche Demokratie, gab aber ansonsten der Einheitsgewerkschaft den

Vorzug. Streithofen betonte hingegen, daß es im Gewerkschaftlichen ja nicht nur um Tarif-, sondern auch um gesellschafts- und wirtschaftspolitische Fragen gehe, man aber in diesen durchaus verschiedener Meinung sein könne. So hätte Gewerkschaftspluralität durchaus ihren Sinn.

Das Forumsgespräch „Gleiche Pflichten — gleiche Rechte. Die Frau in unserer Gesellschaft“ war von etwa 250, mehrheitlich weiblichen Teilnehmern besucht. Die Gesprächsthemen überschritten sich gelegentlich mit Fragen des Forumsgesprächs „Familie zwischen Beruf und Freizeit“, ebenso (in der Frage der Bildungschancen der Frau) mit Gesprächsthemen des Kulturforums. Zur Sprache kamen: Berufstätigkeit der Frau, ihre Bildungschancen, die Stellung der verheirateten Frau, Vorbildung, Rückkehr in den Beruf, Studentenehe. Zunächst wurden Statistiken erläutert: 9,5 Millionen Frauen (36,5 Prozent aller Erwerbstätigen) üben in der Bundesrepublik einen Beruf aus. Die Hälfte der Frauen zwischen 15 und 65 Jahren steht im Beruf. Daß bei den jüngeren Jahrgängen ein leichter Rückgang der Erwerbstätigkeit zu verzeichnen ist, wurde auf die verlängerten Ausbildungszeiten zurückgeführt. Obwohl sich in der Frauenarbeit eine Schwerpunktverlagerung vollziehe (von der Fabrik ins Büro und ins Dienstleistungsgewerbe), bliebe die Frau doch noch weitgehend an dienende Stellungen gebunden. Man beklagte sich über den niedrigen Anteil der Mädchen an den Abiturienten. „Nur“ 37 Prozent der Abiturienten und nur 28 Prozent der Studenten seien weiblich. Und dazu äußerte man noch die Befürchtung, die zunehmende Zahl von Abiturientinnen könne durch die „Abiturientenschwemme“ wieder gefährdet werden. Höhere Bildung für die Frau müsse aber schon deswegen angestrebt werden, weil sie es sei, die die „Milieusperre“ bei der Ausbildung der Kinder überspringen helfe. Auch von den Frauen wurde heftig gegen kirchliche Klischees angegangen: Bis vor wenigen Jahren sei das Wort Kindertagesstätte in kirchlichen Kreisen tabu gewesen. Die Berufstätigkeit der Frau werde immer noch als „Materialismus“ eingestuft. Auch sonst wurden Klischerierungen wie „Hausfrau“ und „Mutter“ (das Ergebnis „einer schmalen bürgerlichen Schicht des 19. Jahrhunderts“) abgelehnt. Überhaupt: die Frau gebe es nicht mehr. In der Berufstätigkeit sah man offenbar den Königsweg zur Gleichberechtigung. Allen anderen wollte man nicht trauen. Erfahrungen aus kommunistischen Ländern und aus dem Kibbuz wurden als mögliche Modelle der Verbindung von Familie und Berufstätigkeit genannt.

Im Gesprächsforum „Stiefkind Familienpolitik“ (Leitung: H. Hutter, Eichstätt) wurden am ersten Tag hauptsächlich konkrete Fragen der Familienhilfe und des Familienlastenausgleichs diskutiert. Die Große Koalition erhielt dabei eine sehr schlechte familienpolitische Note. Die Familienpolitik sei am Tiefpunkt angelangt. (Diese Anklage wurde, wie schon angedeutet, von F. J. Wuermeling im Großforum wiederholt, vgl. S. 465.) Man wandte sich energisch gegen die Vorstellung, die in der Familienpolitik nur eine Subventions-, Versorgungs- oder Fürsorgepolitik sehe. Einig war man sich über folgende Forderungen: 1. Der Familienlastenausgleich muß eine strukturelle Einkommensverteilung darstellen. 2. Er muß aus dem Bundeshaushalt gelöst werden. 3. Die Ausgleichsleistung muß eine dynamische Angleichung an die Steigerung des Sozialprodukts einschließen. 4. Die Kirchen sollten mehr praktische Familienhilfe leisten und fördern. Ein evangelischer Teilnehmer schlug unter dem

Beifall des Forums ein Zusammengehen der Kirchen auf der Basis dieser Konzeption vor. Am zweiten Tag wurde die Diskussion ausgedehnt. Besprochen wurden verschiedene Sachprobleme: Wohnungs- und Siedlungspolitik, familiengerechte Infrastruktur (funktionsgerechte Zuordnung von Wohnbebauung, Erholungs- und Spielplätzen). Gefordert wurde eine Erneuerung des Boden- und Erbaurechts sowie eine kostensenkende Typisierung von Bauformen im Familienwohnungsbau. Gemeinnützige Wohnbaugesellschaften wollte man verpflichten, bei der Wohnungsversorgung vorrangig und stärker auf die kinderreiche Familie hin zu planen. Protestiert wurde gegen die Einschränkung des Wohngeldes. Auch hier kämpfte man gegen milieubedingte Vorstellungen an: gegen die „Grund- und Bodenromantik“ der Eigenheimbesitzer, soweit sie mit der Mobilität in Konflikt komme; gegen „die romantische Idylle“ der Familie beim Mittagstisch (als Argument gegen die Ganztagschule, die voll bejaht wurde).

Ein wichtiger (weil die spezifischen Probleme an Breite und Intensität zunehmen), aber wenig beachteter, vornehmlich von älteren Leuten besuchter Gesprächskreis war das Forumsgespräch „*Der Mensch im Alter auf dem Abstellgleis*“. Zunächst wurden die Teilnehmer mit den wichtigsten statistischen Daten vertraut gemacht. 7 Millionen Einwohner in der Bundesrepublik waren 1965 über 65 Jahre. Wegen der höheren Lebenserwartung ist der Anteil der Frauen mit 61 % gegenüber 39 % der Männer sehr viel höher. Der Problemrahmen wurde mit den Stichworten umrissen: gesteigerte Lebenserwartung, Verringerung des sozialen Ansehens der alten Leute bei wachsender Gefahr der Vereinsamung und erzwungener Untätigkeit, auch noch im leistungsfähigen Alter. Gefragt wurde zunächst nach den Kriterien des Alterns. Wann ist der Mensch als alt einzustufen? Man beließ es bei der Pensionierungsgrenze von 65 als Grenzmarke, betonte aber, daß der Prozeß des Alterns medizinisch differenzierter aussehe. Bereits das 45. Lebensjahr gelte als „Leistungsknick“, mit dem das Problem der „älteren Angestellten“ beginne. Umgekehrt könne man bei der gesellschaftlichen Position der Alten nicht generalisieren und von Abstellgleis sprechen. Es müßten die individuelle Situation und die soziale Umwelt des alternden Menschen berücksichtigt werden. Ihre gesellschaftliche Rolle differenziere sich nach Wohngegend (Stadt oder Land), nach der Rentenhöhe, nach dem Familienstand (ledig oder verheiratet), nach dem Bildungsgrad. Schuld an der gesellschaftlichen Degradierung der alten Generation sei oft nicht bewußtes Handeln der Gesellschaft, sondern das Anwachsen einer Mentalität und Umgangssprache, die zur Abwertung von Meinungen und Vorstellungen der Alten führe („Opas Kino ist tot“). Eine Rolle spielte in der Diskussion die Frühinvalidität, die bei Arbeitern besonders groß sei. Prof. L. Neundörfer (Frankfurt/Main) wies jedoch an Hand verschiedener Untersuchungen nach, daß sich die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten bereits angleichen. Die geistige Anspannung sei in beiden Gruppen gleich groß. Erläutert wurde auch die veränderte familiäre Situation der Alten. Man warnte vor Idealisierungen. Nüchtern beurteilte man Nutzen und Chancen „gemeinsamen Wohnens unter einem Dach“ zwischen den Generationen. Beklagt wurde die wirtschaftliche Situation der Alten, deren Einkommen in fast 70 Prozent der Fälle unter 400.— DM liegt. Die dynamische Rente dürfe auf keinen Fall angetastet werden. Gefor-

dert wurden Maßnahmen für eine vorbereitende Bildung auf das Pensionsalter. H. Götz MdB (Fulda) schlug vor, der Sechs-Millionen-Etat des Arbeits- und Sozialministeriums für Altenmaßnahmen solle nicht nur für Bau und Unterhalt von Altenbegegnungsstätten, sondern auch für solche Bildungseinrichtungen verwandt werden. In den Krankenhäusern sollten wegen der veränderten familiären Vorbedingungen (Kleinfamilie, Wohnverhältnisse) verstärkt Pflegeabteilungen für alte Menschen geschaffen werden. Auch die besonderen Aufgaben der Kirche wurden beleuchtet: Diese solle den alten Menschen das Evangelium wirklich als Froh- und nicht als Drohbotschaft verkünden. Gefordert wurde die Verstärkung der Altenseelsorge, die beim Versuch einer Neubewertung des Alters mitwirken müsse.

Forum V: Unser Staat

Die Einführungsreferate im Forum V galten einmal der theoretischen Erörterung des Themas Demokratie für die Bundesrepublik und dann den Fragen der praktischen Verwirklichung eines Mit- oder Nebeneinanders von Kirche, Staat und Gesellschaft im Rahmen des bestehenden Grundgesetzes der Bundesrepublik.

Das Referat von Prof. H. Buchheim (Mainz) erweckte den Eindruck, als sei es speziell auf die linksgerichteten Gruppen gemünzt. So fanden seine Ausführungen ein sehr unterschiedliches Echo bei der älteren und jüngeren Generation. Als er vor einer „Glorifizierung des Ungehorsams“ und einem „ins Pseudoreligiöse übersteigerten Demokratismus“ warnte, stieß er auf Widerstand bei einem Kreis junger Hörer. Auch bei Älteren allerdings fand er Kritik, als er sagte, die NPD halte er für ein kleineres Übel als die außerparlamentarische Opposition. Diese Meinung wurde nicht nur vom Publikum, nicht nur vom „Kritischen Katholizismus“, sondern auch von der offiziellen Schlußberichtszeitung attackiert und u. a. mit Zahlen aus den letzten Wahlen widerlegt. Hingegen fand sie für „diese klare Entlarvung der linken Spielart des Faschismus“ uneingeschränkte Zustimmung beim „Rheinischen Merkur“ (13. 9. 68), der jedoch im Blick auf die anschließende Debatte und auf das Referat von Menke-Glückert im Forum VI (vgl. ds. Heft, S. 461) bekümmert fragte, ob die „brillant angesetzte Sonde Buchheims“ zur Heilung des Demokratiebegriffs führe, „wenn es nun auch unter katholischen Repräsentanten Mode wird, den Kommunismus zu verharmlosen“.

Hatte man bei manchen Referaten und Podiumsdiskussionen den Eindruck, mit Blickrichtung auf die Gärung in der Jugend gebe man sich bewußt progressiv und aufgeschlossen, so bildete Prof. Buchheim einige der wenigen Ausnahmen, die sich davon nicht von ihrer Meinung abbringen ließen und diese auch entschieden vertraten. Seine Bemühungen, die unterschiedliche Auffassung von Demokratie klarzumachen, reichten nicht aus, um zum Beispiel im Forum „Demokratie in der Bewährung“ eine endlose Debatte über den Demokratiebegriff als Einleitung aller Gespräche zu verhindern. Auch von Buchheim wurde vor Ideologisierung gewarnt, ja es wurde dazu aufgerufen, die wirklichen Demokraten müßten den Mut aufbringen, diese Ideologisierung zu bekämpfen, auch auf die Gefahr hin, daß sie selbst „autoritärer Denkstrukturen“ verdächtigt werden. Viele der von ihm gezeigten Gefahren, die durch utopische und falsche Vorstellungen von Demokratie als einer Art weltlicher Erlösungslehre und Heilsveranstaltung auftreten können, sind sicherlich für

künftige Diskussionen und für das politische Leben der Bundesrepublik beachtenswert, doch blieb die Frage, ob sein Satz: „Die politische Ordnung ist dazu da, die Austragung gesellschaftlicher Konflikte zu humanisieren und zu disziplinieren, dagegen kann es nicht ihre Aufgabe sein, diese Konflikte selbst zu lösen“, nicht allzusehr in den Bereich des Unverbindlichen verweist und als Entschuldigung für viele Mängel herangezogen werden kann bzw. soll.

Im Referat von Staatssekretär *H. Köppler* — er betonte ausdrücklich, er spreche als Privatmann — tauchte, wie auch bei den Foren über Schulfragen, das „Angebotsprinzip“ auf, als er z. B. davon sprach, die Kirche dürfe ihre sittlichen und moralischen Prinzipien beim Dialog weder aufgeben noch aufzwingen, sie vielmehr in freier Auseinandersetzung als ein Angebot präsentieren. Er warnte davor, „sich nur um Worte wie Konkordat oder Kirchensteuer, Trennung von Kirche und Staat und die sogenannten Privilegien herumzuschlagen, diese Begriffe also zu Schlagworten werden zu lassen“, da vielfältige Entwicklungen und Fragestellungen aus sehr unterschiedlichen Wissenschaftszweigen bei deren Lösung und bei deren Verständnis eine Rolle spielten. Den Dualismus von Staat und Kirche bezeichnete er als „ein in der Botschaft des Neuen Testaments grundgelegtes revolutionäres Phänomen“, dessen Entwicklung im Verlauf der Geschichte er kurz streifte.

Der Diskussion der Frage, ob die Kirche den Charakter einer Körperschaft öffentlichen Rechts mit verschiedenen Privilegien beibehalten oder aber sich auf den Bereich des privaten Vereinsrechts verweisen lassen solle, widmete er als Ausgangspunkt für mehrere konkrete Probleme sehr viel Raum. Interessanterweise kämen die Stimmen, die nach einer Revision der bestehenden Vereinbarungen rufen, nur zu geringen Teilen aus offiziellen Kreisen von Staat und Kirche, vielmehr aus Kreisen, die aus religiösen Motiven eine klarere Abgrenzung fordern. Er selbst allerdings glaube nicht, daß „solche gleichberechtigte Partnerschaft nur in der Weise demonstriert werden könne, daß man sich vor jeglicher gegenseitiger Beziehung mit Eifer und Sorgfalt hütet“. Die aus der „Epoche der Staatskirchenhoheit überkommene Konformität“ müsse aber aufgelöst werden und die Kirche müsse für das „Amtliche“ in ihrem Leben „Formen und Stile finden, die dem Wesen der Kirche mehr entsprechen und auf die Kopie staatlicher Verwaltungspraktiken verzichten“.

Auf den Hinweis, heute forderten weder der Staat noch eine politisch relevante Partei die Aufhebung der Kirchensteuer und ihrer staatlichen Einziehung, berührte Köppler eine Frage, die in Essen mehrmals, so im Entwicklungsforum, diskutiert wurde. Köppler meinte, es müsse wohl einiges getan werden, um dieses Kapitel „von dem latenten Skandalgeruch zu befreien, der ihm unbedingt anhaftet.“ Neben „völliger Transparenz jeglichen Finanzgebarens“ forderte er unbedingt „intensivere Formen für die Mitwirkung des Kirchenvolkes an der kirchlichen Finanzverwaltung“: „hier könnte ein Schuß Demokratisierung nicht schaden“.

Er warnte ferner „die lautesten Rufer nach der gänzlichen Aufhebung kirchlicher Privilegien“, da gerade die Theologischen Fakultäten an den staatlichen Universitäten in den Bereich dieser Privilegien gehören. Diese Ausführungen fanden nicht nur im Forum ein lebhaftes Echo, sondern auch in der Presse (u. a. Fernseh-Interview mit Köppler in der Sendung „Bilanz — Meinungen aus dem Wirtschaftsleben“, im Zweiten Deutschen Fernsehen, am

10. 9. 68). Verschiedene Kommentare wiesen darauf hin, diese Forderungen hätten den deutschen Episkopat stärker getroffen als alle Wünsche des „kritischen Katholizismus“. Für durchaus notwendig hielt er eine Überprüfung des Status von Geistlichen in der Militärseelsorge oder in den Gymnasien, in den Gefängnissen oder Heilanstalten. Ihre beamtenrechtliche Stellung sollte aufgehoben werden. Von wachsender Bedeutung für die Kirche sei in Zukunft „die Besinnung auf ihren Standort und ihre Aufgabe in der freien Gesellschaft“, wozu die „Anerkennung ihrer Pluralität“ wichtige Voraussetzung sei.

In dem Forumsgespräch „*Kirche und Staat — strittige Fragen*“ (Leitung: *W. Lenz*, Köln) wurden im Anschluß an das Referat von Staatssekretär Köppler zunächst einige grundsätzliche Aspekte des Verhältnisses von Kirche und Staat erörtert. Bald aber, vor allem am zweiten Tag, konzentrierte sich das Gespräch auf drei Problembereiche: Konkordatsfrage, Kirchensteuer, Strafgesetzgebung. Radikale Forderungen waren hier offenbar nicht zu hören. In der Problemerkennung schien man sogar etwas hinter den Ausführungen Köpplers zurückgeblieben zu sein. Einigkeit herrschte darüber, daß die Kirche verpflichtet sei, ihre Rechtsposition gegenüber dem Staat permanent zu überprüfen. Die Kirche dürfe nicht aus „Trägheit“ Rechte beibehalten, wenn durch deren Aufhebung mehr Freiheit für den einzelnen geschaffen werden könne. Die Kirche könne eher ein „Gewissen des Staates“ sein, wenn sie ihm möglichst frei gegenüberstehe. Die Nützlichkeit und Opportunität von Konkordaten wurde durchwegs bejaht. Der Grundsatz der Religionsfreiheit ohne positiv rechtliche Abmachungen sichere der Kirche nicht genügenden Lebensraum. Man plädierte aber für eine flexiblere Konkordatspolitik und für verstärkte regionale Absprachen. Auch die Kirchensteuer wurde nicht grundsätzlich infrage gestellt. Wie schon von Köppler wurde auch von den Forumsteilnehmern größere Transparenz und Mitbestimmung der Laien gefordert. Dafür sollten aus den Priester-, Seelsorge- und Diözesanräten eigene Gremien gebildet werden. Zur Strafrechtsreform wurde erklärt, die Kirche müsse zwar zu den Fragen, die das Sittengesetz berühren, Stellung nehmen. Sie könne aber nur Vorschläge machen und Forderungen stellen. Die Entscheidung liege allein beim Staat. Die Tendenz, zwischen Strafgesetz und Sittengesetz strikter zu unterscheiden, schien auch in diesem Kreis Zustimmung zu finden.

„*Der katholische Christ in der pluralen Gesellschaft*“ — dieses Forum wandte sich unter der Leitung von *W. Remmers* MdL, Holthausen, teilweise gleichen Problemen zu. Die Strafrechtsreform und manche andere „Bastion“, die die Katholiken nun zu räumen hätten, klangen in den Gesprächen an. Immer mehr müsse die Kirche auf ein „katholisches Firmenschild“ verzichten und statt dessen „gesellschaftlich wirken auf der Ebene des Humanum“. Heute müsse man sich endlich auch in kirchlichen Kreisen darüber im klaren sein, daß „nicht alles schon strafwürdig sei, was ethisch verwerflich ist“. Das bisher in Deutschland noch meistens anzutreffende Prinzip, daß alles, was offiziell verboten ist, als verboten gilt, alles jedoch, was nicht besonders verboten ist, erlaubt sei, dürfe für einen mündigen Christen nicht länger Leitlinie sein. Das Problem der Pluralität müsse unter zwei Aspekten gesehen werden: Wichtig für die Verwirklichung des zweiten, nämlich der Kirche in pluraler Gesellschaft, sei zunächst einmal die innerkirchliche Pluralität zur Einübung. Dazu

jedoch sei Vorbedingung eine öffentliche Meinung in der Kirche, daß sich das „Volk Gottes“ durch sie artikuliere. Im gesellschaftlichen Engagement sei ebenso eine Vielfalt natürlich, wobei es „im pluralen Engagement“ der verschiedenen Gruppen eine Zwischenlösung zwischen der „Nur-noch-Altar-Einheit“ und einem geschlossenen Block-Engagement geben müsse. Gemäß der aus dem Publikum erhobenen Forderung, die Kirche müsse „nicht hoffähig, sondern demokratiefähig“ gemacht werden, hieß es ferner, die Äußerung der pluralen Struktur müsse sich auch in einem Nationalkonzil äußern.

Im Forum „*Verfassungspolitik in Bewegung*“ (Leitung: W. Pötter, Münster) stand — wie erwartet — das Problem der Notstandsgesetze im Vordergrund. Die KAPO wartete hierzu ebenso wie zur Wahlrechtsreform mit massiven Vorwürfen auf. Auf dem Podium spielte sich hauptsächlich das Gespräch zwischen H. Schmitt-Vockenhausen MdB und Prof. H. Ridder (Gießen) ab. Die beiden Notstandskontrahenten gingen bis in Einzelheiten des komplizierten Gesetzeswerkes, wobei die Themen „Gemeinsamer Ausschuß“ und „Informationsmöglichkeit / Geheimhaltungspflicht“ vorherrschten. Entschieden wandte sich Prof. Ridder gegen den Vorwurf, er kritisiere die Institution des Bundesverfassungsgerichtes (im Gegenteil, er habe Hochachtung vor dieser einzigen bisher unabhängigen demokratischen Einrichtung), doch habe eine Klage beim Bundesverfassungsgericht zu den Notstandsgesetzen wahrscheinlich nur im Bereich der Post- und Telefonkontrolle Aussicht auf Erfolg. Ridders Meinung, in der Bundesrepublik finde ein Abbau demokratischer Substanz anstelle eines Abbaues von Herrschaft statt, stieß auf viel Widerstand. Dieser Vorwurf galt in gewissem Umfang natürlich auch dem Bundesverfassungsgericht, da dieses keinerlei Möglichkeit besitzt, Herrschaft abzubauen — und der Abbau demokratischer Substanz vollzieht sich immer im Rahmen bestehender Gesetze. Prof. Ridder vertrat seine Ansichten in souveräner Gelassenheit, während sowohl einige Mitglieder des Podiums wie des Publikums häufig sehr gereizt und laut aufeinander reagierten. Der „Kritische Katholizismus“ hatte schon vorher die Entwicklung von Methoden zum Widerstand gegen die Notstandsgesetze verlangt. Nun nannte er die (eventuell) geplante Wahlrechtsreform eine Manipulation, die — wie es in einem Flugblatt hieß — nicht der Gefahr von rechts begegnet, sondern sich „gegen die progressiven Gruppen dieser Gesellschaft“ richtet.

Im Forum „*Unsere Demokratie in der Bewährung*“ (Leitung: Prof. G. Leder, Hildesheim) klangen teilweise sehr ähnliche Fragen an. Da die Große Koalition als mitverantwortlich für die augenblickliche Krise anzusehen sei, sei — wie eine größere Gruppe entgegen den Ansichten der APO-Mitglieder meinte — ein mehrheitsbildendes Wahlrecht unbedingt erforderlich. Hier kam nicht nur das Thema APO immer wieder ins Gespräch, hier trat sie auch selbst unüberhörbar in Erscheinung. Zuerst allerdings diskutierte man lang und ergebnislos über „Demokratie“ und „Unsere Demokratie“, ohne sich eigentlich auf eine gemeinsame Basis einigen zu können. Einmal war der Demokratiebegriff zu formal gefaßt (leicht könne dann Demokratie zum Selbstzweck werden und sogar blockierend wirken, wurde eingewandt), dann wieder versuchte man als „Lebensfrage der Demokratie“ die „Sicherung der Funktionsfähigkeit des parlamentarischen Systems“ hinzustellen. Es tauchten auch Fragen auf, ob wir Demokratie überhaupt haben

wollen. Die augenblickliche Demokratiekrise sei durch die Ausklammerung von Lebensfragen bedingt, aber auch durch die fehlende Demokratisierung im Unterbau. Das Unvermögen der Parteien und Gewerkschaften, größere Bevölkerungskreise aktiv an der Arbeit zu beteiligen, trage ebenfalls einen Großteil der Schuld. Das Mißverständnis zwischen den Generationen („Ungehorsam“) wachse, und immer noch begegne der Bürger dem Staat hauptsächlich im „öffentlich Bediensteten“. Demokratisierung der Bildungsinstitutionen und ein sofortiges Ende der Entmachtung des Parlaments seien dringend erforderlich. Von vielen Teilnehmern wurde allerdings auch darauf hingewiesen, das Krisengeschrei sei eine bewußte Panikmache, um der Utopie der herrschaftslosen Gesellschaft Vorschub zu leisten.

Im zweiten Teil der Diskussion kam es zu ähnlichen Auseinandersetzungen wie im Forumsgespräch „Wer macht unsere Meinung?“ Der „Demokratisch-Katholische Arbeitskreis Berlin“ brachte hier eine ähnliche Resolution ein, wie sie bereits dort vorgetragen war: Abschaffung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Beendigung der „diskussions- und auftragslosen bischöflichen Verlautbarungen“, Einberufung eines Nationalkonzils. Nach lebhafter Verfahrensdiskussion, während der das Podium auseinanderzufallen drohte, stimmte man ab. Die Resolution wurde mit 64 gegen 54 Stimmen zurückgewiesen.

Forum VI: Friede und Völkergemeinschaft

Das Forum VI stand unter dem Leitmotto „Friede und Völkergemeinschaft“. In zwei Grundsatzreferaten „Aktiv für den Frieden“ (P. Menke-Glückert, Paris) und „Europa — Illusion oder Aufgabe?“ (P. Grégoire, Außenminister von Luxemburg) wurde der Auftakt zur Diskussion der Einzelthemen gegeben.

P. Menke-Glückert hatte in seinem Referat zur Einleitung des Forums für ausreichend Diskussionsstoff gesorgt. Der Abteilungsleiter bei der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), Paris, wies konkrete Ansatzpunkte einer Friedensplanung „nach 3000 Jahren Kriegsideologie“ auf. Menke-Glückert konzipierte vom realpolitischen Standpunkt aus („Frieden bedeutet heute die Abwesenheit des großen Atomkrieges — nicht mehr“) Möglichkeiten eines deutschen Beitrags, das „Konfliktlösungsinstrument Krieg“ zu ersetzen. Das Planziel, geduldig und unbeirrt in „einem langen Lernprozeß mit sicherlich vielen Rückschlägen den garantierten Weltfrieden herbeizuführen“, bedeutet nach Glückert, der Aufgabe Friedenssicherung, Entspannung, Abrüstung und Friedensplanung den Vorrang vor allen anderen Aufgaben zu geben. Jede politische, wirtschaftliche und soziale Maßnahme sei dieser Hauptaufgabe unterzuordnen.

Für die deutsche katholische Kirche bedeute das zum Beispiel, sich gegen Aufrechnung von Schuldkonten zwischen dem deutschen und polnischen Volk, zwischen rechts und links, Ost und West, auszusprechen. Der Referent warnte vor einer Friedens- und Abrüstungspolitik, die von allen politischen Ordnungsvorstellungen losgelöst sei. „Humanistische begründete, radikale Totalkonzepte, wie das der sofortigen totalen Abrüstung, der sofortigen Herstellung völliger Meinungsfreiheit in Ostblock-Ländern, der Enteignung aller Kapitalisten usw., dienen ebensowenig wie so viele rein theoretische wissenschaftliche Arbeiten oder Modelle der Offenlegung der tatsächlichen Interessenlage, dem Aufdecken der Ursachen bestimmter Konflikte, son-

den sie verschleiern, beschönigen, verdecken das Wesentliche: die präzise, ehrliche Darstellung der Konflikte, ihrer Ursachen, ihres Verlaufs und der Voraussetzungen einer rationalen Konfliktregelung.“

Der Referent unterstützte den Vorschlag der schwedischen Ministerin für Abrüstungsfragen Myrdal, sogenannte „Truth Centers“ einzurichten. Viele politische Konflikte beruhten auf ungenügender oder bewußt falscher Information. Die Analysen solcher internationalen Institute für Konfliktforschung müßten gesichert sein von nationaler Beeinflussung und sollten nach entsprechender vertraglicher Verpflichtung der Regierungen veröffentlicht werden.

Besonders beachtet wurden die Ausführungen von Menke-Glückert zu Fragen der Deutschlandpolitik. Er erklärte: „Wiedervereinigung setzt voraus, daß beide Teile Deutschlands in Wirtschaft und Gesellschaft gleich, zumindest ähnlich sind. Das ist nicht der Fall. Auch hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß konkrete menschliche Freiheiten, Freizügigkeit, Meinungsfreiheit für die DDR-Bürger zu erreichen ein wichtigeres, vorrangigeres Ziel ist als Friedensvertrag oder ein deutscher Staat in den Grenzen von 1937. Vertreten von Rechtsansprüchen ist noch keine Politik. Nur über konkrete Vereinbarungen mit dem deutschen Teilstaat DDR kann eine Friedensregelung für Mitteleuropa gefunden werden. Ein Weg zur Normalisierung wäre das Angebot eines Anerkennungsvertrages an die Adresse der DDR und die Etablierung einer ständigen Sicherheitskonferenz in Berlin mit festgelegtem Zeitplan (ähnlich wie in den Römischen Verträgen). Mit der DDR am Tisch sollte in Verhandlungen über den Anerkennungsvertrag Stück für Stück Mißtrauen, Mauer, das Verbot von Parteien, fehlende Freizügigkeit etc. abgebaut werden. Die Sicherheitskonferenz würde für diese innerdeutschen Vereinbarungen eine Garantie übernehmen, für wirtschaftspolitische Vereinbarungen könnte eine Art Ausfallbürgschaft durch EWG und COMECON übernommen werden, bis eine große mitteleuropäische Wirtschafts- und Technologiegemeinschaft geschaffen worden ist. Dieses ferne Ziel ist freilich im Moment weiter entfernt denn je, sollte jedoch nicht völlig aus dem Auge verloren werden. Einfrieren der Armeestärken, Abbau der militärischen Präsenz der USA und der Sowjetunion bis auf eine symbolische Präsenz, die die Garantieverantwortung beider Großmächte unterstreicht, könnten überlegt werden.“

Nicht weniger aufmerksam wurden seine Ausführungen zur Rolle der Bundesrepublik in der internationalen Politik, in der Friedensplanung und zur Wiedervereinigung registriert:

„Friedensplanung geht die Bundesrepublik Deutschland in doppelter Weise an: einmal kann die deutsche Teilung, kann Berlin zu einem Atomkrieg führen; zum anderen sind für die deutsche Politik internationales Ansehen und ein neues Staatsbewußtsein nur durch einen Beitrag Deutschlands zur Friedensplanung zu erreichen. Der dünne Aufguß nachpreußischer Staatsgesinnung, die verbrauchten Autoritäten in Universität, Kirchen und Parteien, das Einrichten in der Wohlstandsgesellschaft, das alles überzeugt die protestierende junge Generation jedenfalls nicht mehr. Für sie sind Oder-Neiße-Gebiete, Deutsches Reich, nationale Würde, Obrigkeit, Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit alles historisch überholte Begriffe . . . Zugehörigkeit zur NATO und Wiedervereinigung schließen sich aus. Das Staatsbewußtsein der Bundesrepublik kann nur in der bewußten Teilnahme des Bürgers an der internationalen Verantwortung, an interna-

tionalen Loyalitäten sein . . . Deutschland könnte zum Laboratorium für Friedensplanung werden.“

Wohl erstmalig dürften auf einem Nachkriegskatholikentag in Grundfragen der Deutschlandpolitik derartige Auffassungen in einem Hauptreferat geäußert worden sein. Bemerkenswert war dabei, daß Menke-Glückert wiederholt — insbesondere von den sehr zahlreich anwesenden jungen Zuhörern — stürmischen Beifall erntete, während ein Teil der älteren Anwesenden gerade bei den Beifallspassagen der Jungen mit Schweigen reagierte. Das Referat des luxemburgischen Außenministers P. Grégoire „Europa — Illusion oder Aufgabe?“ fand bei der Masse der vorwiegend jugendlichen Zuhörer — zum Teil wegen seiner Abstraktheit, zum Teil aber auch wegen seiner „konservativen“ Grundhaltung — weniger Anklang. Zeitweilig kamen gedämpfte Mißfallensbekundungen zum Ausdruck. Gerade aber dieses Referat zeigte in bedeutendem Ausmaß, anknüpfend an Gemeinsamkeiten europäischer Geschichte und Kultur, europäischen Selbstbehauptungswillen. Der Referent warnte z. B. vor den Auswirkungen der weiteren Abwanderung von Wissenschaftlern nach den USA. Grégoire wurde sehr deutlich: „Seitdem aus den Vor- und Fürsprechern Nachplapperer amerikanischer Observanz geworden sind, hat Europa seine Persönlichkeit verloren; wo es noch Profil zu haben scheint, da ist es nur der scharfe Zug des Industrialisierungsprozesses und vielleicht noch die von gemeinschaftswidrigen Hegemonialgelüsten aufgeweichte Linie wirtschaftlicher Einfügungsvorgänge.“ So werde denn schließlich unsere Schicksalsfrage lauten: „Wollen wir oder sollen andere das Los Europas bestimmen?“ . . .

Erst wenn Europa aus der Ordnung, aus seiner Neuordnung wieder Personalität gewonnen habe, dürfte seine Unabhängigkeit im Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht dort konkretisiert erscheinen, wo die größeren Mächte der Welt ihre Entscheidungen treffen. Den Ausschlag werde allgemein der politische Wille zur Einordnung geben, die weder automatisch geschehen könne noch natürlich erfolgen werde. „Europa ist heute nur noch eine Insel des Schweigens, ganz in sich eingeschlossen, in sich zerfallen und von Fall zu Fall bereit, unter den Weltdingen nur so viele ernst zu nehmen, wie sich auf seine insulare Abgeschlossenheit beziehen lassen.“

Die vorstehend genannten beiden Referate waren die Einführung für die vier Podien: „Friede im Atomzeitalter“, „Wege nach Europa in Ost und West“, „Entwicklung, ein neuer Name für Frieden“ und „Mission — Heildienst an den Völkern“. Im Podium „Friede im Atomzeitalter“ nahmen in bedeutendem Maße junge Menschen, unter ihnen Angehörige der Bundeswehr und einige dezidierte Anhänger der KAPO teil. Zeitweilig hatte es den Anschein, daß dieses Podium ein auserwählter Einsatzschwerpunkt der KAPO war. Insgesamt waren in diesem Forum 600 Menschen im Durchschnitt anwesend. Da schon kurz nach Beginn des Podiums die Diskussion auf alle Anwesenden ausgeweitet wurde, hatten es die acht Podiumsteilnehmer am Präsidiumstisch sehr schwer, zentrale Sachfragen wirklich gründlich und systematisch im Gespräch untereinander zu erörtern, weil ständig neue Fragen aus dem mitdiskutierenden Publikum aufgeworfen wurden. Zu Wort meldeten sich vornehmlich und gleichgewichtig Vertreter der Kriegsdienstverweigerer, aus „Pax Christi“ und aus den Jugendverbänden und Militärgewerkschaften und Angehörige der Bundeswehr. Sie hatte mit einem Sonderbus eine Abordnung geschickt. Die

Reaktion im Plenum versetzte die Redner für den „Friedensdienst mit der Waffe“ in die Verteidigungsposition. Deren Schlußfolgerungen: nach der Tschechoslowakei sei Kriegsdienst noch wichtiger, Abrüstung stelle eine Herausforderung für Gewalttäter dar, erhöhte Wehrdienstverweigerung setze die Bundesrepublik schutzlos östlichen Ideologien aus — hielt Prof. Pfister (Waldkirch) die Überlegung entgegen: Gerade in den tschechoslowakischen Ereignissen sehe er einen Beweis, daß militärische Verteidigung heute zum Völkerselbstmord führen könne. Er schlug vor, in Verteidigungsplänen und im Zivilschutz sowie in der Bundeswehr die Einübung des Widerstandes ohne Waffen einzuführen. Als kritische Fragestellung kristallisierte sich u. a. heraus, haben wir Katholiken bisher genug für den Frieden getan? Das ziemlich einmütige, wenn auch graduell abgestufte Nein auf diese Gewissensfrage wurde in verschiedener Weise artikuliert, wobei es bemerkenswert war, daß sich auch der zeitweilig anwesende Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Julius Kardinal Döpfner, der gleichzeitig Präsident der Pax-Christi-Bewegung ist, mit dieser Fragestellung und der Antwort darauf solidarisierte.

Die Militärseelsorge war häufig Gegenstand der Diskussion. In den Vorschlägen des Politischen Arbeitskreises der Katholischen Studentengemeinde Bonn und des Kritischen Katholikentages wurde die Entlassung der Militärseelsorge aus dem Staatsdienst verlangt. Antwort eines Militärdekans: „Wir tun unseren Dienst an den Soldaten wie an den Kranken und Gefangenen.“

Bemerkenswert war, daß auch um ein neues Verständnis des Militärdienstes als einer Form des Friedensdienstes gerungen wurde. Dabei wurden jedoch die zivilen Friedensdienste als gleichwertig und gleichrangig neben den Wehrdienst gestellt. Die Kirche wurde aufgefordert, mehr für die Beratung der Wehrdienstverweigerer zu tun und schon gefaßte Beschlüsse endlich zu verwirklichen. Daneben wurde auch die Einrichtung und Förderung von neuen Modellen des zivilen Friedensdienstes gefordert. Verschiedene Angehörige der Bundeswehr wandten sich gegen eine Abwertung oder gar Diffamierung ihres Dienstes, da auch ihr Dienst nach den Aussagen des Konzils als ein Beitrag für die Erhaltung des Friedens gewertet werden müsse. Der Staat habe im Interesse des Gemeinwohls die Verpflichtung, das Wohl seiner Bürger gegen Angriffe von außen zu schützen. Dies sei heute unter den gegebenen Umständen nur durch bewaffnete Streitkräfte und deren Eingliederung in wirksame Verteidigungsbündnisse (NATO) möglich.

Im Podium „Wege nach Europa in Ost und West“ nahmen nur etwa 300 Personen teil, wobei der Prozentsatz jugendlicher Teilnehmer hier im Verhältnis zum vorgenannten Podium beträchtlich niedriger war. Es fiel der starke Anteil der Heimatvertriebenen auf. Im Unterschied zum vorgenannten Podium war es hier der Podiumsleitung besser möglich, in ruhiger, weniger gestörter Atmosphäre wichtige thematische Schwerpunkte sachlich zu erörtern. Die Diskussion ging davon aus, daß das Fortbestehen des Ost-West-Gegensatzes, die geringe Bewegungsfreiheit der kleineren Staaten und das Festhalten der Weltmächte an der Demarkation ihrer Einflußbereiche Grundtatbestand der Politik der Gegenwart ist. In Rede und Gegenrede wurde im einzelnen vornehmlich die Position zum Bensberger Memorandum präzisiert, wobei Kritik an einer allzu starken Fixierung der Diskussion an dieser Initiative laut wurde. Der Heidelberger Professor

Ernst-Wolfgang Böckenförde, ein Mitverfasser des Bensberger Memorandums, ging davon aus: „Das entscheidende Hindernis für eine Versöhnung mit Polen ist die noch nicht geklärte Grenzfrage. Die Mehrheit des polnischen Volkes sieht die Oder-Neiße-Grenze als echte Grenze ihres Landes an.“ Woraus Böckenförde folgerte: „Man müsse sich langsam mit dem Gedanken vertraut machen, daß die Rückkehr dieser Gebiete in den deutschen Staatsverband nicht erreichbar und nicht ernsthaft zu fordern ist.“

Bemerkenswert war, daß wohl erstmals vor einem größeren Kreis Bensberger und engagierte Heimatvertriebene einen sachlichen fairen Dialog in relativ guter Atmosphäre führten. Auf beiden Seiten war das Streben nach einer gemeinsamen Lösung erkennbar. Übereinstimmung herrschte, daß Grenzprobleme nicht mehr völkerrechtswidrig gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung gelöst werden können.

Die Entgleisung eines Anwesenden, warum es solchen „Landesverrättern“ (gemeint war offenbar Prof. Böckenförde) erlaubt sei, auf einem Katholikentag zu sprechen, wurde von den meisten Teilnehmern mit Buhrufen bedacht. Die Diskussion wurde später von einer Gruppe Teilnehmer ohne Präsidium noch fortgesetzt. Bei der Erörterung des Verhältnisses Bundesrepublik — DDR kam in diesem Podium zum Ausdruck, daß die meisten nicht den Überlegungen von Peter Menke-Glückert in der Deutschlandpolitik folgten und die bisherige Konzeption verteidigten. Andererseits wurde aber auch hier von einzelnen die Ansicht vorgetragen, daß die Nichtanerkennung der DDR ein Hindernis für die Liberalisierung in Mitteldeutschland darstelle und daß ein Minimum an Freiheit für die Menschen in der DDR einem nichtrealisierbaren Gesamtvertretungsanspruch doch vorzuziehen sei. Zur Frage „Rolle des Katholizismus in einer europäischen Friedenspolitik“ wurde die Forderung nach einem europäischen Katholikentag artikuliert. Im einzelnen wurde in diesem Zusammenhang festgestellt, daß die Wege zur europäischen Einigung nach Osten hin zur Zeit versperrt sind, daß dagegen die Straßen nach Westen weit offen stehen. Es wurde betont, daß man sich bei der Westeuropapolitik christlicher Prägung vom nationalen Interessendenken weitgehend freimachen müsse. Als Thesen wurden formuliert: „Die westeuropäische Einigung ist nicht ohne Frankreich möglich“ und „Der Aufbau Europas muß über das Gefüge der EWG führen.“

Nur knapp 250 Interessenten fanden sich zur Auseinandersetzung mit dem Thema *Entwicklung — ein neuer Name für Frieden* ein, das in der Resolution des Forums „das erste und wichtigste Problem unserer Zeit“ genannt wurde. Bezeichnenderweise kamen auch die herausfordernden Stellungnahmen vom Podium selbst. R. Veke-mans SJ (vom Centro Bellarmino, Santiago de Chile) und der frühere Generalsekretär des IBCG, A. Vanistendael, bestimmten die Diskussion über die unvermeidlichen politischen Begleiterscheinungen und Konsequenzen jeder Entwicklungshilfe; denn diese müsse sinnvollerweise auf Strukturveränderungen abzielen, komme dadurch aber mit den herrschenden Kreisen und vielfach auch mit der etablierten Kirche in Konflikt. Vor allem den kirchlichen Unternehmungen zur Unterstützung der unteren Gesellschaftsschichten und mit dem Ziel, diese sich ihrer Lage bewußt zu machen und zur Aktion zu führen, wurde besondere Wirksamkeit bescheinigt. Um die erforderlichen Veränderungen erreichen zu können, dürfe man sich nicht

auf die Hilfe von Regierung zu Regierung beschränken, weil dadurch eine nicht zu verantwortende Staatsomnipotenz gefördert werde.

Der Aufruf Kardinal Jaegers an jeden Christen, am „Tag des brüderlichen Teilens“, ein Prozent seines Einkommens für die Entwicklungsaufgaben zu geben, ging auch in die Schlußresolution des Podiumsgesprächs ein, in der von den Katholiken die „Selbstverpflichtung zu einer ‚Entwicklungssteuer‘“ gefordert wird, und zwar „entsprechend dem Anteil, der von der Steuerleistung des einzelnen heute für Wehrzwecke verbraucht wird (ca. 15 Prozent)“. Aber die Katholiken sollten nicht nur spenden. Sie sollten sich auch für die Verwendung der Steuergelder nach den Prinzipien internationaler Gerechtigkeit einsetzen. Allerdings fehle es in Deutschland noch sehr an Information und Aufklärung über die Zusammenhänge. Von der „unter dem Amt verfaßten Kirche“ wird in Anlehnung an den Beschluß der Weltkonferenz des Ökumenischen Rates der Kirchen in Uppsala gefordert, „5 Prozent ihres Einkommens für Aufgaben der Entwicklung bereitzustellen“. Die Bundesregierung solle wie vorgehen ein Prozent des Bruttosozialprodukts der Entwicklungshilfe zuleiten, aber „ehrlicher Weise andersartige Ausgaben nicht auf dieses eine Prozent“ anrechnen. Die Hilfsaktionen aus der Bundesrepublik wurden insgesamt recht überschwänglich belobigt. Vekemans bezeichnete die deutsche Entwicklungshilfe, „ob von staatlicher, kirchlicher oder privater Seite“, als „die beste und wirksamste“. Zum Entwicklungshilfekonzert der Regierung wurde eingewandt, sie verberge ihre Mittel immer noch zum Großteil unter rein wirtschaftlichen und außenpolitischen Rücksichten. Es wurde jedoch auch zugestanden, daß sich solche Aspekte nicht gänzlich ausklammern ließen. Von der Bundesregierung wurde außerdem gefordert, sich für die Verabschiedung einer internationalen „Charta der Entwicklung“ einzusetzen.

Als Illustrationen für die Thematik konnte eine Gemeinschaftsausstellung von Misereor, Adveniat und dem Päpstlichen Werk der Glaubensverbreitung unter dem Titel „Zum Fortschritt der Völker“ dienen. Den geistigen Rahmen stellten die Menschenrechtserklärung der UN und *Populorum progressio*. Die Ausstellungstafeln der drei repräsentativen kirchlichen Institutionen wollten sowohl als Rechenschaftsablage verstanden werden als auch die Zielsetzung der künftigen Arbeit aufweisen.

Das Ausstellungsmaterial selbst wie auch die Zusammenarbeit der drei Organisationen stellte die Beziehung zwischen Entwicklung und Mission heraus, die auch im Arbeitskreis „Mission — Heildienst an den Völkern“ (Leitung: P. Hoffacker, Essen) zur Sprache kam. Daß früher die Mission zwar Probleme gehabt habe, heute aber selbst zum Problem geworden ist, wurde auf diesem Forum besonders deutlich. In Umrissen wurden alle jene Schwierigkeiten angesprochen, mit denen sich der (europäische) Missionar konfrontiert sieht und für die die Missionstheologie noch keine Lösungen angeboten hat. Gegen die Gruppe derjenigen, die das Ende der Mission als direkte Bekehrung Andersgläubiger forderten, erhob sich aus der Zuhörerschaft ein Missionspater, der die These vertrat, die Mission geschehe nicht um der Rettung der Menschen, sondern um der Verherrlichung Gottes willen „und sonst nichts“. Wie unbekannt weitgehend die Probleme der Missionen sind, machte das große Erstaunen deutlich, mit der einige in Kirchenschriften ungewöhnliche Äußerungen aufgenommen wurden. Ein Teilnehmer

beklagte besonders in bezug auf Afrika: Die Identifikation von christlicher Botschaft und Europäismus habe ein Verständnis des Evangeliums dort auch nach jahrhundertelanger Missionsarbeit weitgehend unmöglich gemacht. Der Hauptvorwurf afrikanischer Schriftsteller laute heute, die Mission habe eine nichtgelebte Liebe verkündet. Man solle nicht immer gleich kommunistische Machenschaften hinter der Ausweisung europäischer Missionare suchen, vielmehr seien diese oft die Folgen des autoritären Auftretens derjenigen, die sich im Besitz der Wahrheit dünkten und als Herrscher, nicht als Diener erschienen. Von einem anderen Teilnehmer wurde die Ordinierung verheirateter Katechisten gefordert. Die Missionare könnten dadurch für Spezialaufgaben frei werden. Ein gänzlich anderes Bild bot dagegen Prof. H. Dumoulin (Tokio) für die Zukunft des Christentums in Asien. Er teile nicht die pessimistische Beurteilung der Mission durch die europäischen Christen, vielmehr stehe das Christentum in Asien mit einer ungeahnt großen Zahl von Menschen im Gespräch. Von den Missionaren werde allerdings eine neue Haltung gefordert. Nachdem die Kirche jahrhundertlang die nichtchristlichen Religionen als Teufelswerk angesehen habe, sei durch das Konzil, das ihren Heilswert anerkannt hat, ein entscheidender Wandel eingetreten. Mit Beifall wurde der Vorschlag einer Schülerin aufgenommen, statt in der Bundesrepublik aufwendige Kirchen zu bauen, im Sinne eines innerkirchlichen Lastenausgleiches eingesparte Gelder der Mission zuzuführen. Weihbischof J. Angerhausen (Essen) unterstützte diesen Vorschlag und forderte die Gemeinden auf, 10 Prozent aller ihrer Ausgaben der Mission (im Großforum einigte man sich auch auf 10 Prozent) zuzuführen. Hoffacker regte an, einen Anteil aus dem Kirchensteueraufkommen für Missionen und für die jungen Kirchen freizustellen. Mit diesen Mitteln sollte eine Integration von Leibsorge und Seelsorge, von Weltendienst und Heildienst in der missionarischen Arbeit erreicht werden.

Das Großforum

Die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Forumsgespräche wurden am Freitag Nachmittag in einem abschließenden Großforum zusammengefaßt. Etwa 10 000 nahmen an dieser in Anlage und Zielsetzung neuartigen Veranstaltung teil. Das Großforum, eine organisatorisch präzise durchdachte Kombination von Masse und Gespräch, ein Experiment mit schwer kalkulierbaren Wirkungen, sollte allen an den Diskussionen des Katholikentages Interessierten, in erster Linie den Teilnehmern der Forumsgespräche, die Möglichkeit bieten, sich über die ganze Breite der Diskussion im Zusammenhang zu informieren. Sprecher der einzelnen Podien berichteten über Klima, Schwerpunkte und Tendenzen der Einzelgespräche. Neben den Podiumssprechern nahmen auch mehrere Referenten der Einleitungsvorträge teil. Einzelne, Msgr. O. Knoch, Prof. G. Scherer und H.-R. Laurien, kamen auch hier noch zu Wort, gaben der Veranstaltung Profil und Richtung. „Konzentrate“, wie die Lokalpresse begeistert meldete, wurden nicht geboten. Nicht alle Themen kamen zur Sprache. Die sozial-ökonomischen fielen fast ganz aus. Ein getreuliches Fazit oder auch nur eine Annäherungsbilanz konnte nicht gezogen werden. Dazu reichte auch bei sparsamster Rhetorik die Zeit nicht. Sie hätten auch der Eigengesetzlichkeit des Vorganges widersprochen. Beifalls- und Mißfallenkundgebungen erheischten ihre

Zeit. Der fernseh- und jugendbewährte Diskussionsleiter (H. Heigert, München) führte in eigener Systematik kreuz und quer durch die Themen. Dabei rangierte Aktualität deutlich vor Sachrelevanz. Angesichts der Größe und Stimmung der Zuhörerschaft wohl ein selbstverständlicher Vorgang. Einzelne Gesprächsthemen wurden nochmals konkretisiert, vor allem das an sich wohl wichtigste und zentralste: das Verhältnis von Theologie und Verkündigung. „Moderne Exegese“ und „Sprache unserer Zeit“ waren die Stichworte. Es blieb freilich bei vordergründiger Zuordnung von Glaubensinhalt und sprachlichem Ausdruck. Man beließ es bei der Forderung nach einer zeitgemäßen Sprache der Verkündigung (nach dem Stand heutiger Exegese) und vernachlässigte die Tatsache, daß das Sprach- nur vom Sinnproblem her gelöst werden kann, die „Inhalte“ nicht (nur) neu formuliert, sondern aus ihrem Sinn- und Existenzzusammenhang geschichtsgerecht interpretiert werden müssen. Aber auch zu anderen Fragen wurden nochmals Akzente gesetzt. Die Forderung nach Aufhebung kirchlicher Vorzensur wurde pointiert vorgetragen. Auch die Forderungen der Mischehenresolution, einschließlich der Gemeinschaftsstraftauung durch die Geistlichen beider Konfessionen, wurden vom Plenum beifällig bestätigt. Noch einmal wurde das „obrigkeitsstaatliche Erbe“ in Gesellschaft, Staat und Kirche attackiert, wurde vor den Folgen der Großen Koalition gewarnt und den Parlamentariern mangelnde Sachkenntnis der Gesetzgebung vorgeworfen (die man sich selbst etwas zu selbstverständlich zutraute); wurde die Abhaltung eines deutschen National-(oder Pastoral-)konzils nach holländischen Muster verlangt. Eine Menge Verfängliches kam zur Sprache. Die Kluft zwischen guten Absichten, langfristigen Zielen und nüchterner Realität wurde deutlich. Man sollte Grenzen abbauen, indem man sie einfach ignoriert, so berichtete ein Sprecher aus dem Friedensforum. Wer möchte das nicht? Aber wer konnte es in diesem Augenblick, wo sie durch Schüsse und Panzer wieder neu ins Bewußtsein gebracht wurden? (Präsident Beckel und Minister Vogel hatten bei der Eröffnung daran erinnert.) Deutschland sollte, so lautete im Anschluß an das Referat von Menke-Glückert, ein Postulat aus demselben Forum, zu einem „Friedenslabor“ gestaltet werden. Was war nötiger als dieses Ziel. Das nur schwächliche Interesse am Problem hatte es selbst nochmals deutlich gemacht. Doch kein „Krisenlabor“ wäre angesichts der Sündenbockstellung zwischen Ost und West realistischer Hoffnung schon näher gekommen.

Es war zu erwarten, daß im Großforum nicht nur Debatten zusammengefaßt, sondern auch Spannungen aufgestaut wurden und sich gelegentlich auch entluden: so, als ein Podiumsteilnehmer beim Thema Verkündigung, nachdem er den Dank für das Glaubensschreiben der Bischöfe vom vorigen Herbst vernommen hatte, von der Gunst der Minute beflügelt fragte — das Glaubensschreiben der deutschen Bischöfe in Ehren —, aber ob nicht der Holländische Katechismus gerade die rechte Sprache der Verkündigung gefunden habe, und dabei tobenden Applaus im Publikum, aber betretenes Schweigen in den ersten Reihen erntete. Oder als mit der Forderung nach der Revision von *Humanae vitae* auch der saloppe Rat verlesen wurde, das Lehramt brauche deswegen nicht um sein Ansehen zu bangen, und nach frenetischem Beifall aus dem Publikum der Diskussionsleiter vermerkte: Er bewundere jeden, der in dieser Sache so sicher sei, viele täten sich schwer. Schließlich, als nach einigem Hin und Her, nach Unmutsäußerungen auf dem Podium und im Publikum, unter

Störbegleitung aus den Gruppen „Kritischer Katholizismus“ der bereits erwähnte Resolutionsentwurf aus dem Forumsgespräch „Wer macht unsere Meinung?“ verlesen wurde. Aber es wurde auch einiges Klärende zum Katholikentag selbst gesagt, so etwa als Prof. F. Pöggeler (Aachen) die jugendlichen Teilnehmer in Schutz nehmend feststellte: diese hätten beim Katholikentag nicht eine Rebellion um der Rebellion willen erfahren. Sie seien trotz utopischer Vorstellungen erstaunlich gut unterrichtet gewesen. Man könne keine Reformen durchführen, wenn man nicht auch einmal eine Utopie riskierte. H. Heigert, von dem die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ (7. 9. 68) schrieb, er sei in seiner Funktion so nützlich gewesen wie eine Regenversicherung auf dem Münchner Oktoberfest, führte souverän und konziliant durch diese Mischung von Argumentation und Protest, manchmal die Dinge zurechtrückend, wenn sie aus den Fugen geraten schienen (etwa in der Frage der Predigtkritik), manchmal mit sanftem Stachel zur Besinnung reizend, wenn Toleranz zu schwinden drohte (in der Enzyklikafrage). Nur einmal hatte er sich wohl (hoffentlich) vergaloppiert, als er nämlich feststellte, der nächste Katholikentag werde möglicherweise schon beschlußfassendes Gremium sein.

Gottesdienste und Sonderveranstaltungen

Neben den ungewohnt regen Forumsgesprächen, sie begleitend oder ihnen folgend, gab es einen Katholikentag mit ebenso facettenreichem, aber traditionellerem Gesicht. Die Abendveranstaltungen mit den großen Reden wurden schon erwähnt. Doch neben den Referaten gab es die großen und kleineren Gottesdienste, auf dem Veranstaltungsgelände, in der Grugahalle, im Münster und verstreut in den Essener Pfarrkirchen und eine Reihe gutbesuchter geistlicher Konzerte.

Die Gottesdienste waren gut besucht, meist sogar überfüllt. Schon beim Gottesdienst am Altentag mit anschließender Agape, bei dem anstelle des erkrankten Kardinals Frings Missionsbischof W. Duschak predigte, erwies sich die Grugahalle als zu klein. Auch der Wortgottesdienst der Jugend am Samstag war mit 7000 Teilnehmern gut besucht. Er war jugendgemäß gestaltet mit Jazz und Beateinlagen und „engagierten“ Texten von Kurtmartin Magiera, mit Zitaten aus A. Delp, Dag Hammarskjöld, Heinrich Böll und sogar Ernst Bloch. Die Texte sollten fordern, aufrütteln, „zu tun, was man kann“. Die Predigt forderte gesellschaftliches Engagement, schuf aber ungewollte Mißverständnisse mit dem Schlußsatz: „Seid unbequem, seid Sand, nicht Öl im Getriebe der Welt.“ Überfüllt waren auch der Vespertagsgottesdienst am Freitagabend im Münster und — für den Katholikentag ein neuer Schritt — der ökumenische Wortgottesdienst am Samstagabend, bei dem Kardinal Jaeger und Präses J. Beckmann (Düsseldorf) predigten. 5000 wohnten dem Hochamt am Freitagmorgen, dem „Tag des brüderlichen Teilens“ bei, bei dem Kardinal Jaeger zelebrierte und predigte. Am Freitagabend wurde auf dem Burgplatz nach der Abendkundgebung ein byzantinisch-slawischer Gottesdienst in Konzelebration gefeiert. Auch die liturgischen Feiern symbolisierten katholische Vielfalt, nicht nur den Reichtum der Riten, sondern auch die Vielfalt der Mentalitäten und Neigungen, vom lateinischen Hochamt bis zum Beatgottesdienst . . . Die Häufung von Konzelebrationen wurde vermieden. — Episkopat und Klerus standen auch in den Gottesdiensten beim „Volk“. Die Predigten ergänzten die Diskussionen durch Besin-

nung. Sie hatten diesen gegenüber auch eine kritische Funktion und nahmen diese auch wahr. Sie bohrten mehr ins Persönliche, das in den Diskussionen vielleicht zu sehr in die institutionelle Selbstkritik verdrängt wurde. So fragte Kardinal *Döpfner* in der Eröffnungspredigt: Habe ich überhaupt die Bereitschaft, Gottes Wort zu hören und in mich aufzunehmen? Habe ich Neigung, in Anpassung an gängige Vorstellungen das Wort Gottes zu entschärfen? „Weiß ich, daß es eine Torheit Gottes gibt, ein Ärgernis des Kreuzes (vgl. 1 Kor. 1, 22—25), unzeitgemäße Wahrheiten?“ ... „Haben wir ein gläubiges, prägendes Wissen darum, daß wir über alle Gegensätze und Auseinandersetzungen hinweg in Christus und seinem Geist zusammengehören?“ Vielleicht wurden solche Fragen manchmal etwas leichtfertig überhört. Ihr Stachel mag nicht immer tief genug gedrungen sein. Gelegentlich forderten sie auch zu kritischen Rückfragen heraus. Manchmal schienen „Kirche“ und „Welt“ auch da noch nicht vollends versöhnt. Weniger Quantität und mehr Arbeitsteilung wird dem nächsten Katholikentag sicher zugute kommen.

Folklore und Kabarett

Den Gottesdiensten folgten die Sonderveranstaltungen der Verbände mit dem traditionellen „Tag der Begegnung“, und am Nachmittag des Samstag mit wachsender Streuung Beat, Kabarett und Folklore, die mit der Großveranstaltung im Grugastadion am Samstagabend mit ca. 40 000 Zuschauern, 2000 Mitwirkenden, anwesendem Präsidium und teilnehmenden Bischöfen ihren Höhepunkt und Abschluß fand: eine Nonstop-Vorführung von technischem und gymnastischen Schauspiel mit 4 Hubschraubern des Bundesgrenzschutzes, einer Polizeisportgruppe, jugendlichen Kunstturnerinnen, Solistendarbietungen, mit Tanzgruppen und Balletteinlagen, Volksliedern und Spirituals, das Ganze musikalisch eingeleitet von 1000 Chorknaben unter Stabführung von Domkapellmeister K. Linke. Am Nachmittag hatten verschiedene Volksgruppen (Polen, Ukrainer, aber auch Gruppen spanischer, italienischer und jugoslawischer Gastarbeiter) ihre eigenen Treffen mit folkloristischem Programm. Daneben gab es aufrüttelndere „Kunst“, engagierte Programme: die „Musik der jungen Generation“, das gutbesuchte Jugendkabarett „Die Kratzbürste“ (Solingen), das sich nochmals die „1770“ vornahm, „um aus dem Wald der Essener Fragen die heiklen auszuschneiden“, und dann kräftig auf den Schwächen der Amtskirche, der Kleriker und (nur hier schien das möglich) auch der Laien herumhobelte. Ganz einfach war es nicht gewesen. Erst nach einigen Korrekturen konnte das Programm über die Bühne. Sodann das szenische Oratorium „Macht Frieden“ von H.-D. Hüscher. Hier wurde in Sprechchören, Clown-Szenen, einem mit verteilten Rollen erzählten Märchen vom „kleinen Planeten Erde“, darzustellen versucht, was Friede ist. Die Friedensfrage wurde da konkret („Alle stärken sich am Frühstückstisch gegen alle“), sogar „kirchlich“ („verzeiht den Einfältigen, versteht die Vielfältigen; sie lieben und verlieren, damit ihr gewinnt“) und dann doch politisch (... auf dem schweren, aber einfachen Weg, den man mit Panzern und Flugzeugen gehen kann, verglichen mit dem einfachen, aber schweren Weg, den die Gewaltlosigkeit geht...). Ca. 2000 Menschen, hauptsächlich Jugendliche, neben Klerikern und Ordensfrauen, saßen in der Halle. Auch einzelne Verbände gingen neue Wege oder versuchten neue Formen. Manchen schien sogar beides zu gelingen, so der Deutschen Kolpingsfamilie, die in einer Mischung von

Teach-in, Songs, Sprechchören, Filmeinblendungen und Tanzeinlagen den „Grundzustand“ der Christen ironisierte und dabei Situationen inszenierte, in denen Christen nicht oder nur mit schlechtem Gewissen zu finden seien. Da wurde der bequeme Christ aufs Korn genommen, der sich in der konkreten Friedenspolitik ebenso abstinente verhalte wie angesichts der Unruhe in der Jugend. Und als „beruhigendes“ Fazit (als ob es das noch gebe): „Wir sind im wahren Christentum und können nichts dafür. Wir kehren keine Ordnung um. Gesetzestreue sind wir.“ Man beließ es aber nicht bei kabarettistischen Schlenkern, sondern konkretisierte wacker Forderungen der Forumsgespräche: verstärkte Bildungsarbeit, Mitsprache der Laien bei der Besetzung geistlicher Ämter, mehrheitsbildendes Wahlrecht, Aufbau eines Friedensdienstes für die Jugend, Abzweigung eines festen Prozentsatzes des Steueraufkommens (einschließlich der Kirchensteuer) für die Entwicklungshilfe. Szenisches wurde auch in der Sonderveranstaltung der KAB geboten. Auch hier ein erster Umsetzungsversuch, vor allem der Forderungen im sozial-ökonomischen Bereich, zu deren Wortführer sich KAB-Vertreter bereits in den Forumsgesprächen gemacht hatten: Reform des Berufsbildungswesens (die in der allgemeinen Debatte etwas zu kurz gekommen war), Altershilfe mit Selbstbeteiligung ohne karitativen Beigeschmack. Mit Kolping gemeinsam wurde die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre verlangt.

Ergänzende Aussprachen

In vielen Sonderveranstaltungen katholischer Verbände und Berufsgruppen kamen nochmals tragende Themen der Forumsgespräche zu Wort. Am meisten wohl das Thema Friede: Beim Friedensgottesdienst der Pax-Christi-Bewegung, in dem Kardinal *Döpfner* dazu aufrief, die Institutionen der Macht immer wieder an den Maßstäben der Gerechtigkeit zu messen, und diesem Appell das Bekenntnis hinzufügte: „... auch unsere Kirche hat in ihrer Geschichte einer falsch verstandenen Gewalt ... Menschen geopfert“; bei der Friedensmesse der Heimatvertriebenen (mit 5000 Teilnehmern), in der Bischof *H. M. Janssen* (Hildesheim) die Vertriebenen mahnte, dem Frieden und der Versöhnung zu dienen: in der Arbeitswelt, zwischen den Konfessionen und mit den Menschen in der alten Heimat; beim Gottesdienst der Frauen auf dem Burgplatz, bei dem die Theologin *H. Rusche* (Münster) ihre christlichen Schwestern fragte: „Haben wir einmal überlegt, daß wir, vom Kriegsdienst, also vom amtlichen öffentlichen Morden befreit, durch Klatsch vielleicht die größten Mörder sind?“; beim Jugendgottesdienst. Auch das Thema Empfängnisregelung wurde in einzelnen Sonderveranstaltungen wieder aufgenommen: in der Gemeinsamen Veranstaltung des Familienbundes der deutschen Katholiken und der katholischen Ehegruppen und Familienkreise (mit 3000 Teilnehmern und vorwiegend jüngeren Ehepaaren). Hier zog Prof. *Scherer* nochmals das Fazit der Ehediskussion: Es gehe jetzt darum, daß die Katholiken ein differenzierteres Gewissen dafür bekommen, damit sie selbst beurteilen können, was von der Liebe her im sexuellen Leben geboten oder verboten sei. Hingegen warnte Bischof *Graber* (Regensburg) bei der Tagung der marianischen Verbände: Die Pan-Sexualität erfasse die ganze moderne Lebensführung; Entsagung und Askese würden völlig eliminiert. Das Klima war an diesem Tage nicht weniger lebhaft, das Für

und Wider jedoch etwas ungleich auf die verschiedenen Veranstaltungen verteilt; der Eifer dosiert. Gelegentlich wurden Aussagen der Vortage ergänzt oder präzisiert, so etwa die Problematik des katholischen Erziehungsideals durch Prof. F. Pöggeler in der Veranstaltung der Eltern- und Erzieherverbände: Man müsse sich darauf einstellen, daß der Trend zur weltanschaulichen Neutralisierung der Schule weitergeht. Das führe zur notwendigen Konsequenz, daß die religiöse Erziehung der Kinder in die Familien und Gemeinden verlegt werde. Schulen könnten nur in dem Maße christlich sein, indem ihre Lehrer christlich sind. Insofern seien die Verhältnisse heute ehrlicher als früher. Im Kolloquium der Akademiker, an dem auch Kultusminister Vogel als Diskussionspartner teilnahm, erläuterte der Mainzer Politologe Prof. M. Hättich die veränderte gesellschaftliche Funktion der Wissenschaft. Prof. Hättich fragte: „Führt nicht die aufgehobene Distanz zwischen Wissenschaft und Gesellschaft auch zum Verlust der kritischen Distanz der Wissenschaft zu sich selbst?“ Wissenschaft dürfe nicht Sicherheit vortäuschen, sondern müsse „verunsichern“. Sie selbst solle sich um ein rationales Verhältnis der Gesellschaft zur Wissenschaft sorgen. Wissenschaftsgläubigkeit müsse durch verbreitetes Problembewußtsein abgelöst werden. Minister Vogel bezeichnete die Verbesserung der qualitativen Präsenz der Katholiken im Bereich der Naturwissenschaften angesichts ihrer gesellschaftlichen Bedeutung als Voraussetzung für ein stärkeres Gesamtengagement in der Gesellschaft. Prof. Hättich griff die Anregung von Minister Vogel im Kulturforum wieder auf, plädierte wie auch Prof. F. Pöggeler vor der Eltern- und Erzieherchaft für eine Überwindung des Staatsmonopols im Erziehungsbereich und forderte wie Minister Vogel konkurrierende Institutionen bis hin zu den Universitäten.

Auch am Samstag gab es noch Resolutionen und Erklärungen. Die Studentenvertretung des CV dankte in einer Erklärung zur Enzyklika den deutschen Bischöfen für deren Stellungnahme und forderte die Katholiken auf, mit besonderem Nachdruck die Debatte über das kirchliche Lehramt und über Natur und Naturrecht weiterzuführen. Die katholischen Ehe- und Familienkreise richteten eine Petition an die Bischöfe, „den Familiengruppen zu gestatten, bei ihren Zusammenkünften von Zeit zu Zeit in der Wohnung einer Familie mit einem Priester die Eucharistie feiern zu können“. Doz. N. Greinacher (Münster) hatte die Begründung dafür geliefert: Kirche verwirkliche sich „zunächst einmal dort, wo geglaubt wird“.

Erste Rückblenden

Neben Erklärungen und Petitionen wurden die ersten Rücküberlegungen und Bilanzen vernehmbar. Bischof Hengsbach, der in der „Wolfsburg“ (Mühlheim) zum Abschluß einer Werkwoche für Bundeswehroffiziere predigte, meinte, ein Wort von K. Hemmerle in der Eröffnungsmeditation abwandelnd und Johannes XXIII. zitierend, der Christ zittere nicht, „auch wenn er mitten in der Kirche Welt erfährt, wie wir es in diesen Tagen manchmal schmerzlich erleben müssen“. B. Winkelheide MdB, der Vorsitzende der KAB nahm vor seinem Verband die Bischöfe in Schutz. Es sei in der Kirche etwas aufgebrochen, was sie zu Prügelknaben mache. Er dankte den Bischöfen „für den Mut in den letzten Tagen“. Kardinal Döpfner erklärte auf derselben Stelle: Nach der kritischen Prüfung des Verhältnisses zwischen

Bischöfen und Laien während des Katholikentages sei für die Zukunft „geläuterte Verbundenheit“ zu erhoffen. Bischof Tenhumberg begrüßte den frischen Wind und meinte, es gebe nunmehr keinen „Kritischen Katholizismus“ nebenher. Die Katholiken selbst seien kritisch geworden, auch gegenüber der Autorität, aber auch sich selbst gegenüber. Familienminister Heck, der vor dem CV sprach, reflektierte nochmals kritisch gewisse Formen politischer Willensäußerung, die auch in Essen praktiziert wurden: „Wir leben in einer Demokratie der Deklamationen. Der Wille zum Einsatz bleibt dahinter weit zurück. Der Wille zum Handeln reagiert sich allenthalben in Kommunikés ab.“ Die KAPO zog ihre erste kritische Bilanz und distanzierte sich von „radikalsten“ Elementen in den eigenen Reihen. Die Marianischen Verbände und die Fides Romana schickten Treuetelegramme an Papst Paul VI.

Die Abschlußfeiern

Hatte sich bereits am Samstag bei der Vielzahl von Begegnungen und Einzelveranstaltungen das Publikum gewandelt und der Katholikentag gewohntere Züge angenommen, so wurde dies am Sonntag beim großen Festgottesdienst und bei der Abschlußkundgebung am Nachmittag noch deutlicher. Manche, die der Diskussion wegen nach Essen gekommen waren, reisten schon am Vortag ab. Die Masse der Teilnehmer rekrutierte sich jetzt aus katholischem Fußvolk. Jugend war noch zahlreich da, doch sie gab den Abschlußfeiern nicht so sehr das Gepräge wie den Veranstaltungen am Donnerstag und Freitag. Sah und hörte man sich um oder nahm man Beifall als Stimmungsbarometer, so konnte man deutlich zwei „Katholizismen“ beobachten, die etwas nebeneinander blieben, auch wenn die Grenzen fließend waren und Reaktionen sich nicht nach Trends richteten, sondern, nach Interesse und Meinung wechselnd, sachbezogen blieben. Doch war nicht zu übersehen: Der Beifall war dort am stärksten, wo es um die Sicherung des Bestands ging, und nicht dort, wo der Durchbruch zu veränderten Haltungen gefordert wurde. Die Festrede von Prof. M.-P. Engelmeier am Nachmittag und das Schlußwort von Bischof Hengsbach erleichterten den Vergleich.

Obwohl für die traditionelle Großveranstaltung eingepplant, gab es nur begrenzten Massenandrang. War man während der Diskussionstage über Größe und Intensität der Teilnahme überrascht, blieb diese am Schlußtag, für viele der eigentliche „Katholikentag“, hinter den Erwartungen zurück. Rekordzahlen hatte man nicht aufzuweisen. Die Teilnehmerzahl beim Festgottesdienst und bei der Hauptkundgebung am Nachmittag wurde mit 100 000 angegeben. Ob sie tatsächlich erreicht wurde, konnte nicht festgestellt werden. In den hinteren Rängen blieben Plätze frei. Im überwiegend protestantischen Stuttgart (1964) waren es noch 200 000, und selbst für die Diasporastadt Hannover (1962) wurde dieselbe Zahl angegeben. Im Schmelztiegel Ruhrgebiet mit einem katholischen Bevölkerungsanteil von 50 bis 60 Prozent hatte man mehr erwartet. Aber da kam nicht nur das Fernsehen dazwischen, für einen Teil gewohnter Kirchentagsbesucher war dieser offenbar nicht anziehend genug. Der Zuzug aus dem Süden und Norden blieb trotz Werbezug begrenzt. Diözesen und Gemeinden hatten sich etwas passiv verhalten. Etwa weil man sich von einer Massenschau nichts mehr versprach, oder weil man Essen zu aufrüttelnd fand? Vermutlich beides.

Den Festgottesdienst am Vormittag zelebrierte der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Corrado Bafle. Er wurde als deutsches Hochamt mit Gesängen moderner deutscher Kirchenmusiker, ausgeführt von der Bläsergruppe des Städtischen Orchesters und den Essener Kirchenchören, gestaltet. Man hatte sich um Schlichtheit bemüht. Es gab keine eucharistische Heerschau. Dafür empfingen sehr viele Teilnehmer, offenbar mehr als erwartet, die Kommunion, die durch die anwesenden Bischöfe, verstärkt durch etwa zwei Dutzend Presbyter, gespendet wurde. Die gewählte neue Form des Hochgebetes bewährte sich zum erstenmal in einem Messgottesdienst. Bischof Hengsbach nahm in seiner Predigt nochmals das schon etwas monoton gewordene Grundmotiv auf: „Wir wollen uns nichts vormachen, nicht bloß die Welt ist in vielem der Kirche fremd, auch die Kirche hat sich in vielem von der Welt entfernt.“ Er forderte die Katholiken auf zum Kampf für die Würde des Menschen, für die Solidarität zwischen den Völkern, zwischen Armen und Reichen, für den Frieden. Nicht nur technisch sei der Mensch manipulierbar geworden, auch sozial und politisch drohe er zur Schachbrettfigur machtbesessener Mächte zu werden. Wo immer dieses Spiel mit dem Menschen einsetze, seien die Christen gerufen. Das Thema der Tagesperikope (Matth. 6, 24–33), zu dem der Prediger fragte, ob es nicht wie „eine kalte Dusche auf unsere heißen Aussprachen“ wirke, blieb unausgeführt.

Der Gottesdienst war noch vor 12 Uhr zu Ende. Die Massen verloren sich auf dem riesigen Gelände der Gruga, um sich nachmittags um 14.30 Uhr wieder zur Abschlußkundgebung zu versammeln. Alles schien bis ins Detail durchorganisiert. Die etwa 500 Ordner aus den Kolpingsvereinen, der Malteser Hilfsdienst und die diskret ordnende und helfende Polizei schienen der Aufgabe mühelos gewachsen. Die Besuchermassen waren sich kaum im Wege. Störungen gab es nicht. Obwohl befürchtet, blieben sie auch am Nachmittag aus. Trotzdem wurde gerade die Abschlußkundgebung zu keiner Harmonisierungszereemonie. Was sich an den vergangenen Tagen gerieben hatte, brach hier nochmals durch.

Die Hauptkundgebung

Die Hauptkundgebung wurde von Kultusminister Vogel als Katholikentagspräsident eröffnet. Besonders begrüßt wurde Kardinal Frings, der erst zur Hauptkundgebung nach Essen kommen konnte. Als Repräsentant des Staates nahm Bundestagspräsident *Eugen Gerstenmaier* teil. Er dankte den deutschen Katholiken für „ihre Zusammenarbeit mit den evangelischen Christen“ und dafür, daß „so viele treue Katholiken sich unermüdlich für unseren Staat einsetzen, daß sie unserem Land in Parlamenten und Gemeindevertretungen, im öffentlichen Dienst, in der Armee und in allen Berufen dienen“. Die Grüße der evangelischen Christen überbrachte Kirchentagspräsident *Richard Freiherr von Weizsäcker*. Sein Grußwort war ein eindringlicher Appell zur Zusammenarbeit: „Die Aufgaben, die wir in der Welt haben, sind dieselben. Wir haben dasselbe Wort Gottes zu verkünden, denselben Hunger zu bekämpfen, denselben Frieden zu sichern und dieselbe Gerechtigkeit zu verwirklichen.“ Keiner könne sich vom anderen vorteilhaft abheben... „Weil wir dieselben Aufgaben haben, verbinden uns auch dieselben Schwierigkeiten. Siege und Niederlagen trennen uns heute nicht mehr.“

Wer auf die evangelischen Stimmen in der Diskussion gehört hatte, konnte das nur bestätigen. Aber zunächst bestimmten doch recht katholische Themen das Programm. Nicht nur die sechs Frauen und Männer, darunter eine Inderin, die, die sechs Foren darstellend, der „Kirche“ die „Welt“ ihres Standes oder ihrer Gruppe vortrugen, erinnerten an nicht ganz gelungene römische Modelle.

Auch der Disput um die Enzyklika schlug hier seine letzten Wellen. Da waren noch die Unkenrufe wegen möglicher Mißfallenskundgebungen zur Papstbotschaft, deren Inhalt, etwas verrenkt, vorzeit bekanntgeworden war. Sie sollte ursprünglich, so stand es auf dem Programm, von Bischof *Hengsbach*, an den sie gerichtet war, verlesen werden. Um Komplikationen zu vermeiden, sollte dies nicht, wie vorgesehen, in der Abschlußkundgebung, sondern im Gottesdienst am Vormittag geschehen. Gegen diese protokollarische Verschiebung hatte man aber im Präsidium schwerste Bedenken. Nicht ganz zu Unrecht wurde aus der Protokoll- eine Prinzipienfrage. Man fand schließlich den Kompromiß: es blieb bei der vorgesehenen Programmfolge. Aber die Botschaft wurde von Kardinal *Döpfner*, dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, selbst verlesen (vgl. Wortlaut ds. Heft, S. 483) und von diesem mit dem nicht vorgesehenen Bekenntnis verbunden: „In dieser Stunde des Katholikentages bekunden wir unsere unverbrüchliche Treue und Liebe zum Heiligen Vater, dem Nachfolger Petri, und zur gesamten katholischen Kirche.“ Nur verstreut waren an den Stellen, wo unmißverständlich Gehorsam gefordert wurde, Unmutsbekundungen zu vernehmen. Der Beifall überwog. Spannungen wurden so abgefangen und neue produziert. Das balanciert formulierte Bekenntnis des Kardinals war aber wohl weniger die Folge der unmittelbar vorausgegangenen bekenntnishaften, aber aggressiven Rede Prof. *Engelmeiers*, sondern war zum Gesamtablauf, und nicht nur zu den deutschen Katholiken, sondern auch nach Rom hin gesprochen. Daß aber die Rede Engelmeiers, die Gesprächssituation der vergangenen Tage auf die Hauptkundgebung übertragend, den Abgesang etwas „verstimmt“, erwies sich am Schlußwort von Bischof Hengsbach.

Die Rede von Professor Engelmeier

Engelmeier hatte darauf verzichtet, ein Resümee aus der Stofffülle der Beratungen zu ziehen. Er postulierte vielmehr rückschauend Haltungen, formulierte Imperative, aber sprach betont subjektiv („Ich bin kein delegierter Christ. Daß man die Wahrheit sagen kann, läßt mich hoffen.“), verschärfte aber dadurch noch manche kritische Aussage. In einem Drei-Punkte-Programm forderte er: Nüchterne Beurteilung der Situation, Verbesserung unserer Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit, vorurteilslose Zusammenarbeit „mit jedermann und an allen Orten“, wo es um Freiheit, Frieden und Menschenwürde gehe. Er nannte die großen Zeitfaktoren: Hunger, Kriege, Rassenkämpfe, atomare Gefahr. In dieser Situation habe die Welt ein Recht auf unseren Dienst „und ein Recht darauf, daß wir ihn als Christen tun! Vielleicht war das nie schwerer, sicher war es nie notwendiger als heute.“ Er bestimmte diese Aufgabe als die Pflicht, „das Bewußtsein wachzuhalten, daß die Würde selbst des verworfensten Menschen von anderem Rang ist als der Wert auch der kostbarsten Sache. Nur wenn wir im täglichen Umgang mit den Mitmenschen danach handeln, bleiben gläubiges Vertrauen, schützende und hingebende Liebe, bleibt ein menschliches Leben in der überall manipulierbaren Welt

und Gesellschaft möglich“. Er beschwor das Doppelgesicht von Wissenschaft und Technik. Dennoch müsse ihr Fortschritt mit Kräften gefördert werden, wolle die rasch wachsende Menschheit überleben. Daraus zog Engelmeier die erste katholische Nutzenanwendung zur Verbesserung „unserer Glaubwürdigkeit“: Das heiße für uns Katholiken die letzten Spuren der Wissenschaftsfeindlichkeit zu tilgen. „Das ist noch nicht geschehen. Noch immer prägen manche wissenschaftlich überholte Vorstellungen theologische Verlautbarungen bis hin zu päpstlichen Rundschreiben.“ Das hindere die Katholiken bei ihrem Dienst in der Welt. „Wir werden deshalb in allem Freimut unsere kirchlichen Lehrer bitten müssen, immer auch Lernende zu bleiben.“ Er erinnerte an das Konzil: „Wir begannen (dort) zu ahnen, was sie (die Kirche) in der Welt von heute für die Menschheit von morgen sein könnte. Nun schmerzen doppelt alle Fesseln, die sie zur Sklavin ihrer eigenen Geschichte erniedrigen wollen...“ Engelmeier wandte sich an „die Presbyter und Mitchristen im bischöflichen Amt“, hielt auch ihnen den Konzilsspiegel vor: „Damals waren Sie auf der Höhe Ihrer Autorität, weil Sie inmitten des Bischofskollegiums an der Spitze derer standen, die das Gegenwärtigwerden der Kirche in dieser unserer Zeit mutig förderten.“ Er beschwor die „Autorität“ der großen Bischofsgestalten im Dritten Reich (Faulhaber, Galen, Preysing), „die weit über ihre Diözesen hinaus Katholiken und Nichtkatholiken Halt und Hoffnung gab“. Denn dadurch — so hieß eine weitere Nutzenanwendung — „zeichnet sich Autorität gegenüber Subalternität aus: sie geht voran und bleibt gegenwärtig — besonders in Gefahr und Zweifel“. „Seien Sie“, so appellierte Engelmeier an die Bischöfe — „uns Sprecher des Bischofskollegiums und seines Vorstehers, des Heiligen Vaters. Seien Sie aber auch im Bischofskollegium und beim Papst unsere Sprecher, damit die Ihnen anvertrauten Kirchen nicht deshalb in Gefahr geraten, weil man ihre besonderen Sorgen und Probleme verkennet.“ Engelmeier forderte den Dienst der Bischöfe nicht nur für die Hilfe an den Entwicklungsländern, sondern auch für die Versöhnung mit den osteuropäischen Völkern. „Haben wir nicht die Pflicht, als einzelne Christen und Kirchen hüben und drüben zu versuchen, was unseren Staaten derzeit unmöglich ist? ... Das ist Ihre Stunde. Geben Sie ein Zeichen!“

Er wandte sich an die Priester, beschwor deren Einsamkeit in „dieser Welt der Spezialisten und Eheleute“, und streifte den Zölibat, diese „heute schwerer denn je einzuhaltende Lebensform“: „Wir können und möchten sie (diese Last) nicht tragen, aber wir empfinden ihre noble Loyalität in diesem Punkte als Zeichen nicht als Schande.“ Er versicherte ihnen, „daß sie unsere menschliche Nähe und unseren freundschaftlichen Rat heute mehr benötigen und glücklicherweise auch häufiger suchen als früher“. Beides möge ihnen nie fehlen. Er appellierte — den Ruf von Weizsäckers aufnehmend — an das ökumenische Gewissen, forderte die Überwindung der „Schmach der Zerrissenheit“. „Haben wir Christen, sofern wir überhaupt Christen bleiben wollen ... nicht weit mehr gemeinsame Probleme — sogar auch durch unsere Kirche — als trennende Anschauungen.“ Er nannte schließlich die Freiheit als die Voraussetzung der Zusammenarbeit „mit jedermann und an allen Orten“: „Unser Verhältnis zur Freiheit ist das Maß, an dem unsere Fähigkeit und unser Wille gemessen werden, an einer menschenwürdigen Zukunft mitzuarbeiten. Katholisch sein — er zitierte Gal. 5, 1 — müsse eigentlich heißen: der Freiheit dienen.

Fenster und Türen waren weit offen ...

Das Schlußwort von Bischof *Hengsbach* gab darauf eine Antwort, die die mögliche Breite von Übereinstimmung und Dissens fast abrupt ans Licht brachte. Auch er betonte nochmals, die Christen müßten die Wahrheit des Evangeliums ernst nehmen, daß der Geist Christi in allen Gliedern der Kirche am Werke sei. Er sprach von der Zuordnung der Dienste in der Kirche, vom Dienst des Papstes, dessen „universales Lehramt wir bejahen“. Er erwies dem „Dienst der Eheleute“ seinen Respekt, vor deren Verantwortung man Ehrfurcht habe. Aber: Was einer sage, sei nicht schon deshalb aus dem Heiligen Geist gesprochen, weil es von einem Christen gesagt werde. Die Unterscheidung der Geister sei eine Geistesgabe, die nicht jedem gegeben sei. Bei diesem Katholikentag, so folgerte der Bischof, seien Fenster und Türen weit offen gestanden. Zuweilen sei aber versucht worden, den Pluralismus der Welt zu einem innerkirchlichen zu machen, und man habe die Frage gestellt, ob die Katholiken die pluralistische Gesellschaft links überholen wollten. Das Gespräch sei nicht immer gut geübt gewesen und nicht immer gut gelungen.

Engelmeier hatte vorher aus ähnlichen Prämissen eine andere Bilanz gezogen: „Wir verlassen Essen nicht mit einer verbindlichen Anweisung, wie katholisches Verhalten in der Welt von heute aussehen sollte. Heute, da wir auseinandergehen, bewegen uns mehr Fragen als zuvor. Das ist ein Gewinn. Wir haben begonnen, fragen zu lernen und Antworten zu bedenken, auch wenn sie nicht unsere Meinungen sind. Wir können das noch nicht besonders gut, aber ein Anfang ist gemacht.“ Katholizismus sei vielfältiger, spannungsreicher geworden. Der Präsident des Katholikentages, Minister *Vogel*, stimmte dem bei. Wer in Essen gewesen sei, wisse, daß unter den Katholiken nicht trügerische Stille ... nicht träges Beharren herrschten, sondern Wachheit, Aufbruch und der energische Wille, uns mitten in dieser Welt für den Frieden, den Mitmenschen und die Kirche zu engagieren. Ein Grußtelegramm von Kardinal Bengsch wurde mit Applaus bedacht. Auch das Absagetelegramm des Apostolischen Administrators in Prag, Bischof F. Tomasek, wurde verlesen: „Meine Anwesenheit ist notwendig hier; ich kann nicht kommen.“ Oberbürgermeister *Beckel*, während des Katholikentags immer hörend und mit einem Schuß Selbstkritik unterwegs, dankte den Organisatoren und Helfern, für „alle Grenzen, die wir erfahren haben“, sowie denen, die „uns einen kritischen Spiegel vorgehalten haben“. Der Katholikentag schloß mit dem deutschen *Te Deum*.

Die Rolle des kritischen Katholizismus

Die Aktionsgruppe „Kritischer Katholikentag“ demonstrierte in ihren eigenen Aktionen und Sonderveranstaltungen genau, wenn auch unter umgekehrten Vorzeichen, gegen was sie programmatisch und selbstbewußt angetreten waren: Ein Establishment eigener Art, das sich im eigenen Mechanismus wirrer Parolen, Spruchbänder, Flugblätter, Schlagworte und mehr oder minder mißratener Teach-ins verrannte, weil ihm der „äußere Feind“ versagt blieb.

Mit ihm hatten die vornehmlich studentischen Gruppierungen aus Bochum, Berlin, Mainz, München, Münster und Frankfurt gerechnet, als sie sich Ende Juni in Bochum zusammenfanden, den „Kritischen Katholikentag“ zu

planen. Die rund 200 Engagierten hatten sich auf „Unterwanderung“ vorbereitet, auf alle Arten „gewaltlosen Widerstandes“, ihr Ziel: Machtstrukturen der Kirche zu „entlarven“ und sie durch Information und Aktion über die Bewußtseinsbildung der Katholiken abbauen zu helfen. Die kritischen Linken stießen schon vor der Eröffnung des Katholikentags auf publizistisch geförderte Erwartungen, fanden die Bereitschaft des Lokalkomitees, ihnen die Miete für das Aktionszentrum zu zahlen und die Bereitschaft der Delegiertenversammlung der katholischen Verbände, sich vom Vorsitzenden der Katholischen Deutschen Studenten-Einigung „Die Bedeutung der außerparlamentarischen Opposition für das gesellschaftliche Wirken der katholischen Verbände“ vortragen zu lassen (vgl. ds. Heft, S. 443). Der BDKJ honorierte die Aktion kritischer Gruppen schon vor Beginn des Katholikentages in einer Resolution, sie hätten dazu beigetragen, „den Widerspruch zwischen dem durch das Grundgesetz ursprünglich angestrebten Staats- und Gesellschaftsaufbau und Teilen der Verfassungswirklichkeit“ bewußt zu machen. Unter den Forderungen, die der BDKJ selbst an die „Entscheidungsträger in Staat, Kirche und Gesellschaft“ richtete, findet sich die Herabsetzung des Wahlalters auf 18 Jahre, die Forderung nach der Entwicklung einer Friedensstrategie, nach Anerkennung der Gewissensentscheidung im Dienste des Friedens und Ausbau der Friedensdienste ohne Waffen.

Schwerpunkte und Taktik

Die Waffen, die sich die Aktionsgruppe „Kritischer Katholikentag“ für ihre Arbeit während des Katholikentages geschmiedet hatten, waren in Essen wenig nützlich. Nach kleinen Wortgefechten hatten sie bald in allen Foren die Möglichkeit, völlig im Rahmen der Legalität ihre Meinungen und Forderungen darzulegen. Zweien ihrer Vertreter waren Plätze unter den Podiumsdiskutanten eingeräumt worden, in dem Forum „Wer macht unsere Meinung?“ und „Ratlose Eltern — Rebellische Jugend“. Völlig abstinente verhielten sich die organisierten Kritischen gegenüber allen Forumsgesprächen zum Themenkreis „Wirtschaft und Gesellschaft“. Auch andere Forumsgespräche, die potentiell gute Ansatzpunkte boten für das kritische Engagement der Linken, waren von den Mitarbeitern des „Kritischen Katholikentages“ nicht in die gezielte Aktion eingepplant.

In Essen war die Guerillataktik verfehlt. Der Katholizismus, den die Kritischen nur gewillt waren aus der Warte ihres wiederholt verlesenen ersten Einladungsstatements an Interessenten und Presse „als religiös sanktionierte, staatliche Bürokratie“, als „verdummt durch die Kirchenpresse“, geführt „von Priesterfunktionären“ zu sehen — dieser Katholizismus hatte ihnen in Essen die Türen geöffnet, die Mikrophone zurechtgerückt, Säle zur Verfügung gestellt. Was die Unterwanderer wollten, gelang den „hörigen Teilnehmern“, denen die kritischen Katholiken unterstellt hatten, sie sollten sich auf „abstrakte und unverbindliche Weise mit einem Wald von Fragen herumschlagen“. Die Katholikentagsteilnehmer selbst waren es, die den Demokratisierungsprozeß in der Kirche vordemonstrierten. Mehr als bescheidene Provokation hin und wieder als Anstoß lieferten die Aktionsgruppen kaum.

Sie hatten es sich zu leicht gemacht. Ihre hastig zusammengestoppelte Tageszeitung „Kritischer Katholizismus“, herausgegeben mit den Gruppen der „Antihierarchischen Op-

position“, brachte auf vier Seiten wenig Neues an Fakten und viel Polemik. Vordrucktes wurde nach zynischer Einleitung wiederholt, wie z. B. die ASTA-Liste der Adressen, über die Schülerinnen und Studentinnen empfängnisverhütende Pillen beziehen können. „Das Modell einer demokratischen Organisation des deutschen Katholizismus“, von den holländischen Nachbarn entliehen, blieb in der Darstellung eines Organisationschemas von Gemeindevollversammlung bis Nationalkonzil stecken. Strategie, Taktik und Publizität wurden geschickt gehandhabt. Es ging auf Kosten einer gründlichen inhaltlichen Vorbereitung. Die Beschränkung auf einige Nahziele, der Verzicht auf den ideologischen Wortschatz zugunsten konkreter Aussagen und die Solidarisierung bei gleichen Zielen mit einigen der „offiziellen Bewegungen“, wie „Pax Christi“ oder dem BDKJ, hätte ihre Arbeit vermutlich effektiver gemacht. Aus Angst vor dem „Mißbrauch als Feigenblatt“ auf einem Katholikentag, der ihrer Meinung nach innerkirchlichen Pluralismus nur spielte, um die ‚Manipulation‘ der Gläubigen durch Hierarchie und Zentralkomitee hinterher um so ungestörter betreiben zu können, flüchteten sich die Aktionsgruppen des „Kritischen Katholikentages“ in verpuffende Pauschalforderungen. Darunter: „Zurücknahme der Pillenzyklika oder Rücktritt des Papstes“, die „sofortige Abschaffung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken“, die „Politisierung der Hilfswerke Misereor und Adveniat“.

Mit jedem Flugblatt in Essen wurden die Widersprüche innerhalb der mühsam zusammenhaltenden Gruppen der Kritischen und in ihren Zielen und Aktionen selbst deutlicher. So etwa, wenn ausgerechnet die Antihierarchischen wiederholt die Bischöfe, den Vorsitzenden der Bischofskonferenz und das Zentralkomitee zu Erklärungen und z. B. zur „Verurteilung des amerikanischen Völkermordes in Vietnam“ aufforderten.

Gründlicher reflektierte und exakter angesetzte Forderungen brachten einzelne Sprecher des „Kritischen Katholizismus“ in die Forumsgespräche ein. Zu zwei Eigenveranstaltungen hatten diese Gruppen eingeladen. Das Teach-in über die „Misere des Religionsunterrichts“ am Samstagvormittag brachte einen überfüllten Saal mit rund 400 jugendlichen Teilnehmern und Religionslehrern, einen gelungenen Sketch mit Zitaten aus unbrauchbaren Lehrbüchern für Ober- und Berufsschüler. Den Veranstaltern entglitt die beabsichtigte Wirkung, als sich herausstellte, daß das Auditorium ziemlich einig ging in der Auffassung, die Lehrbücher seien untauglich und die Ausbildung der Religionslehrer reformbedürftig. Schüler und Religionslehrer erklärten dazu vor dem Mikrofon mehrheitlich, daß sie selbst nicht nach den Lehrbüchern unterrichtet worden seien bzw. unterrichteten. Das vorgestellte Modell eines evangelischen und eines katholischen Religionslehrers an einer Essener Berufsschule wies nur pädagogische Methoden auf, wie man ohne Lehrbuch wirklickeitsbezogenen Religionsunterricht gestalten könne mit dem Ziel, „mündige Menschen zu entwickeln“. Zur Not, das blieb als Fazit des Teach-in, müsse man sich mit den Eltern gegen unfähige Religionslehrer solidarisieren oder mit der Abmeldung vom Religionsunterricht drohen.

Die Gruppen und ihre Sonderveranstaltungen

Die „Kirche am Rande der Kirche“ war das zweite Teach-in, das am Samstagabend vom „Kritischen Katholikentag“ außerhalb des offiziellen Programms lief. Rund 1000 Teilnehmer hatten sich eingefunden. Viele ermüdeten

schon nach dem ersten Statement über die „Außerparlamentarische Opposition und der Katholizismus“. Kommentar einer Teilnehmerin: „Das war ein Vortrag aus dem III. Programm. Amery hat schon Besseres dazu gesagt.“ Das Plenum stimmte trotzdem für die Fortsetzung der Statements, die Studentische Arbeitskreise zu den Themen „Hierarchie und Demokratie“, „Theologie heute“, „Christentum und Sozialismus“ vorlegten. Die Diskussion brachte zwar Klarheit, daß es im „Kritischen Katholizismus“ Gruppen gibt, die sich nicht mehr am Rand der Kirche fühlen, sondern außerhalb und nur soweit an der Kirche interessiert sind, als die „hierarchische Institution Kirche“ mit den „absoluten Wahrheitsansprüchen“ ein Hindernis für die Demokratisierung der Gesellschaft darstellt. Sonst aber löste sie sich am Methodenstreit und an der Geschäftsordnung auf.

Neben den konzentrierten Gruppen des „Kritischen Katholikentages“ sorgten in Essen weitere Arbeitskreise, Aktionskomitees und Gruppierungen für nicht ins Programm eingeplanten Pluralismus. Geführt vom Bund Christlicher Jugendgruppen (ein Fortsetzungszweig des Quickborn) und dem Rothenfelder Hochschulring, stellte sich eine „Innerkirchliche Opposition“ mit dem Sonderblatt „Der Igel“ (Druck WAZ) und zwei Veranstaltungen über „Wohlfahrtsverbände — Delegierte Nächstenliebe katholischer Christen?“ und „Funktion der Hierarchie in der Kirche“ vor. Diese Gruppen zielten offensichtlich auf eine Distanzierung von den Wortführern des „Kritischen Katholikentages“, die größtenteils auch aus dem Rothenfelder Hochschulring kommen. Sie setzten sich im Verein mit Marburger, Göttinger und Augsburgener Studentengruppen für das kritisch-konstruktive Engagement ein. Ihre Aktionsfelder sind Kriegsdienstverweigerung und Modellprojekte der Arbeit mit gesellschaftlichen Randgliedern wie Obdachlosen und straffällig gewordenen Jugendlichen.

Daneben gab es auch noch das „Neue Forum“, eine gemischte Gruppe jugendlicher Protestler (aus marxistischen Religionskritikern, Mitgliedern der Humanistischen Union, evangelischen und katholischen Studenten), die mit eigenem Programm auftraten, u. a. auch mit einem Teach-in mit dem bezeichnenden Titel „Was fängt unsere Gesellschaft mit den Kirchen an?“ Großen Zulauf schienen sie nicht zu haben. Daß auch ein Verkaufsstand mit den berühmten roten Büchlein, den Mao-Bibeln, nicht fehlte, sei nur am Rande vermerkt.

Das Münsteraner Aktionskomitee „Biafra“ verbreitete ein kritisches Flugblatt zur bundesrepublikanischen Biafra-Politik. Es bot zur Unterschrift einen Brief an den Bundeskanzler. Darin wird die Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Nigeria und die Einstellung der Wirtschaftshilfe als politisches Druckmittel zum Waffenstillstand empfohlen.

Auf konkrete Forderungen konzentrierten sich auch der Arbeitskreis für Friedensplanung und Entwicklungshilfe, Essen, der Jugendclub „Treff“, Essen: „15 Prozent der Kirchensteuer für Entwicklungshilfe“, die Aktion „Friede durch Gerechtigkeit“, Hamburg. Ihre Mitglieder verpflichten sich, 15 Prozent der Lohn- oder Einkommensteuer monatlich als „Hungersteuer“ an Entwicklungshilfswerke abzuführen. Das entspricht etwa dem Anteil, den die Bundesregierung für den Verteidigungshaushalt ausgibt.

Das Modell eines „ökumenischen“ Wortgottesdienstes praktizierten zur nächtlichen Stunde am Samstag in Essen Vertreter der Kölner Gemeinde „St. Alban“, in Form

eines „politischen Nachtgebets“. Den aktuellen politischen Hintergrund gaben in diesem Gottesdienst zwei Statements. Das eine skizzierte die Ereignisse in der Tschechoslowakei, das andere die Politik des „Bündnispartners USA“ in der Dominikanischen Republik und Vietnam. Matth. 5, 21 22 wurde nach dem Vorlesen des biblischen Textes in die Aktualität übersetzt. Z. B.: „Wer aber auch nur denkt, daß die Kommunisten jetzt ihre Masken fallen lassen . . .“ Wer sagt, wir müssen den Verteidigungsetat erhöhen . . .“ In der anschließenden Gewissensforschung wurde beklagt, daß die Christen nicht gelernt haben, daß christliches Leben ohne politisches Handeln Heuchelei ist. Die Ansprache eines Laien während des Gottesdienstes zur Frage der christlichen Buße heute interpretierte Buße als „kritische Rückfrage an die Gesellschaft und die eigene Lebensführung“. Buße sei immer vorwärts gerichtet. Dorothee Sölle, die bekannte evangelische Laientheologin sprach in diesem Kreis ihr Glaubensbekenntnis: „Ich glaube an Gott, daß er die Welt nicht fertig geschaffen hat wie ein Ding, das immer so bleiben muß, der nicht nach ewigen Gesetzen regiert . . ., nicht nach natürlichen Ordnungen von Armen und Reichen, Sachverständigen und Uniformierten . . . Ich glaube an Gott, der den Widerspruch des Lebendigen will und die Veränderung aller Zustände durch unsere Arbeit, durch unsere Politik. Ich glaube an Jesus Christus . . . an ihm messend erkenne ich, wie unsere Intelligenz verkrüppelt, unsere Phantasie erstickt, unsere Anstrengung vertan ist, weil wir nicht leben, wie er lebte . . . Ich glaube an Jesus Christus, der aufersteht in unser Leben, daß wir frei werden von Vorurteilen und Anmaßungen, von Angst und Haß . . . Ich glaube an den Geist, der mit Jesus in die Welt gekommen ist, an die Gemeinschaft aller Völker und unsere Verantwortung für das, was aus der Erde wird . . . Ich glaube an den gerechten Frieden, der herstellbar ist, an die Möglichkeit eines sinnvollen Lebens für alle Menschen und an die Zukunft dieser Welt Gottes.“

Das Verhältnis zwischen Protestlern und Etablierten gestaltete sich trotz des immer etwas schwierigen Versuchs der ersteren, sich abzuheben, durchaus freundlich. Zwei hohe Vertreter der Offiziellen, Weihbischof Tenhumberg und Staatssekretär Köppler, statteten dem Aktionszentrum des „Kritischen Katholizismus“ einen Besuch ab. Die offizielle Berichtszeitung attestierte ihnen konzilianten Umgang. „Gewaltlosen Widerstand hatten sie angekündigt — und sie hatten sich an dieses Versprechen gehalten. Keine provozierten Tumulte, keine ‚Gewalt gegen Sachen oder Personen‘, trotz aller Leidenschaft in der Diskussion. Spruchbänder, Flugblätter, Gespräche, legitime Waffen des geistigen Kampfes. Nicht immer über der Gürtellinie, aber dennoch kein Skandal und keine Schatten über diesem Treffen.“ Zum Schluß verabschiedete sich einer ihrer Sprecher freundlich von den Mitarbeitern des Pressezentrum, in dem sie unaufhörlich penibelste Polizei- und Verfahrensfragen gestellt hatten.

Im Sog der Massenwirkung übten sie durchaus einigen Einfluß auf den Ablauf einzelner Großveranstaltungen, so etwa auf das Großforum aus. Auch an der unverhofften Flut von Resolutionen, für deren säuberliche Verlesung sie im Großforum sorgten, hatten sie ihren Anteil. Doch ihren Aktionen waren trotz Gelegenheitsförderung durch das Publikum und aktiver Beteiligung jüngerer Jahrgänge Grenzen gesetzt. Ein Katalysator des Katholikentags wurden sie genannt. Nimmt man es wörtlich: Chemische Substanz, die den Ablauf eines Prozesses beschleunigt, ohne sich selbst zu verändern, muß man auch da Frage-

zeichen setzen. Sie bestimmten den Prozeß durchaus mit, optisch mehr, als sie sachlich konnten, aber dieser wirkte auf sie selbst „zersetzend“. Waren die Gruppen schon uneinig nach Essen gekommen, so gingen sie völlig zerstritten auseinander. Eine gemeinsame Sitzung zwischen dem „Kritischen Katholizismus“ und dem „Neuen Forum“ zur Störung der Verlesung der Papstbotschaft bei der Schlußkundgebung kam zwar noch zustande, aber eine gemeinsame Basis hatte man nicht mehr gefunden. Die Schlußfeier verlief völlig ungestört. Offenbar hatte die allgemeine Krise der APO auch diese Gruppen erfaßt. Der Katholikentag war hier seinerseits Katalysator.

Welche Folgerungen?

Gerade wegen des vielen Ungewohnten im Bilde dieses Katholikentages mag man versucht sein, das Ereignis von den Rändern her zu sehen und den Kern von der Schale nicht zu unterscheiden. Auch könnte man leicht der Meinung Vorschub leisten, Aufgabe der Essener Tage sei es gewesen, der Diskussion Raum zu schaffen, den angestauten Ärger mit der eigenen Kirche abzureagieren, den lange unterdrückten Fragen freien Lauf zu lassen. Darin hätte sich ihre Funktion erschöpft. Nach einer anderen Sinnrichtung zu fragen erübrige sich. Man müsse sich gewissermaßen diesem Prozeß überlassen. Damit wäre man gewiß auf dem Holzwege, denn schon die Tatsache, daß in Essen so frei, aber auch so eindringlich und so laut gesprochen und daß hier so lebhaft nachkonziliare Ekklesiologie vordemonstriert wurde, fordert gezielte Vernunft. Aber selbst wer versucht haben mag, hinter die eindrucksvolle und schillernde Optik zurück nach den Inhalten der Diskussion und ihrem Ertrag zu fragen, hat es mit einem Gesamturteil schwer. Tendenzen in Teilbereichen, zahlreiche Akzentverschiebungen ließen sich wohl erkennen. Die sozial-ökonomischen Fragen zum Beispiel traten auf diesem Katholikentag deutlich zurück. Gesellschaftspolitische Konzepte wurden kaum sichtbar. Ihnen gegenüber rückten die Themen Frieden und Entwicklung vor, weniger auffällig, aber deutlich auch die kulturpolitischen Fragen. Sozialpolitik schien sich streckenweise in Bildungspolitik verwandelt zu haben.

Sieht man zunächst weniger auf den Inhalt der Argumente als auf das von den Teilnehmern bekundete Interesse, fällt ein Urteil über die Wirkungen solcher Akzentverschiebung bereits schwerer. Nahezu zwei Drittel aller Forumsteilnehmer verteilten sich zu fast gleichen Teilen auf das erste Eheforum und auf das Forumsgespräch „Ratlose Eltern — rebellische Jugend“. Auch die biblischen Themen blieben trotz aller Erwartungen weit dahinter zurück. Der Schlüssel zum Verständnis scheint also leicht gefunden. Die Autorität mit ihren familiären, gesellschaftlichen und politischen Aspekten habe, so möchte man meinen, diesen Katholikentag völlig beherrscht, so daß man zugespitzt sogar fragen könnte, ob seine Zielrichtung seinem Thema „Mitten in der Welt“ auch nur annäherungsweise gerecht werden konnte, ob die Katholiken in Essen nicht in erster Linie im Streit mit ihrer Kirche und mit sich selbst gelegen hätten, während die Welt gewissermaßen die große Kulisse blieb. Hierin lag gewiß ein wesentlicher Aspekt, der erst voll ausgeschöpft werden muß. Aber auch die Autorität war nur in der spezifischen Form der Enzyklikadiskussion kirchliches Sonderproblem. Ansonsten zeigte sich aber deutlich, daß man gerade dieses Thema mit der Gesamtgesellschaft gemeinsam hatte. Aber nicht nur das. Eine durch-

gehende Linie führte durch alle nicht spezifisch theologischen Beratungsgegenstände. Es gab wenig spezifisch katholische Fragestellungen, und die wenigen, die zur Sprache kamen, schienen im Abbau begriffen. Katholische Sonderprobleme zogen nicht mehr, von der Konfessionsschule über katholische soziale Ordnungsvorstellungen bis hin zur katholischen Presse, die fast ausschließlich in der Gestalt der Kirchenpresse zur Diskussion stand — und das gerade in dem Augenblick des Erscheinens einer neuen katholischen Wochenzeitung, die den Gesamtkatholizismus spiegeln will. Heiße Eisen, die nicht so heiß waren, wie sie sich bei den ersten Tastversuchen anfühlten, etwa die Mitbestimmungsfrage, trennten nicht die Katholiken von den anderen, sondern die Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die katholischen Sozialethiker unter sich. Im Forum Kultur waren kaum spezifisch „katholische“ Postulate erkennbar, die es zu verteidigen galt. Es waren Themen, die in der allgemeinen kulturpolitischen Debatte stehen, und das Bemühen in Essen zielte weniger auf die Fixierung von Positionen, auch nicht unbedingt auf die Einbringung katholischer Modelle, sondern allgemeiner auf die Frage, wie die Kirche im gesellschaftlichen Struktur- und Bildungswandel gestaltend mitwirken kann. Katholische Denkschemata, kirchlich verengte Fragestellungen wirkten noch nach. Aber die Gemeinsamkeit der Probleme war nicht zu übersehen. So fragt sich mit Recht, ob denn ein Katholikentag noch länger das geeignete Forum sei, fast wahllos alle in Essen diskutierten Fragen zu behandeln. Müßte hier nicht zunächst gefragt werden, in welcher Blickrichtung bestimmte Themen den Christen herausfordern, und müßte ein Katholikentag künftig sich nicht selbst mehr diese Aufgabenstellung erarbeiten, während die Probleme, die allen gemeinsam sind, auch in neuen Gesprächsformen und praktischen Initiativen mit anderen gemeinsam behandelt werden sollten. Es wäre dann wohl unschwer zu entscheiden, worauf sich katholisches Engagement konzentrieren müßte: auf die Formung der Gewissen aus dem Glauben, damit die Christen als gläubige Bürger der einen Gesellschaft „ihren“ Sauerteig in das Ganze einbringen.

Diese Richtung war in Essen deutlich erkennbar, man war hier nur etwas zu sehr noch damit beschäftigt, der Kirche selbst mehr Raum für die eigene Gewissensentscheidung abzurufen. Noch mehr Gemeinsames wurde zwischen katholischen und evangelischen Christen sichtbar. Zwar fehlte diesem Katholikentag in seiner offiziellen Gestalt jede besondere ökumenische Note. Der ökumenische Wortgottesdienst war schon eher Selbstverständlichkeit. Daß in den Reden ökumenische Akzente nicht fehlten, verstand sich. Daß den Christen nicht nur der Weltdienst gemeinsam aufgetragen ist, sondern sie alle vor denselben Grundproblemen stehen, machten die evangelischen Sprecher deutlich. Aber wohl zum erstenmal diskutierten evangelische Christen in den Forumsgesprächen mit als Gesprächspartner unter vielen. Die Probleme schienen auch ihre Probleme zu sein. Was sie befremdlich fanden, mögen auch viele Katholiken als Grund der Entfremdung in der eigenen Kirche empfunden haben. So konnte es auch nicht überraschen, daß der Ruf nach einem gemeinsamen Evangelisch-Katholischen Kirchentag in Essen lauter wurde. Da es aber nicht nur Gemeinsamkeiten im Glauben gibt (man muß das Trennende nicht gleich in „Mumien“ verwandeln, wie Prof. Engelmeier auf der Schlußkundgebung), sondern viele Probleme — auch in den Kirchen —, die gemeinsam gelöst werden könnten, müßte nicht gerade deswegen die Zusammenarbeit dort

zunächst intensiviert werden, wo man einander alltäglich näher ist: zwischen den Gemeinden, den kirchlichen Organisationen, den regionalen Kirchenleitungen. Erst wenn hier Gemeinsamkeit praktiziert wird, kann ein solcher Plan zu einem späteren Zeitpunkt fruchten, ohne in den Ruf eines Alibis für die vielen aufgeschobenen Fragen und Konflikte im je eigenen Lager zu kommen.

Das Amt nicht in Frage gestellt

Fragen wir nach den innerkirchlichen Auswirkungen des Katholikentages, so drängt sich als „Ergebnis“ auf: Die Glieder der Kirche haben ihren Anspruch auf mehr Mitbestimmung deutlich angemeldet. Sie stellten sich damit neu in die Kirche, nicht an ihren Rand und nicht außerhalb der Kirche. Sie übten Kritik an Entscheidungen, die an der Erkenntnissituation vorbeizugehen schienen. Sie verlangten nach kollegialeren Formen der Wahrheitsfindung. Sie taten das fordernd und ungestüm und wenig wählerisch in Geste und Ausdruck. Sie pochten, das sei zugegeben, mehr auf ihr Recht als auf die aus den Rechten abzuleitenden Verpflichtungen. Man tat es gewiß auch aus einem zu engen Blickwinkel, als ob das Problem kirchlicher Erneuerung hier und jetzt in erster Linie nur ein Problem der Institution, ihrer Reichweite und Grenzen sei, als ob die Glaubenskrise, die den Prozeß kirchlichen und gesellschaftlichen Wandels begleitet, durch den Abbau „autoritärer Kirchenstrukturen“ gelöst werden könnte. Gewiß ist Freiheit Voraussetzung gesellschaftlich gelebten Glaubens, aber sie befähigt nicht allein zum Handeln. In manchem Autoritätsdisput schien sich etwas von solcher Unfähigkeit auszudrücken, die sich oft nach denselben Denkschemata, die man bei den Amtsträgern zu Recht kritisierte, in Strukturkritik abreagierte. Viel Autoritäres wurde zur Autorität gesagt. Auch dadurch haben sich die innerkirchlichen Spannungen verschärft. Von einem wie immer verstandenen Schisma zu reden wäre dennoch glattester Unsinn. Nicht einmal anti-römische Stimmung kam in Essen auf. Man kritisierte freimütig päpstliche Entscheidungen, das päpstliche Amt war nicht in Frage gestellt. Die kirchliche Kritik richtete sich zudem auf die Gesamtstruktur der Kirche. Man stellte aber nicht die Ämter in Frage, verlangte allerdings nach einer geschichtsgerechten Interpretation ihres gesamt-kirchlichen Bezugs und der Art ihrer Ausübung. Von dieser Kritik waren die Bischöfe direkter und härter betroffen. Es gilt also vor allem, bei uns selbst nach neuen Formen kirchlichen Zusammenlebens zu suchen, nicht im Gegenüber von Amt und Gemeinde, sondern in den Gemeinden und Diözesen. Gerade deswegen scheinen die neu eingerichteten Räte auf den verschiedenen Ebenen schon jetzt einer effektiven Weiterentwicklung zu bedürfen. Und vielleicht nicht nur der Weiterentwicklung. Unsere kirchliche Gesprächssituation, die schon vor Essen bestand, die nach Essen aber jedem sichtbar geworden ist, verlangt ein möglichst enges Miteinander von Bischöfen, Klerus und Laien in kirchlichen Entscheidungsprozessen, nicht nur an den Spitzen, sondern in den Diözesen. „Volk ohne Bischöfe, Bischöfe ohne Volk, das ist ein Unglück, aber keine Kirche.“ Diese, von Professor Engelmeier formulierte Maxime gilt auch auf der Ebene der Diözesen. Gerade Essen hat gezeigt, daß der innerkirchliche Umgang nicht nur gegenseitiger Konzilianz und der Aufgabe gewohnter Respektpositionen bedarf, sondern ebenso sehr der gemeinsamen Erarbeitung sachgerechter Entscheidungen unter voller Wahrung der Verschiedenheit der Funk-

tionen. Kollektiver Sachverstand hier und isoliertes Entscheidungsethos dort, was das bedeuten kann, haben wir gesamtkirchlich soeben erst erfahren. In den Lokalkirchen liegen die Dinge nicht substantiell anders. Der in Essen (auf der Priestertagung) wieder formulierte Vorschlag, die verschiedenen neugeschaffenen diözesanen Räte in einem Gremium zusammenzufassen, dem der Bischof kraft seines Amtes präsiert, in dem aber die kirchliche Gemeinschaft als ganze angemessenen Entscheidungen mitzubereiten kann, gewinnt dadurch neue Aktualität.

Im Drang nach demokratischeren Lebensformen in der Kirche wurde auch der Ruf nach einem deutschen Nationalkonzil laut. Auch hier muß man fragen, ob nicht erst von unten her mehr vorgearbeitet werden muß. Denn was von unten nicht zuwächst, läßt sich nicht von oben dekretieren, weder durch eine Bischofskonferenz noch durch ein Nationalkonzil. Es fragt sich aber, ob sich inzwischen auch an den Spitzen nicht neue Formen gemeinsamer Beratung und gegebenenfalls auch Entscheidung entwickeln lassen, etwa zwischen den Laien und dem Episkopat, zwischen den von unten (von den Diözesen und Verbänden) delegierten Vertretern im Zentralkomitee und der deutschen Bischofskonferenz. Hier könnten Dauerformen der Zusammenarbeit und gemeinschaftliche Entscheidungsstrukturen entstehen, die auf die Dauer effizienter sein und einem legitimen innerkirchlichen Demokratisierungsprozeß wirksamer dienen könnten als ein für die nächste Zukunft geplantes Nationalkonzil.

Glaube gefragt

Noch ein letzter Eindruck drängt sich auf. Die glaubensnahen Themen wurden in Essen zwar nicht gerade modellhaft entfaltet, hatten aber durchaus Zuspruch gefunden. Sie wurden erst durch die Enzyklika in den Hintergrund gedrängt. Läge da nicht der Gedanke nahe, dem nächsten Katholikentag, der ja nach dem Beispiel von Bamberg in kleinerem und konzentrierterem Rahmen stattfinden soll, eine Thematik zu geben, die in aller Vielfalt der Probleme und Standpunkte näher an das Fundament und den Ausgangspunkt christlichen Engagements heranzuführt? Den Glauben als das unterscheidende Christliche der Christen in der Welt? Das Thema dürfte sowohl der Vertiefung (nicht der Sistierung) der gesellschaftlichen Einwurzelung des Christlichen wie auch der (gewiß notwendigen) Versachlichung des kirchlichen Gesprächs dienen. Jedenfalls dürfte man sich einer solchen Probe ohne Zurückdrängung von Entwicklung und Erkenntnis nicht entziehen. Auch der Drang nach „Politisierung“ des Glaubens oder (vielleicht vorsichtiger und zutreffender) der Auswirkung des Glaubens im kirchlichen Engagement könnte darin zu seinem Recht, aber auch an seine kritische Grenze kommen. Dieses Thema erscheint um so aktueller als in Essen hintergründig und möglicherweise uneingestanden zwei kleingläubige „Mentalitäten“ miteinander rangen, die sich schwertaten, einander Vernunft und Rechtgläubigkeit zuzubilligen. Die eine, die im Aufbruch innerkirchlicher Gegensätze oder schon in einem weniger sanften Umgang zwischen Hierarchie und Laienschaft den Glauben zusammenbrechen sieht, die andere, die im Schwinden christlichen Prestiges Glauben in einem wenig reflektierten, durchaus konformistischen „gesellschaftskritischen“ Engagement realisieren zu können glaubt. Prüfung könnte hier Erschütterung bringen. Wäre aber nicht gerade solche Erschütterung der Dienst der Versöhnung, den wir uns gegenseitig schulden?